

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

12 (20.3.1948)



Lemgo, ein guter Start

Ansätze zu einer wirklichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, sei es der einzelnen Wirtschaftszweige mit den Behörden, sei es der Gewerkschaften mit den Arbeitgeberorganisationen, sind immer wieder gemacht worden, aber selten über die Feststellung der Standpunkte und der Machtverteilung hinausgekommen. Jetzt hat ein englischer Besatzungsbeamter in Deutschland die Initiative ergriffen, um die Pole Arbeitgeber-Arbeitnehmer in Deutschland zusammenzuführen. Der Chef der Manpower-Division, Mr. Luce, berief in der ersten Märzwoche Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen zu einer gemeinsamen Besprechung nach Lemgo. Man sprach sich über schwebende wirtschafts- und sozialpolitische Probleme aus mit dem Ziel, paritätische Gremien zu schaffen, die der Lösung aller gemeinsamen Fragen dienen sollen. Ein kleinerer Kreis wurde mit den vorbereitenden Arbeiten betraut.

Das klingt nun zunächst etwas bürokratisch, oder sagen wir besser: parlamentarisch. Man bildet einen Ausschuss — und dann hört man nichts mehr von der Sache.

Wie wollen nicht hoffen, daß es diesen Bestrebungen so ergeht. Der Gedanke, wenn auch nicht neu, ist so großartig, daß er in die Praxis umgesetzt werden muß. Es war ein Fehler früherer Demokratien, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf dem politischen Parkett einander gegenübertraten, und leider mußte es im Anfang unserer neuen Demokratie so scheinen, als ob an diese schlechte Tradition angeknüpft würde. Richtiger ist, daß sich diese beiden Pole auf dem wirtschaftlichen Parkett treffen, wo sich ihr eigentliches Arbeitsgebiet liegt. Das ist der erste Fortschritt. Und der andere, daß diese beiden nicht in einer parlamentären Institution, die immer auf den Gegenseiten und den Machtansprüchen (nach Wählerzahl) beruht, sondern in der Arbeit, auf einer gemeinschaftlichen Grundlage die Lösung der Probleme anzustreben. Es wäre also wirklich zu hoffen, daß dieser erwähnte „kleinere Kreis“ immer größere Kreise zieht und einen einheitlichen Willen zur wirtschaftlichen Gemeinschaft zum Ausdruck bringt.

Unabhängige Notenbank!

Gesunde Währung durch korrekte Führung

Die Gründung der Zweizonen-Bank in Frankfurt, die das Recht der Banknotenausgabe erhalten hat und im wesentlichen die Aufgaben erfüllen soll, die früher Sache der Deutschen Reichsbank waren, sollte ein Anlaß sein, sich einmal gründlich der Pflichten eines solchen Institutes und seiner eigentlichen Funktion zu erinnern.

Es kann nämlich nicht auf die Dauer unbeachtet bleiben, daß der größte Teil der allgemeinen Misere, in der sich die europäische Wirtschaft befindet, zwar nicht seine Wurzeln in einer falschen Politik der Notenbanken hat, aber jedenfalls nicht hätte eintreten können, wenn diese Banken nicht überall rücksichtslos in den Dienst politischer Ziele gestellt worden wären und so die Sicherungen preisgegeben hätten, deren Wahrung ihre eigentliche Pflicht war. Es ist wahr: würde die Deutsche Reichsbank nicht ungesegnete Transaktionen durchgeführt haben, dann hätte Hitler den Krieg weder vorbereitet noch finanzieren können. Ein Land ist kaum zur Kriegführung imstande, wenn seine Notenbank nicht unter Übertretung zahlreicher Grundsätze einer gesunden und geschickten Währungspolitik die Hand zur Finanzierung bietet. Einer Finanzierung, die insofern unkorrekt ist, als es bisher das Charakteristikum aller dieser Währungs- und Kreditmanöver war, eine gewaltige Expropriation der Völker durchzuführen, ohne die Völker die Tragweite des Vorganges überhaupt ahnen zu lassen. Dies könnte eine Lehre auch für die Politik sein. Gelänge es, eine internationale Sicherung gegen den Mißbrauch der Notenbanken zu schaffen, so würde damit für den Frieden wahrscheinlich mehr getan sein als durch überflüssige Konferenzen und Untertagungen. Denn ohne Geld kann niemand Krieg führen. Würden die Regierungen aber gestützt sein, das Geld für die Kriegführung restlos durch Steuern aufzubringen, d. h. dem Volk jeden Tag zu zeigen, was das Vergnügen der nationalen Ehre usw. wirklich kostet, dann würden, nicht nur in Deutschland, die Siegheil-Schreier bald in einer verschwindenden Minderheit sein. Die Kriegskosten sind ganz allgemein nur zu einem

Bruchteil durch Steuern, zum größten Teil aber durch dubiose Kreditoperationen aufgebracht worden, durch fraudulose Manöver, indem die Notenbanken ungedeckte Noten ausgaben und das Volksvermögen, soweit es aus Guthaben bestand, entwerteten. Diese Guthaben haben die Regierungen für Kriegsausgaben verbraucht. Aber die Guthabenbesitzer wurden so gründlich getäuscht, daß sie heute noch versuchen, das selbe Geld noch einmal zu verbrauchen und übertrachten und entsetzt sind, wenn ihnen niemand etwas dafür geben will. Das ist der Zustand der allgemeinen europäischen Inflation. Diese Inflation ist nicht, wie viele Menschen anzunehmen scheinen, ein schicksalhafter Vorgang, für den man abwechselnd die Kapitalisten, die Marxisten, die amerikanischen Preispekulanten oder die lohnfordernden Gewerkschaften verantwortlich machen kann sondern sie ist die Folge der Tatsache, daß in den meisten europäischen Staaten die Notenbanken von den Regierungen gezwungen worden sind, die früher in Geltung gewesen gesunden Währungsprinzipien zu mißachten und ihnen ungedeckte lang-

fristige Kredite zur Verfügung zu stellen, die sie nicht zurückzahlen können. Deshalb sind überall Noten da und keine Waren. Es ist völlig unsinnig, wenn die Finanzminister der verschiedenen Länder immer von der drohenden Inflationsgefahr sprechen. Wenn sie nämlich den permanenten Zustand der Inflationsfolgen meinen, der bereits im Kriege eingetreten ist und sich in vielen Milliarden von Schulden des Staates an die Notenbank manifestiert, so ist es eine Tatsache und nicht eine drohende Gefahr. Wenn sie aber wirklich an eine Gefahr denken, nämlich daran, daß die Notenbank genötigt werden könnte, weiter ungedeckte Noten dem Staat oder anderen insolventen Schuldern zur Verfügung zu stellen, dann liegt es in der Hand der Finanzminister selbst, diese Gefahr auszuschalten. Sie brauchen nur die Unabhängigkeit der Notenbanken wieder herzustellen, d. h. das Recht des Notenbankleiters, auch der eigenen Regierung Kredite zu verweigern und den Umfang des Handelskredits mit der Güterproduktion im Einklang zu halten. Damit sind die

(Fortsetzung siehe Seite 3)

Arbeitskraft und Sozialleistung

Hoher Frauenüberschuß — Männer nur noch in die schweren Berufe

Die Beschlüssen um den Wiederaufbau zerstörter Industrieanlagen, die Anstrengungen zur Beschaffung von Baumaterialien und das Ringen um die Sicherstellung der erforderlichen Energie treten vielleicht noch hinter der furchtbaren Tatsache zurück, daß die deutsche Arbeitskraft zerschlagen am Boden liegt.

Die Bilanzverluste des ersten Weltkrieges, die sich heute noch nicht wieder aufgeholt sind, die 55 bis 6 Mill. Toten und die gewaltige Zahl der Kriegsverstümmelten des letzten Krieges haben uns nur 40% der männlichen Arbeitskraft gelassen, und dieses Defizit wird kaum nach 20 Jahren ausgeglichen sein. Mit der verschlagenen Mannschaft, die noch dazu unter dem ständigen Druck des Hungers zu arbeiten gezwungen ist, eine Sozialleistung zu erreichen, wie wir sie im Hinblick auf die Reparationen und den europäischen und deutschen Aufbau benötigen, stellt uns vor kaum überwindbare Schwierigkeiten. Unter ihrem Zwang liegt vor allem die Industrie von Nordrhein-Westfalen.

Wer den Versuch machen will, dieser Schwierigkeit mit der Aussicht auf einen wenigstens einigermaßen fühlbaren Erfolg zu begegnen, muß sich zunächst von der Vorstellung freimachen, als ob eine Erleichterung von der Rückkehr der Gefangenen zu erhoffen sei. Diese werden ohne merklichen Einfluß vom Arbeitsmarkt aufgenommen, ganz abgesehen davon, daß aus Sowjetrußland nur Invalide entlassen werden, die, wenn je überhaupt, erst nach langer Zeit einsatzfähig sein dürften. Richtiger ist es schon, sich der Reserve des Frauenüberschusses zu erinnern und sich ihrer zu bedienen. Welch erhebliche Reserven in dieser Richtung freigegeben werden können, zeigt das Verhältnis zwischen Männern und Frauen z. B. in den folgenden Jahrfünfteln in Nordrhein-Westfalen:

Jahresgruppe	Männer	Frauen
Von 20—25 Jahren	297 000	512 000
Von 25—30 Jahren	242 000	317 000
Von 30—35 Jahren	297 100	492 000

Worauf es in der Zukunft ankommen wird, das ist die Umlagerung der schweren Arbeit auf die Männer, und die Zuweisung der leichten Arbeit an die Frauen. Man muß sich von der traditionellen Anschauung lösen, daß die Frau als Handarbeiterin eine Unmöglichkeit darstelle, und muß es nicht mehr als etwas Besonderes ansehen, wenn eine Frau als Glaserin, als Anstreicherin, als Tapeziererin, als Hilfsarbeiterin im Bergwerke oder als Metallarbeiterin tätig ist. Wenn in diesen und anderen Sparten des Handwerks und der Industrie durch sinnvolle Umschichtung und durch Einflußnahme auf den Lehrlingsnachwuchs der Mann auf die schwereren und die Frau auf die leichteren Arbeiten geteilt werden, so läßt sich dadurch die Arbeitskraft nicht unbedeutlich verstärken. Im übrigen werden die Frauen, deren Ernährer ge-

fallen sind, früher oder später durch ihre Hände Arbeit den notwendigen Unterhalt verdienen müssen, der ihnen vom Staat nicht ohne Gegenleistung garantiert werden kann.

Die Verlagerung der männlichen Arbeitskraft in die schweren Berufe muß schon durch das Einwirken auf die Lehrlinge in die Wege geleitet werden, und man wird die Knaben von der leichteren Arbeit, etwa von der Radiotechnik oder bestimmter Lieblingsberufe wie die Autoschlösserei, ablenken müssen. Für den Bergbau ist das neuerdings in erfreulicher Weise gelungen. Die Zahl der den Zechen zugeführten Arbeitskräfte unter 18 Jahren betrug bereits im Jahre 1946 9 500 und im Jahre 1947 18 500. Das ist zu begrüßen; denn nur über den jugendlichen Nachwuchs ist die Arbeitsfrage im Bergbau zu lösen und organisiert in Ordnung zu bringen. Im Bergwerke ist es zwar gelungen, innerhalb von nur zwei Jahren, den Mangel an Facharbeitern auszugleichen, aber es fehlt an Bauhilfsarbeitern und an Fachkräften im Bergbau. Auch diese Frage muß gelöst werden. Sie ist abends dringender als das Arbeitskraftproblem im Bergbau, weil es ohne ausreichenden Wohnraum keine ansehnliche Aufwärtsbewegung der Kohlenförderung geben kann. Man muß sich immer vor Augen halten, daß wir statt der bisher erreichten Tagesproduktion von 300 000 t eine solche von 400 000 t benötigen, um der deutschen Wirtschaft diejenigen Kohlenmengen zuzustellen, deren sie so sehr bedarf.

Aus der als Folge der fatalen Steuergeographie zu behandelnden Herleitung von Arbeitskräften dürfte sich nach dem Goldschnitt kaum eine Erleichterung herleiten. Obgleich hat Arbeits- und Sozialminister Halffell noch in dieser Woche auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf festgestellt, er werde es nicht mitmachen, daß Firmen ihre gehorteten Kräfte nach dem Goldschnitt entließen und das Risiko dem Staat zuschieben. Im übrigen ist er der Ansicht, daß nach der Währungsreform keineswegs eine Arbeitslosigkeit einsehen werde. Er sei überzeugt, daß die Schaffung einer neuen Währung mit internationaler Geltung einer Initialzündung gleichkomme. Es sei nicht ersichtlich, daß aus dem Bergbau, aus dem Bergwerke oder der Eisen- und Stahlindustrie Arbeitslose anfallen würden; eine gewisse Gefahr bestehe wohl für kaufmännische Berufe, aber in dieser Hinsicht seien Vorkehrungen getroffen, um diese Kräfte aufzufangen.

Ob Minister Halffell mit dieser Auffassung recht behalten wird, vermag niemand mit Bestimmtheit zu sagen. Sicher aber dürfte sein, daß das Gelingen der Währungsreform von einigen weiteren Maßnahmen abhängig ist, die ihr unmittelbar folgen oder sogar vorgeschaltet werden müssen.

In dieser Nummer

- Verstärkte Außenhandelsförderung
- Deutscher Versandhandel
- Finnlands Autorität
- Kadmium
- Türkei stellt um
- Interessen an Spaniens Wirtschaft
- Griechische Exportorgane
- Osterreichs Außenhandel

Alles fließt ...

Aus dem Gewirre von Produktionsziffern, die der Leser in einer Wirtschaftsschrift findet, werden ihm an erster Stelle und mit Betonung immer die Zahlen der Schwerindustrie vorgeführt. Jedes Land zeigt heute gern an, daß seine Kohlenförderung oder seine Eisenproduktion oder die Maschinenindustrie um x% gestiegen sind. Der Hinweis auf diese Tatsache scheint den Propagandisten dieser Länder zu genügen; denn sie meinen damit bewiesen zu haben, daß ihr Land sich im wirtschaftlichen Aufstieg befindet. Man fühlt sich zu dieser Einstellung berechtigt, weil bisher in den Lehren über die Konjunktur zu lesen war, daß jeder Wirtschaftsaufschwung von der Schwerindustrie und den Investitionsgütern ausgeht. Nun sind das zwar Erfahrungen aus der Zeit, die man die kapitalistische genannt hat; aber auch Wirtschaftsformen, die den Kapitalismus ablehnen und bewußt dessen Wirtschaft betreiben, haben diesen Stolz auf steigende Produktionsziffern der Schwerindustrie und der Investitionsgüter beibehalten.

Es ist nun sehr interessant, daß seit einigen Wochen sehr steigende Produktion auf den genannten Gebieten deutliche Anfänge einer Depression zu erkennen sind, also genau das Gegenteil dessen, was man aus den früheren Konjunkturlehren her kannte. Wir verweisen auf die Baisse an den Warenmärkten, die mit Getreide begann und jetzt die textilen Rohstoffe erfaßt hat, und erinnern unsere Leser an unseren Aufsatz über die Krise in Tabak. Da sich aber gegen diese Beweisführung konjunkturtheoretisch manches einwenden ließe, wollen wir einen noch kräftigeren Beweis bringen und nehmen dafür als Beispiel Belgien. In unserem Aufsatz über dieses Land (in Nr. 10) zeigten wir die gewaltige Aufwärtsentwicklung der Kohle- und Eisenindustrie Belgiens, das sich vom Krieg an schnellsten erholt hat. Auf der anderen Seite ist auf dem Binnenmarkt verschiedene Konsumgüterindustrien ein deutlicher Umschwung nach unten eingetreten. Die Textil-, Leder-, Schuh- und die Luxusindustrie sowie das Transportwesen zeigen sinkende Ziffern. Die Zahl der Arbeitslosen ist in diesen Wirtschaftszweigen nämlich erheblich gestiegen, die Feierschichten nehmen zu und sind in einigen Fabriken schon bis auf 14 Tage ausgedehnt worden. Die Gesamtszahl der Arbeitslosen ist in Belgien heute mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. In den Zeitungen mehren sich die Anverkaufserklärungen und die Versuche zum Schleudern. Unter dem Druck des Wettbewerbs sinken die Preise. Die Vorräte in den Fabriken und im Handel steigen und warten auf Abzug.

Wir haben absichtlich Export und Import aus dieser Betrachtung herausgelassen, weil die Schwierigkeiten auf diesem Sektor zwar noch in den meisten Fällen dazu kommen, aber weder Ursprung dieser Absatzkrise sind, noch geeignet sind, die durch die oben angegebenen Tatsachen bereits gebrochene Klarheit zu erhalten; eher verschleiern sie die Zusammenhänge, die wir hier aufzeigen wollen. Ja, wir dürfen sagen, daß durch die Devisenschwierigkeiten und ihre Beherrschung die wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit der Regierungen viel zu stark auf die Außenhandelswirtschaft hin und von der Binnenwirtschaft abgelenkt wird. Vielleicht werden deshalb auch die deutlichen Depressionszeichen nicht erkannt. Nur so ist es zu verstehen, daß in den Produktionsplänen, wie z. B. dem von Cripps, auch wieder nur die Produktion gefördert werden, die entweder zur Schwerindustrie gehören oder exportfähig oder beides sind, aber nicht die Konsumgüter. Hätte man aufmerksam

Aufbau der Bank der deutschen Länder

Nachdem das Statut der Bank der deutschen Länder in der Doppelzone geschaffen, die Mitglieder des Verwaltungsrates ernannt sind, haben nunmehr die Arbeiten zum Aufbau der Organisation dieses zentralen Bankinstituts begonnen, welches künftig auch die Recht der Notenausgabe erhalten und die Funktion der früheren Reichsbank im Bereich der Doppelzone übernehmen soll. Die Organisatoren, die zunächst einmal die neue Bank zu planen und ihren Apparat einzurichten haben, sind benannt. Am 17. März hat die zweite Sitzung der Sachverständigen stattgefunden, die diese wichtige Aufgabe in verhältnismäßig kurzer Zeit zu lösen haben. Die Grundzüge der Organisation dürften damit festgelegt sein. Praktisch wird der Aufbau der Bank der deutschen Länder die zerstückelte oder angelegte Organisation der ehemaligen Reichsbank zu erheblichem Teile wieder in Gang setzen, wenn auch unter den Modifikationen, die der heutigen Lage entsprechen.

Frankfurt. Auf der 13. Vollversammlung des Wirtschaftsrates wurde die zweite Durchführungsverordnung zum Bewirtschaftungsgesetz verabschiedet. Sie bezweckt die Schaffung klarer Rechtsgrundlagen und gibt insbesondere eine Begriffsbestimmung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, eine Aufzählung der bewirtschafteten Erzeugnisse sowie eine Aufgabenabgrenzung der zuständigen Landesbehörden.

Am zweiten Sitzungstag wurde das Übergangsgesetz über Preisbildung und Preisüberwachung und das Gesetz zum Ausgleich der volkswirtschaftlichen Folgen der Demontage in 1. und 2. Lesung verabschiedet. Der Inhalt beider Gesetze wurde bereits in Nr. 8 der Wirtschaftsrevue vom 21. Februar wiedergegeben. Ein Entwurf für ein Warenherkunftsgesetz hat die sofortige Entschörung und laufende Kontrolle aller Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft zum Ziel und sieht zu diesem Zweck Bestands-

meldungen der Industrie, Handels- und Handwerksbetriebe in regelmäßigen Zeitabständen vor.

Handelsbesprechungen mit der Doppelzone

Frankfurt. Zwischen Vertretern der französischen Besatzungszone Deutschlands und der Verwaltung der Wirtschaft der Doppelzone fanden in Königstein (Taunus) Besprechungen über ein neues Warenabstands-Abkommen statt, das für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember gelten soll.

Berliner Handels-Gesellschaft in Frankfurt a. M.

Wie wir hören, beabsichtigt die BHG., deren Anteilsschein in den letzten Tagen an der Frankfurter Börse stärkster Interesse fanden, sich in Frankfurt a. M. niederzulassen und das reguläre Bankgeschäft im alten Rahmen wieder aufzunehmen.

UdSSR bieten Erdöl an

Rußland soll kürzlich probeweise Offerte für den Export von zumeist Erdöl erstellt haben, wie „Evening Standard“ meldet. Es soll sich um etwa 60 000 t handeln, also eine im Verhältnis zur Gesamtproduktion Rumäniens — derzeit rund 4 Mill. t — geringe Menge. Verlangt wird Zahlung in Dollar.

Streiks in USA

New York. Auf Weisung von John L. Lewis, dem Präsidenten der Grubenarbeitergewerkschaft, haben 400 000 Arbeiter der Braunkohlenruben ihre Arbeit niedergelegt. Die Gewerkschaft fordert Zusicherungen für die Altersversorgung der Bergleute. Die Gewerkschaft der Arbeiter der Großschlichtereien in Chicago hat den Streik ausgerufen, der bis jetzt ebenfalls etwa 400 000 Arbeiter erfaßt. Dadurch wird die Fleischversorgung der USA wesentlich betroffen.

alte Konjunkturlehren gelesen, dann hätte man immerhin festgestellt, daß zum Beginn des Aufschwungs einer Wirtschaft nicht nur die Erhöhung der Produktion bei der Investition, sondern auch die zunehmende Rentabilität gehörte. Gerade das aber ist heute nicht der Fall. Die Kohlenindustrie ist in Belgien, in England und in vielen anderen Ländern, oh verstädlicht oder nicht verstädlicht, unrentabel und erfordert Zuschüsse direkter oder indirekter Art.

Wir stellen also fest: steigende Produktionsziffern in der Schwerindustrie und doch Anzeichen einer Depression steigendes Interesse für Investition trotz Unrentabilität. Die alten Ansichten über die Konjunktur können also nicht mehr stimmen. Quod erat demonstrandum.

Was nach dem Grund für die angestrebte Wirtschaftsentwicklung sucht und ihn nicht findet, berücksichtigt nicht, daß Wirtschaftsformen historische Tatsachen sind. Die Benennung für diese Zeiten obliegt den Historikern. Die Menschen in der Zeit empfinden sie nicht so, wie der Historiker sie — post festum — darstellt, und so empfinden auch wir noch nicht bewußt, welche Wirtschaftsform sich jetzt langsam entwickelt. Es gab eine Zeit, die man die kapitalistische nannte (Sombart hat sie so genannt). Sie war praktisch zu Ende, als die großen Sozialisten, an der Spitze Karl Marx, auftraten. Dabei wird es den Historikern später einmal interessieren, daß Marx soziale Zustände mit Recht kritisierte, die in einer Wirtschaftsform, die auf seine Lehre begründet ist, sehr viel klarer in Erscheinung getreten sind. Ob wir z. B. zu alles denken, was man in dem Begriff Antreiberei zusammenfassen kann, oder an den Kontrabierungszwang (ein Ausdruck von Karl Marx), der jetzt als Zwang, zu einem bestimmten Platz arbeiten zu müssen, erscheint. Mag der Historiker mit diesen Seltsamkeiten fertig werden.

Für uns bleibt, daß auch der Sozialisierungsgedanke eine historische Erscheinung ist, deren Ende, genau wie beim Auftreten von Marx in dem Moment beginnt, oder schon begonnen hat, da sich das Lebensgefühl der Menschen, die Wirtschaft machen, geändert hat. In einem solchen Zeitpunkt stehen wir. Mit großem Eifer ist man in die kapitalistische Zeit gegangen, und die Menschen haben wirtschaftlich das Gute daran in manchen Bisse verwandelt. Mit ebenso großem Eifer ist man in die sozialistische Ära gegangen und hat auch hier das Gute in manchen Bisse verkehrt. Vielleicht sollte es so sein, daß jede Zeit den Eifer anwandte, den sie brauchte, um die wirtschaftlichen Ziele, die man sich mehr unbewußt als bewußt steckt, zu erreichen. Es gibt eben kein gutes und kein schlechtes Wirtschaftssystem, sondern Menschen machen die Wirtschaft und ihr System. Wenn wir uns hier der Ausdrücke gut und böse bedienen, wollen wir doch nicht mißverstanden werden und klarstellen, daß wir mit dem Worte gut meinen: man hat das Ziel voll erreicht, das man sich gesteckt hat.

Was war, kommt nicht wieder, und wie man aus der Geschichte nicht lernen kann, kann man auch aus der Geschichte der Wirtschaft nicht lernen. Wie man vor dreißig Jahren eine Konjunktur ankurbelte, kann man sie heute nicht in Gang bringen, und was man vor 10 Jahren verstaatlichte, bricht heute zusammen (z. B. in Italien und in der Türkei). Es wird eine neue Wirtschaftsform wachsen. Wären wir Philosophen, so würden wir — nach Hegel — sagen: aus der These des Kapitalismus und der Antithese des Sozialismus wird sich eine Synthese entwickeln. Dabei ist Synthese nicht gleich Kompromiß. Wohl plant die Synthese mit Kompromissen zu beginnen und sich dann in ihre Reinheit hineinzusetzen. So ähnlich wird es wohl auch auf dem Gebiete der Wirtschaft werden. Es ist z. B. jetzt schon klar zu erkennen, daß eine wirkliche Behbung der Wirtschaft nur von der Seite der Konsumgüter ausgehen kann. Wir müssen also gerade da anfangen, wo in kapitalistischen Zeiten bereits der Höhepunkt der Konjunktur nahezu erreicht war. Es ist dabei wichtig zu erkennen, daß wir so auch stärker den Menschen mit seinem direkten Anspruch an die Wirtschaft primär berücksichtigen, also von dem Standpunkt der Wirtschaft als Selbstzweck, der, nicht immer klar erkannt, in der These und der Antithese grundlegend war, abkommen, und damit dem Kern der ausgesprochenen Ideale der These und Antithese wirklich näher zu kommen beginnen. X.

Textilindustrie in Gelsenkirchen

Auf Grund zufriedenerstellender Anstellungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen (vornehmlich weibliche Beschäftigte) haben sich seit dem Waffenstillstand in Gelsenkirchen 35 Firmen der Bekleidungsindustrie niedergelassen. Neun weitere Firmen folgen in Kürze. Mit über 20 steht das städtische Wiederaufbauamt noch in erfolgversprechenden Verhandlungen. In Gelsenkirchen laufen heute schon 1000 motorisierte Nähmaschinen. Die Beschäftigtenzahl in der Bekleidungsindustrie liegt schon über 2000.

Gelsenkirchen, eine Stadt, die der Schwerindustrie ihre Entscheidung verdankt, verlässt ihren „Schwerpunkt“ auf „leichtere“ Industrien, von der Männerarbeit auch auf die Frauenarbeit — ein interessanter Strukturwandel.

Verstärkte Außenhandelsförderung

Die Außenhandelszentrale für die französische Zone, hat durch seine regionalen Dienststellen in den Ländern der Zone die am Außenhandel beteiligten Firmen aufgefordert, seine Dienststellen mehr als bisher in Anspruch zu nehmen.

Die Außenhandelsämter geben über alle mit Aus- und Einfuhr zusammenhängenden Fragen Auskunft und sind auch dankbar für Mitteilung auftretender Schwierigkeiten. Auf der Leipziger Frühjahrsmesse war das Officemex amtlich vertreten, damit die Ausfuhrabschlüsse an Ort und Stelle genehmigt werden konnten. Das gleiche wird auf der Exportmesse der Doppelzone in Hannover der Fall sein, die vom 23. Mai bis 5. Juni stattfindet. Das Officemex macht die Firmen, welche auf der Messe ausstellen wollen, darauf aufmerksam, daß es zweckmäßig ist, für jede zum Verkauf zu stellende Ware Proforma-Rechnungen in 6 Stück an das Officemex (Abteilung Messedienst), Baden-Baden, Hauptstr. 36 (Tel. 61214) einzusenden und dabei anzugeben, in welcher Menge die Ware zum Verkauf gestellt wird und in welche Länder ein Abzug geplant ist. Von den 6 Proforma-Rechnungen sollen 3 mit Preis (1 französisch, 2 deutsch) und 3 ohne Preis (französisch) eingereicht werden. Zugleich mit den Rechnungen sollen die Firmen mitteilen, welche Rohstoffe für die vorgesehenen Ausführungen benötigt werden, damit diese für die Abschlässe bevorzugt bereitgestellt oder durch Einfuhr beschafft werden können.

Für die Fälle, wo Preise für die Rohstoffe nicht bekannt sind, vor allem, wenn sie aus dem Ausland eingeführt werden müssen, gibt das Officemex noch folgenden Hinweis: die Rohstoffe werden zwar vom Officemex zum Weltmarktpreis eingekauft, die Firmen erhalten sie aber zum amtlichen deutschen Inlandspreis. Soweit keine anerkannten Preissteigerungen erfolgt sind, gilt dafür der Stopppreis, so daß auf dieser Grundlage eine Kalkulation für die Proforma-Rechnungen möglich ist. Die Abgabe dieser Rechnungen an das Officemex hat den Sinn, ihm die Festsetzung der Verkaufspreise zu ermöglichen. Ferner prüft das Amt an Hand dieser Unterlagen, ob diese Verkaufspreise eine Einfuhr der benötigten Rohstoffe rechtfertigen.

Verbesserte Ausfuhrsituation in Freiburg. In der Zeit vom 18. Juni bis 1. August findet in Freiburg die zweite Badische Landes-Ausfuhrschau Biga statt. Gegenüber der ersten Schau vom vergangenen Jahr sind für diese Veranstaltung wesentliche Verbesserungen in Aussicht genommen. Die badische Ausfuhrwirtschaft wird diesmal an der Ausfuhr durch die bereits bekanntgegebene Ausfuhrprämie beteiligt werden. Für die Dauer der Ausstellung wird eine Ausfuhr-Börse eingerichtet werden, zu welcher die Einkäufer und die Aussteller Zutritt haben. Die Dauer der Ausstellung ist, um die Aussteller nicht

übermäßig in Anspruch zu nehmen, auf 6 Wochen verkürzt worden, was auch eine Senkung der Standmieten zur Folge haben wird, obwohl durch die Errichtung der neuen Ausstellungshallen wesentlich höhere Unkosten erwachsen werden. Über die Ausstellungsleitung können die Aussteller Einladungen an Geschäftsfreunde und ihnen nahestehende Firmen veranlassen, und so einen erweiterten Auslands-Besuch rechtzeitig vorbereiten. In größerem Umfang werden diesmal Vitruvina zur Sicherung der Ausstellungsgegenstände gestellt werden. Auf Anregung verschiedener ausländischer Staaten wird diesmal neben dem Ausstellungskatalog, der in einer deutschen und in einer französisch-englischen Ausgabe

erschienen, auch ein Bild-Katalog herausgegeben werden. Damit die Einkäufer die Ausstellung in Ruhe besichtigen und Verhandlungen führen können, werden für sie bestimmte Einkäufer-Besuchzeiten festgesetzt, für welche besonders Ausweise ausgegeben werden. Die Ausstellerbetriebe sind von der Ausstellungsleitung gebeten worden, ihre Ausstellungsgegenstände auf Ende Mai versandfertig zu halten.

Durch diese Vorkehrungen soll eine bessere Abwicklung der Ausstellungsbesuche und der auf der Ausstellung getätigten Geschäfte erreicht werden. Aus dem Ausland wird bereits ein lebhaftes Interesse für die neue Ausfuhrschau erkennbar.

Steigende Industrieproduktion in der US-Zone

Stuttgart. Nach einer Mitteilung der Militärregierung ist die Industrieproduktion in der amerikanischen Zone im Februar gestiegen und erreichte 54% des Standes von 1936. Als Hauptgrund werden die Verfügbarkeit von Kohle und Eisen sowie die milde Witterung angesehen. Produktionshöchstleistungen erreichte die chemische Industrie mit 62%, die Gummiindustrie mit 50%, die Textilindustrie mit 56% und die Papier- und Papiermassenindustrie mit sogar 90% gegenüber 1936. Die Herstellung von optischen und anderen Präzisionsinstrumenten erreichte 38%. Auch in der Produktion von Eisen und Stahl, von elektrischen Apparaten und von Fahrzeugen sind Fortschritte zu verzeichnen.

In Kempten werden zeitweilig größere Industriehäuser ausgeführt. Unter diesen ist der Bau einer Tonfabrik am Ostbahnhof, der Bau von Fabrikräumen für die Firma „Sirius“, Glaskunst Kempten, die Errichtung eines Wehereingebäudes für ein Textilunternehmen in der Memmingerstraße und der Bau eines Kesselhäuses für die Allgäuer Fleischwarenfabrik Klöfing zu erwähnen.

Die Ver. Aluminiumwerke AG., Schwandorf hat während des nunmehr aufgehobenen Aluminium-Herstellungsverbotes die Herstellung von Phosphatdünger (Schweißphosphat) aufgenommen.

Glühlampenproduktionsplan 1948

Die Verwaltung für Wirtschaft beabsichtigt, für das laufende Jahr einen Produktionsplan für die Glühlampenherstellung gemeinsam mit der Industrie aufzustellen, nachdem im laufenden Jahr in der britisch-amerikanischen Zone 34 Mill. Glühlampen und in Berlin 17 Mill. Stück produziert werden sollen. Die Versorgung mit Glaskolben und Sockeln wird als gesichert angesehen, während in Walframdreh und Zirkonidanten der Engpaß noch nicht über-

Reparierte Autobahnen

Zu Beginn dieses Jahres waren von den insgesamt 2034 km Autobahnstrecken der britisch-amerikanischen Zone 1818 km wieder voll betriebsfähig, nachdem etwa 60 Brücken endgültig und 190 behelfsmäßig wiederhergestellt worden sind. Insgesamt waren 300 Brücken zerstört.

Prüfungsausschüsse für die Industrie

Stuttgart. Auf Grund eines Erlasses des Württemberg-Badischen Wirtschaftsministeriums über die Bildung von Kontrollausschüssen für die gewerbliche Wirtschaft wurden mit Wirkung vom 15. März vorläufig sechs Prüfungskommissionen in Stuttgart verpflichtet, und zwar für die Textilindustrie, Lederindustrie und deren Handel, sowie je eine für die Möbel- und Haushaltsindustrie und deren Handel. Auf die personelle Zusammensetzung der Ausschüsse hatten die Industrie- und Handelskammern, die Gewerkschaften und die Parteien des Gemeinderates bestimmenden Einfluß. Die Kontrollausschüsse können über Vorräte, Leistungen und die sonstigen internen Belange der Unternehmen Auskünfte verlangen und haben auch das Recht, Geschäftsbücher und Briefe sowie Unterlagen über die Preiskalkulationen, Auftragsbücher und Wareneingänge einzusehen. Auch über Fertigungsgenehmigungen und behördliche Zulassungen der Unternehmen haben die Kontrollausschüsse Befugnisse zu machen, über eventuelle Kompensationsgeschäfte und Sonderzuweisungen an die Belegschaften Auskünfte an die Kontrollausschüsse gegeben werden. Exekutive Befugnisse gegen etwaige Mißstände streben den Ausschüssen nicht zu, sie haben lediglich die Tatsachen festzustellen und darüber den zuständigen amtlichen Stellen zu berichten.

Das Uranerz von Joachimsthal

Unter russischer Hegie abgebaut

Technische Flüchtigkeits berichten, daß sie im Gebiet von Joachimsthal in der Tschechoslowakei sowjetische Soldaten angetroffen haben, obwohl das Land offiziell von allen sowjetischen Truppen geräumt ist. Es handelt sich um Truppen, die zur Bewachung der Uranerzgruben von Joachimsthal eingesetzt sind, die von einer sowjetischen Gesellschaft ausgebeutet werden.

Die Uranerzvorkommen von Joachimsthal sind das älteste Uranerzvorkommen der Welt, aus dessen Erzrückständen Madame Curie 1898 das erste Radium gewann. Es waren Rückstände, die von der Uranerzfabrik von St. Joachimsthal als wertlos auf die Halde geworfen wurden. Von 1854—1914 gewann man fast 500 t hüttenfertige Erze mit 50% U₃O₈, die bis zur Entdeckung des Radiums nur auf Uran verarbeitet wurden. In Joachimsthal wurde das erste Radium im Jahre 1906 gewonnen. Nach Angaben von Professor Krosch sind in 10 t Pedierz aus Joachimsthal etwa 1,19 g Radium oder 2 g Radiumsalze enthalten. Bis 1934 einschließlich wurden in Joachimsthal 52,53 t Radium gewonnen. Die Vorräte betragen 1932 22 g, von denen 15 g dem Staat gehörten. Bis wenige Jahre vor dem ersten Weltkrieg hatte Joachimsthal praktisch ein Monopol auf die Radiumgewinnung, die mit der Ausbeutung der Vorkommen in Kanada und Belgisch-Kongo begonnen wurde. Es bestand aber ein Abkommen mit der englischen Regierung, wonach die ganze Erzeugung, mit Ausnahme der im Inland selbst für Heilzwecke benötigten Mengen, nach England geliefert werden mußte.

Die Entwicklung in Europa vor diesem Krieg hatte die Joachimsthaler Vorkommen vorübergehend unter deutschen Einfluß gebracht. Der Ausgang des Krieges, und besonders die Anwendung der Atombombe in der letzten Phase des ostasiatischen Krieges, hat das Uranerz in den Mittelpunkt des Interesses bei den Großmächten gerückt. Gegenwärtig ist die Tschechoslowakei ebenso wenig wie vorher das Protektorat Herr seiner wertvollen Erzvorkommen, da heute von der Sowjetunion ausgebeutet werden.

Der Goldpreis der Bank von Italien

Mailand. Die Bank von Italien hat in der letzten Zeit den amtlichen Goldpreis an den freien Marktpreis angepaßt. Die Bank zahlte für Stangen Gold je kg fein im November 1947 552.510 Lire, im Dezember 678.541 Lire und im Januar 1948 648.158 Lire. Der Feingoldpreis betrug im Mai 1933 12.850 Lire, im November 1935 15.500 Lire und im Oktober 1936 21.181 Lire. Im Juni 1945 wurden für 1 kg Gold 112.527 Lire, im März 253.186 Lire und im Oktober 1947 584.017 Lire bezahlt.

Nach einer Verordnung im Amtsblatt ist in ganz Italien der freie Handel mit Gold- und Silbermünzen wieder erlaubt.

Italienischer Außenhandel

Mailand. Italiens Warenexport mit dem Ausland erreichte in den ersten 11 Monaten 1947 einen Wert von 570,18 Mrd. Lire, wobei die Einfuhr 388,96 und die Ausfuhr 181,22 Mrd. Lire betrug. Die Handelsbilanz ist daher mit 207,70 Mrd. Lire passiv. Gegenüber der Vorkriegszeit ist die italienische Ausfuhr mengenmäßig um etwa ein Drittel zurückgegangen, die Einfuhr dagegen entspricht mit monatlich 1,5 bis 1,8 Mrd. t ungefähr der Vorkriegszeit. Gegenüber dem Jahre 1946 hat sich die Einfuhr mengenmäßig verdoppelt und wertmäßig beinahe vervierfacht. Der Wert der Ausfuhr ist von 55 auf 181 Mrd. Lire gestiegen.

Brüsseler Autoausstellung

An der kürzlich in Brüssel stattgefundenen Automobilausstellung hatten sich über 2000 Firmen beteiligt, die rund 380 bekannte Automarken ausstellten. In der Abteilung Personewagen waren Autos aus Belgien, Schweden, Großbritannien, den USA und aus Deutschland der Volkswagen amgestellt, der starke Beachtung fand, da er zur Zeit noch immer der preiswerteste Kleinwagen auf dem Weltmarkt ist.

Erdöl in Franz. Marokko

Paris. In dem Gebiet von Petit Jean in Französisch-Marokko wurde ein neues Erdölvorkommen erschlossen mit einer Tagesleistung von 30 000 t Rohöl.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG GmbH, Konstanz, Chefredakteur Oskar Krosch; Stellvertreter: Dr. H. F. Geiler (Baden-Baden); verantwortlich für die Steuerbeiträge: Peter Becker (München). Zuständiges Verlagspostamt für Franz. Zone: Konstanz; amer.-engl. Zone: Erlangen/B. Druck: Oberbad. Verlagsanstalt Merik & Co. KG, Konstanz. — Zuschriften an die Redaktion nicht an einzelne ihrer Mitglieder ergehen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beiträge von Rückporto verpflichtet nicht zu Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte. Jede mit Namen des Verfassers versehenen Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwendung nur mit Quellenangabe. — zur Zeit in Anzeigen-Preiskarte Nr. 1 gültig.

Unabhängige Notenbank!

(Fortsetzung von Seite 1)

Quellen der Inflation verstopft. Wenn die Zentralbank keine Noten herausgibt, dann gibt es keine Inflation. Inflation ist, wie schon das Wort sagt, kein Zustand, sondern ein Vorgang. Eine andere Frage ist es, wie die europäischen Länder mit den Folgen der Kriegsinflation fertig werden wollen. Diese Folgen allerdings sind ein Zustand, meist macht er sich durch den sogenannten Kaufkraftüberhang bemerkbar, insofern nämlich, als infolge staatlicher Anordnungen die Preise der eingetretenen Geldentwertung nicht folgen konnten und so die Waren auf die illegalen „schwarzen“ Märkte trieben. Die Behandlung dieses Problems ist aber nicht eine Angelegenheit der Notenbanken, sondern der Regierungen, die entweder eine Währungsreform durchführen, d. h. einen großen Teil der Noten und Guthaben für ungültig erklären oder aber den Preisen und Löhnen freien Lauf lassen müssen, damit sich die längst eingetretene Entwertung der Währung manifestieren kann, d. h. das Gleichgewicht zwischen dem Gesamtwert der umlaufenden Geldzeichen und kurzfristigen Guthaben auf der einen und der zur Verfügung stehenden Warenmenge auf der anderen Seite eintritt.

Von diesen Reformen soll hier aber nicht gesprochen werden, sondern von den Pflichten, die einer Notenbank zukommen und die, wenn eine Währung Vertrauen genießen und sich bewähren soll, genau definiert und streng eingehalten werden müssen. Diese Pflichten lauten sich, genau genommen, auf einen einzigen Satz reduzieren: Er besagt, daß die Notenbank ihre Banknoten nur für solche Werte hergeben darf, die sofort in beliebige Waren umgetauscht werden können, nämlich Gold, marktfähige Devisen und kurzfristige Wechsel zur Finanzierung wechler Warengeschäfte. Hält sich die Notenbank daran, so wird goldwert, daß jede Banknote jederzeit in Waren umgetauscht, d. h. zurückgegeben werden kann, weil man mit Gold und marktfähigen Devisen im Ausland kaufen

kann, während diejenigen Waren, die zur Finanzierung von kurzfristigen Warenwechseln in den Verkehr kommen, ihre Deckung in Waren eben in den Vorgängen finden, die der Ausgabe der Warenwechsel zugrunde liegen. Niemals kann bei einer solchen Gebahrung ein „Kaufkraftüberhang“ oder dergleichen entstehen. Dieser entsteht vielmehr dann, wenn die Bank langfristige Kredite an faule Schuldner gibt, wie den Staat, die sonstige öffentliche Verwaltung, wenn sie den sogenannten Aufbau, die Rüstungsproduktion und dergleichen finanziert. Deshalb ist ihre Verpflichtung, nur kurzfristige Warenkredite zu gewähren, auf engster Linie der Kern der Sache. Wenn die Notenbank in dieser Hinsicht korrekt ist, so wird die Währung gesund bleiben, ist sie nicht korrekt, so wird die Währung unweigerlich verfallen, sei es in Form der offenen Inflation mit Preischaos, sei es in Form der verdeckten Inflation mit Kaufkraftüberhang, wie es zur Zeit in Deutschland, England und anderen Ländern der Fall ist.

Um eine korrekte Notenbankführung zu sichern, genügt es aber nicht, ein entsprechendes Bankstatut zu erlassen. In dem diese Pflichten der Notenbank festgestellt sind. Denn jede Regierung ist in den wechselnden politischen und wirtschaftlichen Situationen einem starken Druck der verschiedensten Faktoren ausgesetzt, der immer dahin geht, die Ausgaben zu erhöhen und die Einnahmen zu vermindern. Unter diesem Druck sind die Regierungen geneigt, z. z. nicht nur unter dem Zwang des Krieges, ihre Gesetzgebungsgewalt und ihren Einfluß auf die Besetzung der leitenden Notenbankposten zu mißbrauchen, um Kredite des Noteninstitutes zu erlangen, ohne Rücksicht darauf, daß solche Kredite die Währung erschüttern, den Gesamtwert der umlaufenden Noten und der Guthaben herabsetzen und schließlich das Vertrauen in die Währung vernichten. Deshalb ist hier, genau genommen, ein weiterer Akt der Gewaltentrennung nötig, dem heutzutage vielleicht nicht weniger Bedeutung zukommt, wie der Trennung von

Gesetzgebung und Verwaltung und der Unabhängigkeit des Richters. Notwendig ist die Unabhängigkeit der Notenbankleitung von der Regierung, um sie davor zu sichern, von der Regierung zur Gewährung dubioser Kredite gezwungen zu werden. Da es außer Diskussion steht, daß eine gesunde Währung, die wirklich unter allen Umständen gegen Waren umtauschfähig ist, im Interesse der ganzen Bevölkerung liegt, liegt auch die Unabhängigkeit der Notenbankleitung sowie die genaue Definition ihrer Pflichten im Interesse der gesamten Bevölkerung. Es handelt sich dabei gar nicht um Politik und nicht um Sozialismus, Kapitalismus und Liberalismus. Es handelt sich auch nicht darum, Wirtschaftsentwicklungen zu behindern oder zu beschleunigen. Und wenn eine Regierung behauptet, sie sei durch eine störrische Notenbank in ihrer Wirtschaft und Sozialpolitik gehindert, so liegt sie. Denn auch bei noch so starrer Notenbankpolitik steht es der Regierung frei, jeden Betrag auszugeben, für sozialpolitische oder welche Zwecke immer, jeden Betrag, den sie aus den Steuern, aus Anleihen oder Krediten oder aus Verkäufen von Staatseigentum aufbringen kann. Woran sie nur verhindert wird, das ist der Versuch, durch ein betrügerisches Manöver sich Geld drücken zu lassen, hinter dem kein Gegenwert in Waren steht, das also, wenn es vom übigen Geld unterscheidbar wäre, gar keinen Wert hätte, und das, da es nicht unterscheidbar ist, den Gesamtwert der umlaufenden Zahlungsmittel und aller auf die eigene Währung lautenden Guthaben herabsetzt und im großen Maßstab in Umlauf setzt, schließlich bis auf Null vernichtet.

In den Verlautbarungen über die neue Zentralbank der Doppelzone war bisher nicht viel mehr gesagt, als daß die Bank das Recht der Banknotenausgabe haben werde. Man kann aber jetzt schon sagen, daß der Wert ihrer Banknoten, mit oder ohne Währungsreform, auf die Dauer vollkommen von der Einhaltung der oben erwähnten Verpflichtungen durch die Bankleitung abhängen wird. P.

Neuaufbau des deutschen Versandhandels

Schon wieder ganz gute Umsätze — Nachwuchsförderung

Das selbständige Versandgeschäft hat sich in Deutschland etwas später entwickelt als etwa in den Vereinigten Staaten und auch in einer Reihe europäischer Länder, wie beispielsweise in den nordischen Staaten und Frankreich, wo es schon vor dem ersten Weltkrieg einen sehr großen Anteil am Gesamtumsatz des Einzelhandels und einen starken Einfluß auf das allgemeine Preisniveau erlangt hatte.

Auch in Deutschland gab es im Jahre 1939 schon rund 2500 Versandgeschäfte. Ihr Anteil am Gesamt-Einzelhandelsumsatz betrug etwa 6%. In ihren Preislisten und Katalogen war alles vertreten, was auch sonst durch den örtlich gebundenen Einzelhandel verkauft wurde, d. h. Lebensmittel aller Art, soweit sie sich für den Post- und Bahnversand an den Leichtverbraucher eignen, Textilien, Schuhe, Haushaltswaren, Lampen, Möbel, Fahrräder, aber auch ganze Zimmereinrichtungen, ferner Staubsauger, fertige Anzüge, Damenkleider usw. Im einzelnen war die Betriebsgröße der deutschen Versandhandelsgeschäfte sehr unterschiedlich. Im Jahre 1938 schwankte der jährliche Umsatz bei den verschiedenen Unternehmungen zwischen 80.000 und 120 Mill. RM. Im ganzen zeigte das Versandgeschäft eine steigende Entwicklung, die jedoch durch den neuen Krieg unterbrochen wurde.

Nach dem Kriege ist das Versandgeschäft in Deutschland durch die allgemeinen Verhältnisse, insbesondere durch die Warenknappheit, daneben aber durch eine mangelhafte Beteiligung an den Kontingenten, ferner durch die überhöhten Post- und Bahngebühren, mehr jedoch noch durch die Unsicherheit im Post- und Bahnversand, durch die Zonenengrenzen, durch die Knappheit an Verpackungsmaterial und dgl. noch stark gehemmt. Seine Lage ist daher etwas ungünstiger als im örtlich gebundenen Einzelhandel, und seine Umsätze sind infolgedessen auch etwas stärker zurückgegangen als in diesem. Durch den Verlust weiterer Gebiete im Osten sind auch zahlreiche Versandgeschäfte genötigt gewesen, in den Westzonen ihr Geschäft völlig neu aufzubauen. Während über die Entwicklung in der russischen Zone zurzeit noch kaum Nachrichten vorliegen, lassen sich die Verhältnisse in den Westzonen schon einigermaßen überblicken.

Abgrenzung

Im Jahre 1947 hat sich mit dem Sitz in Solingen der „Wirtschaftsverband Versandhandel in der britischen Zone e. V.“ gebildet. Damit hat sich der Versandhandel zum ersten Male seit seinem Bestehen in Deutschland eine eigene Organisation geschaffen. Früher war er neben den Groß- und Einzelhandelsfirmen in den alten Organisationen dieser Handelsfirmen mit erfasst, und auch nach 1933 gehörte er, wenn auch als besondere Abteilung in der Form der „Zweckvereinigung Versandgeschäft“, noch der Reichsgruppe Einzelhandel an. Das wachsende Bewußtsein seiner besonderen Struktur und seiner beson-

deren volkswirtschaftlichen Funktion haben den Versandhandel nach dem Kriege veranlaßt, allen Versuchen der Wiedereingliederung in den neugebildeten Einzelhandelsverband zu widerstreben. Der „Wirtschaftsverband Versandhandel“ hat vielmehr die Abgrenzung seiner besonderen Arbeitsweise in einer bemerkenswerten Begriffsbestimmung ausdrücklich festgelegt, die unter Mitwirkung des Kölner Universitätsprofessors Dr. Eugen Schmahlenbach und des Dozenten Dr. Franciosi von der Berufspädagogischen Akademie in Solingen zustande gekommen ist und die folgendes aussagt:

„Unter Versandhandel versteht man den selbsthaften Warenhandel, der für eigene Rechnung seine Waren, erforderlichenfalls nach Bearbeitung, bei Abschluß des Wiederverkaufs, an die Konsumenten absetzt und durch besondere, nur ihm eigene Vertriebs- und Liefermethoden unter Einsatz eines umfangreichen kaufmännischen und techni-

schigen Apparates und eines angemessenen Kapitals die lokale Platzgebundenheit überwindet.“

Das ist sozusagen die Verfassung des neuen Verbandes und deutet die Richtung an, die in der Zukunft für die Entwicklung des Versandgeschäftes in Deutschland abseits von den Vertriebsmethoden sowohl des ortsgebundenen Einzelhandels als auch des ambulanten Handels maßgebend sein soll.

Inzwischen ist die organisatorische Arbeit des neuen Verbandes schon weit fortgeschritten. Nachdem seit einigen Monaten auch den Versandgeschäften der amerikanischen Besatzungszone die Möglichkeit des Anschlusses an den Verband ermöglicht worden ist, greift seine Wirksamkeit heute schon auf die ganze Doppelzone über, und es ist das Bestreben des Verbandes, im Laufe der Zeit den gesamten deutschen Versandhandel unter den von ihm herausgestellten Grundsätzen zu vereinigen. Von den früher in der „Zweck-

Cripps-Plan 1948

Der Wirtschaftsbericht, den die englische Regierung in diesen Tagen bekanntgegeben hat, ist sehr ernst. Trotz der unten wiedergegebenen Darstellung muß daran erinnert werden, daß die letzten Gold- und Devisenreserven Englands Ende Juni auf 450 Mill. Pfund zusammengeschrumpft sein werden, wenn die augenblickliche Im- und Exporthöhe aufrecht erhalten wird. Der für 1948 aufgestellte Plan sieht folgende Ziele vor:

	Leistung 1947	Ziel 1948
Kohlenförderung	196,5 Mill. t	211,0 Mill. t
Schiffbau	1.172	1.400
Förderbänder	2.444	4.700
Kähne und Güterwagen (Baum)	52.390 t	70.000 t
Stahlerzeugung	12.724.000 t	14.000.000 t
Schiffbau (Tanker)	120.000 t	175.000 t
Waggonreparaturen	203.000 t	107.000 t
Baumwollgarn	740 Mill. Pfund	900 Mill. Pfund
Kannengarn	154 Mill. Pfund	190 Mill. Pfund
Baumwoll- und Kannengarnstoff	223 Mill. Yards	290 Mill. Yards
Brotgebäude	2.207.000 Acres	2.395.000 Acres
And. Gebäude	5.888.000 Acres	6.690.000 Acres
Kartoffeln	1.332.000 Acres	1.432.000 Acres
Zuckerrüben	394.000 Acres	400.000 Acres
Leinsamen	40.000 Acres	150.000 Acres

Als entscheidend wichtig wird der Stahlplan angesehen, aber man fürchtet, daß er nicht erfüllt werden kann, weil nicht genügend Koks, Schrott und Transportraum zur Verfügung stehen dürften. Die Stromversorgung wird zwar ständig verbessert, doch bleibt noch ein Defizit von 1.130.000 kw. Infolge gewisser Umstellungen in der Industrie wird vorübergehend mit etwa 450.000 Arbeitslosen gerechnet. Auf längere Sicht aber fehlt es an Arbeitskraft, zumal die Belegschaften in den einzelnen Wirtschaftsparten nicht unerheblich vermehrt werden sollen. Dabei wird als Hauptproblem bezeichnet, nicht so sehr die erforderliche Zahl zu erreichen, sondern die Arbeiter in die lebenswichtigen Industrien zu bringen.

Obleich die gesamte arbeitende Bevölkerung von 18.674.000 Ende 1946 auf 19.187.000 Ende 1947 angestiegen war, gingen mehr Arbeitskräfte in den Handel als geplant war. Eigentlich sollte sich diese Zahl nur um 55.000 steigern, ist aber tatsächlich auf 179.000 im letzten Jahre gestiegen. Bei der Umlagerung bildet der Wohnungsmangel einen der Hauptwiderstände. Für 1948 ist deshalb ein besonderes Wohnungsbauprogramm für Berg- und Landarbeiter vorgesehen.

Bezüglich der Ausfuhr steckt der neue Wirtschaftsplan die Pflicht etwas zurück. Es hat sich herausgestellt, daß die Aufnahmefähigkeit des Auslandsmarktes in manchen Artikeln nicht den ursprünglichen Erwartungen entspricht. So ist das Exportziel von 160 % des Jahres 1938 auf 150 % für 1948 zurückgenommen worden. Auch der Mangel an Rohmaterialien wirkt sich hier störend aus. 15,8 % der Ausfuhr werden schätzungsweise in die westlichen Länder gehen, von wo übrigens 34 % der Einfuhr erwartet werden.

Bei den Importen werden Lebensmittel die Höhe von 1947, das sind 75 % des Vorkriegsvolumens, halten, vorausgesetzt, daß die Marshall-Hilfe erwartungsgemäß im Juni zum Zuge kommt. Rohstoffeinfuhren sollen leicht erhöht, Einfuhren von Fertigwaren jedoch scharf gesenkt werden. Die Ölszufuhr soll um ein Drittel steigen, um auf Vorrat genommen zu werden. Im übrigen sieht das Einfuhrprogramm noch nicht in allen Einzelheiten fest.

Der Bericht schließt mit der Feststellung, daß selbst angesichts der amerikanischen Hilfe alle Anstrengungen gemacht werden müßten, daß aber dann auch die Aussichtsbestände, die Umstellung der Wirtschaft und das Programm erfolgreich verwirklichen zu können.

vereinigung Versandgeschäft“ erfaßten 2500 Unternehmen hatten etwa drei Fünftel ihren Sitz in den heutigen Westzonen. Etwa 300 bis 400 Unternehmen, vor allem der Großmittelbranche (Kaffee, Tee, Kakao, Tabak), sind in Ermangelung von Waren zum Erliegen gekommen. Von den verbliebenen rund 1100 heute noch arbeitenden Unternehmen werden zurzeit etwa 800 von dem neuen Verband erfüllt, von denen mehrere hundert schon Mitglied geworden sind. Eine inzwischen durchgeführte Enquete hat ergeben, daß diese zurzeit mit Umsätzen zwischen 10.000 und mehr als 500.000 RM. arbeiten. In den oben genannten Zahlen sind die Unternehmen Nahrungsmittel- und Bodversand nicht inbegriffen. Die ersteren waren vor dem Kriege dem Reichsverband angeschlossen. Nachdem diese Korporation aufgelöst ist, bestehen keine Hemmnisse mehr, die Versandhandelsunternehmen dieser Branche in Zukunft dem Versandhandel zuzurechnen.

Das besondere Bestreben des Versandhandels ist zurzeit auf die Wiederheranziehung der alten Vertreter und die Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses gerichtet. Der Mangel an geeignetem Personal macht sich über all überall sehr bemerkbar. Darüber hinaus setzt sich der Verband für die Überwindung der Versandgeschäftsschwierigkeiten ein. Der Mangel an Verpackungsmaterial hat zahlreiche Firmen veranlaßt, ihre Ware in Sammelendungen an ihre Vertreter zu schicken und sodann unverpackt an die Kunden auszuliefern zu lassen. Dieses Verfahren bleibt jedoch auf die Dauer gesehen eine unständliche und verteuerte Hilfsmaßnahme, die zusammen mit anderen Umständen die Verdienstspanne beeinträchtigt. Im ganzen zeigt das Versandgeschäft trotz aller Schwierigkeiten eine wieder ansteigende Tendenz. Es hat in den zurückliegenden beiden Jahren wesentlich zur Versorgung der durch die Umsiedlungen vermehrten ländlichen Bevölkerung sowie zur Versorgung der Flüchtlinge beigetragen und somit eine auch in der Zukunft wichtige volkswirtschaftliche Funktion übernommen. Im übrigen gehört ein weiterer Ausbau des Versandgeschäftes zu den Faktoren, die geeignet sind, stetig und wirtschaftlich das Zonenendliche zu überwinden und die Wiederherstellung reichseinheitlichen Denkens zu fördern.

Handelsabkommen Italien-Holland

Rom. In Rom wurde zwischen den beiden Ländern ein umfassendes Handels- und Zahlungsabkommen unterzeichnet, wobei sich der Warenaustausch auf der Grundlage von Gegenseitigkeitsgeschäften abwickeln wird. Italien soll Maschinen für 12 Mill. Gulden, Automobile für 6,8 Mill. Gulden, Farbstoffe für 3 Mill. und Textilien im Werte von 12 Mill. Gulden liefern. Holland wird dagegen 40 Mill. Eier, 4500 Stück Rindvieh, 6000 t Kartoffeln, 2000 t Kautschuk, 400 t Zinn, 8000 t Rohseide und Philips-Erzeugnisse im Werte von 5 Mill. Gulden liefern.

Hinter der Oder-Neiße-Linie

Wir meldeten in der vorigen Nummer, daß im Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie Ende 1947 ungefähr ein Drittel des Bodens brach liege und daß, nach amtlichen polnischen Schätzungen, nur ein Ertrag von 4 dz je ha Getreide erzielt wurde. (In der Zeit der deutschen Besiedlung wurden 19 dz je ha erzielt.)

Inzwischen haben sich auch ausländische Zeitungen mit der Wirtschaft in diesen Gebieten beschäftigt. Die „Nouvelles de France“ läßt sich aus Warschau melden, daß für 1948 im Rahmen des polnischen Wirtschaftsplans diese Gebiete mit der Wirtschaft des übrigen Polens völlig verschmolzen werden. Nach einem polnischen Gesetzentwurf soll dieses Land mit 22 % an der Industrieproduktion und mit 24 % an der landwirtschaftlichen Erzeugung Polens beteiligt sein. Im gleichen Entwurf ist die Erweiterung der Oder-Schiffahrt vorgesehen.

Die „New York Herald Tribune“ berichtet Näheres über diesen Plan. Danach sind 635 Mill. Dollar für den Aufbau dieser Gebiete im Jahre 1948 vorgesehen, 1947 seien bereits 289 Mill. zur Verfügung gestellt worden. Die Aufteilung dieser Zahlen sieht allein 177 Mill. Dollar für Handel und Industrie, 104 Mill. Dollar für die Landwirtschaft und 44 Mill. für den Bau und die Wiederinstandsetzung der Häfen vor. Besonders soll die Schwerindustrie bevorzugt werden, also Kohle, Eisen und Chemie. Auch die Aufforstung ist nicht vergessen. Hierher gehört auch, allerdings nicht ausdrücklich erwähnt, die Zinkindustrie in Oberschlesien, der wir in Nummer 10 einen ausführlichen Bericht widmeten. Außerdem rufen wir unseren Lesern den Aufsatz in Nummer 9 über Polens Eisen- und Stahlindustrie ins Gedächtnis, deren Schwergewicht bekanntlich ebenfalls in dem Gebiet liegt, dem diese Darstellung gewidmet ist. Wir brauchen hier also nicht viel zu ergänzen, sondern nur noch zu erwähnen, daß auch die Erzeugung von elektrischem Strom um 250 Mill. kWh gesteigert werden soll.

Kommen wir auf den Ausgangspunkt zurück: Die Landwirtschaft. Nach dem Bericht der erwähnten amerikanischen Zeitung sind 1,2 Mill. ha Land im Jahr 1947 neu bebaut worden und 1948 sollen noch einmal 600.000 ha — endlich wieder — der Bearbeitung zugeführt werden, so daß dann etwa 3,6 Mill. ha unter dem Pflug stehen. Die nun folgenden Erntertragsdrehungen des erwähnten Blattes lassen nicht erkennen, ob man den bisher erreichten, oben erwähnten schlechten Durchschnittsertrag zugrunde legt oder höhere Erträge. Man will jedenfalls auf den „neu“ gewonnenen Flächen einen Ertrag von 1 Mill. t Roggen und 400.000 t Weizen ernten und den Viehbestand um 150.000 Stück Rindvieh, 600.000 Schafe und 700.000 Stück Geflügel vermehren.

Das Blatt gibt dann auch Auskunft über Finanzquellen für diese Vorhaben: Steuern, Gewinne der verstaatlichten Betriebe und Bankkredite. Es sind also hauptsächlich öffentliche Mittel, die dafür eingesetzt werden müssen, und damit à fonds perdu gegeben, wohl weil man mit einer normalen Amortisation, sprich rentablen Bewirtschaftung, nicht rechnet. So geht auch dieser Plan wieder zu Lasten des Volkseinkommens, des Konsums. Y

Polnische Industrielle schätzen für 1948 den Anteil der Eisen- und Stahlindustrie in den alten deutschen Gebieten an der polnischen Gesamtproduktion auf 29 % im Werte von 58 Mill. \$ auf der Grundlage der Preise von 1937. Die Zahl der Beschäftigten wird voraussichtlich 35.500 betragen. Für 1949 sagen sie einen Produktionswert von 68 Mill. \$ bei einer Beschäftigtenzahl von 45.000 voraus.

Im einzelnen verteilt sich der Wert der Gesamtproduktion für 1948 mit 37 Mill. \$, für 1949 mit 41 Mill. \$ auf Waggonbau, vor allem Personenzüge, sodann Güterwagen, unter denen eine neue Bauart mit 50 t Tragfähigkeit in diesem Jahr hergestellt wird, ferner für 1948 mit 36 Mill. \$, für 1949 mit 45,1 Mill. \$ auf Maschinen und für 1948 mit 1,2 Mill. \$, für 1949 mit 1,6 Mill. \$ auf landwirtschaftliche Geräte, wie Dresch- und Mähmaschinen.

Berliner Kraftfahrzeuge

Von den seit Kriegsende in Berlin zugelassenen rund 34.000 Kraftfahrzeugen werden 25.000 für die Lebensmittel-, Brennstoff- und Industriezwecke eingesetzt. Zwei Drittel sind Lastkraftwagen, Zugmaschinen und andere Nutzfahrzeuge. Die Zahl der Pkw's beläuft sich nur noch auf ein Neuntel gegenüber der Vorkriegszeit. Den geschuldeten Kraftfahrzeugen werden monatlich 3100 t Benzin und Dieselkraftstoff zugeteilt.

Ende 1947 arbeiteten in Sachsen-Anhalt 69 Betriebe mit rund 4000 Beschäftigten an der Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse. Die Hersteller von Desinfektionsmitteln, von Sera und Impfstoffen erzielten Produktionssteigerungen. Der Produktionswert dieses Betriebszweiges stieg auf 25,5 Mill. Mk. 1947 (gegenüber 19,7 Mill. Mk. 1946).

Am Ausguck: Aktivität im Westen

Als Bevin am 21. Januar d. J. im Unterhaus die Forderung der Organisation Westeuropas aufstellte, umfaßte seine Idee, unkompliziert ausgedrückt, folgenden Gedanken: Eine Verständigung mit der Sowjetunion ist erst dann möglich, wenn eine westeuropäische Union als Gegengewicht zum europäischen Block errichtet und mit Hilfe von Marshall-Plan-Lieferungen auf dem Wege wirtschaftlicher Erstarkung ist.

Die Ungeduldlichkeit, mit der Englands Außenminister gesprochen hatte, rief damals ein Heer von Deutern und Propheten auf den Plan, die der Öffentlichkeit ihre verschiedenen Interpretationen über die Chancen einer Westlichen Union anboten. Im allgemeinen war man in Erinnerung an das Scheitern mehrerer Konferenzen und des divergierenden Standpunktes der Großmächte in der Deutschlandfrage sehr pessimistisch. Des Simeons Worte schienen auf keinen guten Boden gefallen zu sein. Weiter als zu solchen Feststellungen der Ratlosigkeit, wie sie ein Blatt eines betont neutralen Landes gefunden hatte, führten die Betrachtungen nicht. „Das greifbare Ergebnis von Bevin's gewaltsamer Aufklärung, wenn eine solche sein Redezweck war, ist, daß man den europäischen Westen nicht organisieren kann, ehe das Deutschlandproblem einigermaßen gelöst ist. Sowohl Frankreich als die Benelux-Staaten stellen sich das aus dem zweiten Weltkrieg endgültig hervorgehende Deutschland wesentlich anders vor als die Angelsachsen und verlangen von diesen Garantien, die ihnen zurzeit sicher nicht gewährt werden. So furchtelt man nun eben in der Luft herum und gibt sich der dunklen Hoffnung hin, ein zuflandfreier Kongreß könne in Bälde doch einmal die mangelnde Friedensbasis herbeizubereiten.“

Kurzum: Noch vor drei Wochen hatte es den Anschein, daß der Westen Europas auf dem Wege zur Einheit noch langsamere Fortschritte machen würde,

als der nordamerikanische Kongreß auf dem Wege zur Verwirklichung des Marshall-Programmes.

Unter dem Druck der Ereignisse in Osteuropa hat sich aber in den zurückliegenden beiden Wochen das Tempo in den Konferenzen in London und Brüssel beschleunigt. Der Systemwechsel in der Tschechoslowakei und die langsame Umgarung Finnlands haben einen neuen Dringlichkeitsimpuls in der intensiveren Fortführung des von Bevin ausgehenden Anstoßes geschaffen. In allen zwischenstaatlichen Konferenzen, die im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan standen, hat man ein positiveres Auftreten der Abordnungen gesehen. Man heizte sich, aus den Konferenzen am laufenden Band über Probleme, die längst eine Lösung forderten, herauszukommen und zu Taten überzugehen. So ist in zehn Tagen in Brüssel mehr erreicht worden als in allen anderen Verhandlungen der Nachkriegsepochen. Bemerkenswert bei der in Brüssel unterzeichneten „Westeuropäischen Union“ ist, daß alle fünf Mächte darüber einig geworden sind, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte zu mobilisieren und eine Angriffsfähigkeit nicht mehr allein von Deutschland her voranzutreiben. Die Verteidigung wird sich gegen jeden Angreifer wenden. Die Tatsache, daß in diesem Zusammenhang eine Erweiterung des Westpaktes gedacht wurde — Bevin selbst hat als die nächsten Kandidaten Italien und Portugal genannt — beweist, daß die maßgebenden Kreise die politische-strategische Bedeutung dieser Union nicht überschätzen und das heutige Spiel der Kräfte in einem größeren Zusammenhang zu sehen vermögen. Nicht nur allein von Italien und Portugal erwartet man den Ausschlag. Man ist sich einig darüber, daß Deutschland und Österreich nicht umgangen werden können, wenn diese politische Union wirtschaftlichen Sinn haben soll. Eine Verständigung

der Westmächte über einen klaren und aufbauenden Kurs gegenüber Deutschland bildet die unerlässliche Vorbedingung und den wesentlichen Bestandteil eines Westpaktes ebenso gut wie die des Marshall-Planes. Dies kam auch in der mit 419 gegen 183 Stimmen angenommenen Billigung der Tagesordnung über die Außenpolitik Frankreichs durch die französische Nationalversammlung zum Ausdruck. Das Kabinett Schumann hatte in der Politik gegenüber Deutschland unter dem Eindruck der Prager Ereignisse nachdrückliche Forderungen aufgestellt: „Die Nationalversammlung fordert die Regierung auf, trotz den Mißerfolgen der Viererkonferenzen von Moskau und London die Schaffung eines föderativen Deutschlands auf der Grundlage von Ländern vorzubereiten. Diese sind heranzuführen, sich einer Europäischen Union einzuliefern, wobei das neue Statut den ständigen Forderungen Frankreichs für seine eigene Sicherheit, seine berechtigten Reparationsforderungen und die internationale Kontrolle der Hilfsquellen des Ruhrgebietes Rechnung tragen soll.“

In Washington hat nach einer Verhandlungsdauer von neun Monaten der Senat die Vorlage für das „European Recovery Program“ mit 69 gegen 17 Stimmen angenommen. Die Vorlage geht nun an das Repräsentantenhaus, das sie wahrscheinlich Anfang April verabschieden wird. Im Zusammenhang mit der aufsehenerregenden Rede von Präsident Truman und der Konferenz von Paris, scheint damit die erste Phase einer neuen europäischen Ordnung eingeleitet worden zu sein. Daß hierbei Deutschland nicht übersehen wird, ist eine Tatsache, die wir positiv werten wollen, wenn auch für uns die Folgen des abseits stehenden Rußlands schon auf wirtschaftlichem Gebiet bedeutungsvoll genug sind. Wichtige Produktions- und Absatzgebiete können nicht in den Gesamtplan einbezogen werden. Immerhin kann das durch entsprechende Gestaltung der amerikanischen Hilfe ausgeglichen werden. Die politischen Begleiterscheinungen aber, daß Rußland und die Staaten, auf die es genügend starken Druck ausüben kann, sich noch

stärker in eine Abwehrstellung gegen den Westen zurückziehen werden, bestimmt die gewaltige Tragweite der bevorstehenden Entscheidung von Paris.

Die Kommunikationen und Resolutionen über die Besprechungen der sechzehn Länder in Paris können die Annahme einer schon im Zuge befindlichen Kräfte-mobilisierung des Westens gestatten. Es erscheint aber doch angebracht, die Pariser-Marshall-Konferenz zunächst aus der allgemeinen Krisenstimmung, in der sich die Welt befindet, herauszubeheben. Diese Besprechungen sollen lediglich eine Ergänzung des Marshall-Planes selbst bilden. Erst dann, wenn Washington sieht, mit welcher Art Europa, mit welcher Konstellation es rechnen kann, dürfte mit einem Wirksamwerden der amerikanischen Hilfe zu rechnen sein.

Die Union Westeuropas ist im Werden. Aber geht es schnell genug? Die skandinavischen Länder fragen sich schon nervös, was sie von Moskau zu erwarten haben. Noch hat sich das Schicksal Finnlands nicht entschieden. Um aber beurteilen zu können, was ein gegenseitiger militärischer Freundschafts- und Beistandspakt Moskau-Helsingfors bedeutet, muß man sich vergegenwärtigen, daß Finnland nach den Bestimmungen des Friedensvertrages nur eine kriegstarke Armee von 34.000 Mann, 60 Flugzeugen (keine Bomber) und eine Marinestation von zusammen 10.000 Tonnen besitzen darf. Als militärischer Bündnispartner dürfte also Finnland für die Sowjet-Union überhaupt keine Bedeutung haben, wenn nicht — und dies ist der entscheidende Punkt — die Rote Armee das Recht zur Benützung finnischen Gebietes erhält.

Gemessen an dem Tempo, in dem der Kessel seine Stellungen von der Ostsee bis nach Italien ausbaut, fragt es sich, ob die neuen Impulse, die nunmehr von der Westlichen Union ausgehen können, schnell genug sind, um ein Gleichgewicht der europäischen Kräfte wieder herzustellen. Mit Spannung erwartet die Welt die Antwort auf diese Frage. Die Wahlen in Italien Mitte April können hierüber entscheiden.

Wir greifen auf:

Verlängerte Arbeitszeit?

Es wird leider in vielen Industriebetrieben der vier deutschen Zonen kurz gearbeitet, und die Arbeiter mancher Industriezweige haben durch ihre Gewerkschaften hin und wieder dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Arbeitszeit herabzusetzen z. B. durch Übergang zur Fünf-Tage-Woche. Diese Wünsche sind verständlich, auch wenn man es als paradox empfinden mag, daß in einem Land, in dem so viel zu tun und aufzubauen ist, weniger gearbeitet werden soll als bisher. Aber wir wissen auch, daß solche Wünsche nicht gestellt werden von Menschen, die nicht länger arbeiten wollen, sondern von Menschen, die nicht länger arbeiten können, weil sie unterernährt sind und daher nicht die Kräfte besitzen, eine für normale Zeiten geltende Arbeitsdauer durchzuhalten. Wir halten es daher der Internationalen Handelskammer zu gut, daß sie nicht Deutschland im Auge hatte, als sie vor kurzem den Appell an die Länder Europas richtete, die allgemeine Arbeitszeit zu verlängern, um die Produktionsleistung zu steigern. Die Kammer meint, die einzelnen Länder hätten nicht eher das Recht, um Auslandshilfe im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms nachzusuchen, bevor nicht ihre letzten Reserven restlos ausgenutzt sind. Darum sollte erwogen werden, die Hilfsleistungen für Länder zu reduzieren, in denen die Tendenz zu einer Herabsetzung der Arbeitszeit bestehe. Im Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer sitzen einige gute Kenner der heutigen deutschen Verhältnisse. Sie wissen genau, daß der deutsche Arbeiter einer der fleißigsten der Welt ist und daß er auch heute eine Höchstleistung vollbringen würde, sofern er nur ausreichend ernährt wäre und sofern seine Fabriken nur die für eine hohe Erzeugung nötigen Rohstoffe, Kohlen, Strom und sonstige wichtige Dinge hätte. Der Appell der Internationalen Handelskammer kann sich daher nur an diejenigen Länder Europas richten, in denen diese selbstverständlichen Voraussetzungen für eine Höchstproduktion auch wirklich vorhanden sind.



Das Recht auf die Lebensmittelkarte

Es ist ein bedenkliches Zeichen, daß in Deutschland Übergriffe deutscher Behörden meist ohne ernststen Protest hingenommen werden. Man schimpft ein bisschen aber man tut, wie einem geheißen. Ein beliebtes Mittel, Angaben zu erhalten, oder die Übernahme von Pflichten zu erreichen, ist das Vorenthalten der Lebensmittelkarten. Leider hat sich auch kein Verwaltungsgericht grundsätzlich damit beschäftigt, ob überhaupt und in welchen Fällen die Auslieferung der Lebensmittelkarten an eine Bedingung geknüpft werden darf. Wir sind der Meinung, daß der Anspruch auf die Lebensmittelkarte ein unabhängiges Recht ist, also an keine Bedingungen geknüpft werden kann.

Der Stadtrat von München hatte die Ausgabe der Lebensmittelkarten für die 100. Zuteilungsperiode von der Bedingung abhängig gemacht, daß ein Formblatt, ordnungsgemäß ausgefüllt, abgeliefert wird, aus dem die abgeführte Lohnsteuer und die einbezahlte Einkommensteuer für das 2. und 3. Quartal 1947 hervorgeht. Der bayerische Verwaltungsgerichtshof hat diese Anordnung des Münchener Stadtrats für rechtswidrig erklärt. Als Begründung für diese Ablehnung wird darauf verwiesen, daß durch diese Angaben Personen, die mit Steuerangelegenheiten nichts zu tun haben, Kenntnis von steuerlichen Verhältnissen bekommen, also z. B. der Betriebsrat, städtische Dienststellen u. a. Das verstößt gegen die Bestimmung, das Steuergeheimnis ist unverletzlich.

Wir freuen uns über diese Entscheidung, weil sie sich schließend vor einer anerkannten Instanz der Steuergerichtsbarkeit stellt. Darüber hinaus ist durch diese Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zum erstenmal eine Breche in die Mauer beherrschender Übergriffe geschlagen worden, und wir können nur hoffen, daß, durch diesen Erfolg ermutigt, sich in anderen Fällen Männer finden, die diese Breche erweitern. Die Begründung für die Ablehnung sollte dann nicht speziell in der Materie des Streitfalls gesucht werden, sondern in dem grundsätzlich unbestreitbaren Recht des Einzelnen auf seine Lebensmittelkarte.



IRI, eine Sorge Italiens

Immer mehr Nachrichten erreichen uns, die die Unwirtschaftlichkeit sozialistischer Betriebe zeigen. Wir konnten in unserer Nr. 9 ausführliches Material über die Staatsbetriebe in der Tschechoslowakei und in Nr. 10 über die Staatsbetriebe in Ungarn und über die Subventionen an die verstaatlichten Industrieunternehmen in der deutschen Ostzone veröffentlicht. Alle diese Berichte zeigten übereinstimmend, daß die Staatsbetriebe mit starken Unterhilfen arbeiten, die entweder vorläufig aus den Reserven oder sofort schon mit Subventionen ausgeglichen werden müssen. Die gleichen Klagen kommen jetzt aus Italien. Dort gibt es eine Staatsholding mit Namen: „Istituto per la Ricostruzione Industriale“, kurz IRI genannt. Die hier zusammengefaßten Unternehmen arbeiten unwirtschaftlich, haben laufend Defizite, verschlingen ungeheure Zuschüsse und sind eine Quelle schwerster Sorge für die italienische Staatskasse geworden. Anfang 1934 hatte diese Gesellschaft 10,6 Mrd. Lire Beteiligungen an der italienischen Industrie in 52 von 61 vorhandenen Gewerbezweigen oder 21,5% des Aktienkapitals. Heute arbeiten in den an-

Französische Zone

Auf der Rheinstraße verkehren zurzeit täglich annähernd 100 Güterzüge, die Kohlen, Koks und Briketts nach Süddeutschland, der Schweiz, Lothringen, Saargebiet und Luxemburg befördern. Auch der Stückgutverkehr hat stark zugenommen. Lokomotiv- und Wagenmangel sind immer noch sehr groß.

Die chemische Fabrik „Thuralin“ in Weisenthurn stellt Ole, Lederfette, Handwaschpaste, Schuh- und Bodenpflegemittel, Möbelpolituren und Wachsbeizen in ausreichenden Mengen her.

Die „Mittelrheinische Metallgießerei“ Heinrich Beyer in Andernach hat die Produktion von Rotguß, Bronze, Messing und Zinklegierungen in Stangen, Büchsen, Lagergehäusen und Modellabgüssen aufgenommen. Ferner wird Aluminiumguß für vielseitige Verwendungszwecke bereit. Neu aufgenommen hat das Unternehmen die Fertigung von Haushaltgeschirren

aus Gullaluminium, die unter dem Namen „Stabil“ in den Handel kommen. U. a. werden Bratpfannen, Schmortöpfe, Pfannen, Waffeleisen, Tür- und Fenestergriffe produziert.

In den „Rheinischen Blechwarenwerken“ in Weisenthurn werden Konservendosen, Marmeladeneimer und sonstige Blechpackungen für die Lebensmittelindustrie hergestellt. Auch fertigt die Fabrik Spezialpackungen für die chemisch-technische Industrie an.

Die Gerätebaufirma Walter Schmitt in Neuwied stellt laufend Motorsprizen für Gemeinde- und Werkfeuerwehren, Feuerlöschgeräte und sonstige gangbare Industrieschupartikel her. Durch die Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung ist die Kapazität nicht voll ausgenutzt.

Die Firma Arnold Georg A.G. in Neuwied konnte ihre modern eingerichtete Elektro-Verzinkererei, die im Kriege erhebliche Schäden davontrug, wieder eröffnen.

Englische Zone

Für die von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, der Stadt Düsseldorf, der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf sowie der Handwerkskammer Düsseldorf getragene Landesausstellung „Rheinisch-Westfälische Wirtschaft“, die in der Zeit vom 17. Juli bis 29. August stattfindet, stehen insgesamt 13 000 qm Hallen und 5000 qm Freifläche, die sich um das Ausstellungsgelände am Ehrenhof gruppiert, zur Verfügung. Bisher liegen über 400 Anmeldungen namhafter Firmen des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Zweck der Ausstellung ist die Förderung des Exportgedankens sowie die Herausstellung der Bedeutung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.

Eine das vereinigte Wirtschaftsgebiet umfassende Exportmusterchau, die vom Verwaltungsrat für Wirtschaft in Frankfurt vorbereitet wird, soll noch Ende März in Düsseldorf gezeigt werden. Im Anschluß daran wird die Schau nach New York verfrachtet, wo sie wahrscheinlich in den Monaten Oktober und November für den Export deutscher Erzeugnisse werben soll. Bei der Zusammenstellung der Schau sind die Erfahrungen berücksichtigt worden, die von deutschen Fachleuten beim Studium der Marktverhältnisse im Ausland und insbesondere in USA gesammelt wurden.

Nach einer Mitteilung der britischen Kontrollkommission wurden im Jahre 1947 1,29 Mill. t oder rund 2,5 Mill. im Nutzholz aus der britischen Zone nach Großbritannien exportiert. Diese Menge entsprach etwa 20% der gesamten britischen Holzexporte. In den letzten vier Monaten des Jahres 1947 wurden außerdem 53 870 t Holz aus der sowjetischen Zone über Hamburg nach Großbritannien verschifft.

Wie wir erfahren, ist durch die britische Militärregierung die Grubenholzgemeinschaft Ruhr/Aachen aufgelöst worden; Gründe wurden nicht bekanntgegeben.

Der Zufluß von Arbeitskräften zum Bergbau wird nicht zuletzt durch die bessere Versorgung mit Sachgütern verursacht, stellt die Industrie- und Handelskammer Dortmund fest. Allein in der Stadt Dortmund wurden in den ersten 10 Monaten des Jahres 1947 fast 10 000 Personen dem Bergbau zugewiesen, wovon fast 8000 aus dem eigenen Bezirk stammten. Die Arbeitskräfte wanderten größtenteils von anderen Wirtschaftszweigen, vor allem der Eisen- und Metallindustrie und der Bauindustrie, ab, weil dort die Ausschaltung von Naturalien fehlt.

Am 15. März führte eine englische Delegation in Detmold Verhandlungen mit der deutschen Arbeitsverwaltung wegen eventueller Anwerbung von Textil-Facharbeitern in der britischen Zone für die englische Textilindustrie. Der englischen Delegation gehörten u. a. Vertreter der Textilindustrie und der Gewerkschaften an. Eine Abwanderung von Textil-Facharbeitern dürfte bei dem Mangel an gelernten Arbeitskräften nachteilige Folgen für die einheimische Industrie haben.

Die Automobilindustrie der britischen Zone erzeugte im Februar

(bei weniger Arbeitstagen) 2034 Kraftfahrzeuge gegenüber 1801 Einheiten im Januar. Während die Produktion von Personenkraftwagen (Volkswagenwerk, Wolfsburg) mit 1108 Fahrzeugen gegenüber 1100 Wagen im Januar nahezu unverändert blieb, stieg die Produktion an Liefer- und Lastkraftwagen von 335 auf 642 Einheiten zuzüglich 51 Omnibussen, die Produktion von Verkehrsschleppern von 19 auf 38 und die Fertigung von Ackerschleppern von 147 auf 187 Stück. Die Anhängerproduktion hat sich mit 354 Einheiten gegenüber 357 im Januar fast unverändert gehalten.

Ein Teil der nordböhmischen Glasindustrie hat sich in Bannland, Euskirchen und Düren angesiedelt und in diesen Tagen ihre Erzeugung aufgenommen. Weitere 30 Betriebe beabsichtigen, im gleichen Gebiet im Laufe dieses Jahres die Produktion auf-

Amerikanische Zone

Im Wirtschaftsausschuß des bayer. Landtags stellte Oberforstmeister Dr. Weiger fest, daß über eine Million Festmeter Holz in den bayerischen Wäldern liegen zum Ruin des Waldes, weil das Holz nicht rasch genug in die Zirkulation komme. Der Wirtschaftsausschuß beschloß hierauf, die Staatsregierung zu beauftragen, die Abfuhr des in den bayer. Wäldern und in den Sägewerken und Holzhandlungen lagernden Holzes sicherzustellen und die Lagerhaltungen der holzverarbeitenden Industrie auf das betriebsnotwendige Maß zu beschränken. Die Holzumlage in Bayern beträgt im Forstwirtschaftsjahr 1948 11 600 000 Festmeter, davon fallen auf den privaten Wald 4 289 000 Festmeter (Derbholz).

Nach dem Anbauplan 1947/48 beträgt das Anbau-Soll für Flachs in Bayern 8000 ha. Eine größere Menge Leinsaat kam aus der britischen Zone. Um für die Zukunft die Leinsaatzeugung im eigenen Land sicherzustellen, wird von den Flachsauern verlangt, daß sie sich zur Ablieferung einer bestimmten Leinsaatmenge verpflichten.

Nach einer Mitteilung der Landesstelle Glas, Porzellan und Keramik betrug der Umsatz der bayer. keramischen Industrie im Jahre 1947 insgesamt 70,8 Millionen Mark und der der bayer. Glasindustrie annähernd 34 Millionen Mark. Für 1948 ist eine bessere Versorgung des bayerischen Marktes mit Gebrauchsporzellan zu erwarten.

In Bayern wurden im Jahre 1947 insgesamt 7972 neue Fabrikationsbetriebe lizenziert, während 3554 Anträge auf Lizenzerteilung abgelehnt wurden. Von den neu lizenzierten Betrieben entfielen 4933 auf Einheimische und Evakuierte, 2455 auf Flüchtlinge, 436 auf russisch und polnisch Verfolgte und 148 auf Ausländer.

Nach einer Bekanntmachung des bayerischen Wirtschaftsministeriums wurde in Aachaffenburg eine neue Industrie- und Handelskammer errichtet, die Aachaffenburg und Land umfaßt und von bis-

geschlossenen Werken etwa 170 000 Arbeiter in den mehreren Hundert Betrieben, darunter 3 Großbanken; Werften und Schwerindustrie, sowie Maschinenindustrie stehen an der Spitze. Hauptgrund für die hohen Kosten ist ein hoher Personallöhnschub, der aus politischen Gründen oder wegen eines bestehenden Kündigungsverbots nicht verringert werden kann. Vor allem fehlt, nach schwerwiegenden Berichten, der Schwung der privaten Initiative, die

ausnehmen. Es handelt sich in der Hauptsache um kleine Unternehmen. In Rheinbach wurde gleichzeitig eine Staatsfachschule für Glas- und Keramikindustrie eröffnet.

Der Ausstoß des niederrheinischen Braugewerbes nahm von 717 207 hl im Braujahr 1945/46 auf 778 220 hl im Braujahr 1946/47 zu (ausschließlich der Lieferungen an die Besatzungstruppen). Wie der Verband der Brauereien von Niedersachsen e. V. mitteilt, ist diese Absatzverbesserung auf die durch den außerordentlich heißen und trockenen Sommer hervorgerufene Getränke- und Bierproduktion zurückzuführen. Nach Eintritt kühler Witterung war ein starker Ausstoßrückgang

zu verzeichnen. In den Monaten Oktober bis Dezember des anlaufenden Braujahres 1947/48 wurden nur 106 807 hl ausgetrieben.

Die Firma Rhodius & Co., Lack- und Farbwerke, Fulda, eine der führenden hessischen Lackfabriken, hat nach Behebung der Kriegsschäden inzwischen die Friedenskapazität wieder erreicht. Sie stellt hauptsächlich Lacke und Anstrichmittel her für den allgemeinen Wiederaufbau und für direkten und indirekten Export. Infolge Fehlens vieler aus- und inländischer Rohstoffe ist die Produktion beschränkt und in erster Linie für wichtigste Programme bestimmt.

Ostzone

Zur Heranbildung von Betriebsleitern für landeseigene Betriebe wurde in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in Halle a. Saale von der Landesregierung Sachsen-Anhalt das erste Industrie-Seminar der Ostzone gegründet, das bereits mit seinem ersten Lehrgang begonnen hat. Die jeweilige Schulung der Bewerber, die sich aus Handwerkern, Angestellten und Facharbeitern zusammensetzen, dauert 4 Wochen.

Im Lande Mecklenburg sollen im Jahr 1948 550 t Rohharz gegenüber 70 t des Vorjahres gewonnen werden. Harz wird zur Herstellung von Farben, Lacken, Ölen, Seifen, Buns und Isoliermaterial gebraucht.

Im Lande Brandenburg soll die Zuckerrübenanbaufläche 1948 um 2300 ha vergrößert werden. Bei einer Gesamtfläche von 20 300 ha rechnet man, in diesem Jahr einen Ertrag von 335 000 t Zuckerrüben erzielen zu können. Die Ernte des Jahres 1947 betrug 250 000 t.

Die durch Kriegseinwirkungen stark beschädigten Werke der Eisen- und Brückenbauwerk Christoph und Unmack, Niesky i. Sa. sind noch im Wiederaufbau begriffen und be-

schäftigt bereits 1500 Leute. Monatlich repariert die Firma 60 Eisenbahnwaggons und arbeitet an der Instandsetzung von Brücken und Lagerhallen. Das Unternehmen hat mit Materialverknappung zu kämpfen.

Die Maschinenfabrik und Eisengießerei Fr. Zitzkow, Dresden, mußte ganz neu aufgebaut werden. Anfang 1946 konnte die Produktion im bescheidenen Umfang anlaufen. Heute kann der Betrieb mit etwa 15% an seine Vorkriegsleistung anknüpfen. Die Firma hat wieder Präzisionsmaschinen, kann aber die Eisengießerei noch nicht betreiben.

Im Leuna-Werk stieg die Produktion von Stickstoff von 62 000 t im Jahr 1946 auf 122 500 t im Jahr 1947 und die von Ammoniumsulfat von 49 000 t im Jahr 1945 auf 327 000 t im Jahr 1947.

Der Betrieb der „Wira“ Funktechn. Werkstätten, Chemnitz, konnte Mitte 1946 die Fertigung von Einzelteilen und Empfängern aufnehmen. Neben der sechsen neu aufgelegten Geräte-Produktion (Einkreisier mit dyn. Lautsprecher Typ 121, W.L.) werden auch Drehkondensatoren, Spulenmüge, Schalter, HF-Aggregate und sonstige Kleinenteile hergestellt. Im Laufe des vergangenen Jahres ist es gelungen, die Produktion beträchtlich zu erhöhen. Auch in diesem Jahre soll durch Neuaufbau weiterer Fabrikationsräume gewonnen werden. Geplant ist für die nächste Zeit die Auflage eines Vierröhren-Fünfkreis-Supers und der Bau von Lautsprechern. Zur Zeit beläuft sich die Belegschaftstärke auf 60 Arbeitskräfte.

Der landeseigene Betrieb „Funkwerk Erfurt“ baut einen Volkssuper, der für den zivilen Sektor bestimmt sein soll. Es handelt sich um ein Vierkreis-Allstromgerät, dessen Preis auf 250 RM bemessen ist. Für das laufende Jahr rechnet man mit einer Fertigung von 2 000 Apparaten.

Aus Leichtmetallabfällen aller 44 stellt die Ende 1945 gegründete Metallwarenfabrik „Industria“, Stralsund, Kochtöpfe, Pfannen und Wirtschaftartikel her. Die Fabrik konnte schon innerhalb der Ostzone einige Filialbetriebe eröffnen und plant auch in den Westzonen Nebenstellen zu gründen. Die Verteilung der Fabrikationsergebnisse erfolgt durch die Behörden der jeweiligen Landesregierungen.

Das landeseigene Kunstsidenwerk Küttna, Pirna i. Sa., das nach der Demontage wieder aufgebaut wurde und im Juli 1947 die Produktion mit einer anfänglichen Monatserzeugung von 3 t aufnahm, konnte seinen Leistungsstand Ende des Jahres 1947 auf 28 t monatlich steigern. Nach Weiterbau der Werkanlagen soll im Laufe dieses Jahres eine Tagesfabrikation von 5 t erzielt werden.

Die Spinnerei und Textilfabrik Anschütz & Co., Erfurt in Thür., stellt nach Errichtung einer eigenen Spinnerei, die Textilabfälle und Lumpen zu neuen Stoffen verarbeitet, in ihrem Textilbetrieb fertige Herrenanzüge her. Das Unternehmen will die Produktion auf täglich 150 Anzüge aus Stoffen eigener Fabrikation bringen.

Die in unserer Nr. 6 vom 7. 2. 1948 veröffentlichte Notiz, daß eine Schmöllner Spezialfabrik zu 95% aus Holz hergestellte Türschlösser anfertigt, stellen wir dahin richtig, daß es sich bei diesen Holzschlössern um eine Eisensparnis von etwa 95% handelt.

„Am besten neue Wege, neue Produktionen, neuen Absatz usw. schaffen könnte“. Der monatliche Zuschuß dieser Holding beträgt 1 bis 1,5 Mrd. Lire, also 12 bis 18 Mrd. im Jahr, und damit mehr als den Wert des Beteiligungskontos. Seit April 1947, als die ersten 6 Mrd. gegen Aktienhinterlegung bewilligt wurden, mußten immer neue Bewilligungen stattfinden. „Die beste Lösung: Reprivatisierung, wagt man nicht.“ Macht vielmehr einen neuen Plan, will

ein bisschen aufteilen, die zusammengehörigen Betriebe zusammenfassen und man beschneidet sogar, bekannte Firmen, wie Ansaldo und Terni, zu teilen. Das sieht nicht nach einer Besserung aus. Jedenfalls hat auch in Italien die Verstaatlichungspolitik — es sind immerhin 15 Jahre Erfahrung mit der IRI — ein Flasko erlebt. Italienische Zeitungen deshalb die IRI: ein blaues Geheiß an italienischen Wirtschaftskörper.



Für und wider die Leipziger Messe

Gewinnt sie ihre alte Stellung zurück?

Die Messestadt Leipzig gibt immer wieder Beweise ab, daß sie sich als eine der Kreuzungspunkte des großen internationalen Handelsverkehrs und Warenverkehrs innerhalb der deutschen Reichsgrenzen, und zwar in diesem Bestreben Erfolg beschieden sein. Die Meinungen darüber gehen auseinander, und die pessimistischen Beurteiler scheinen zu überwiegen. Im nachfolgenden wollen wir einmal auch einen optimistischen Beobachter zu Worte kommen lassen.

Die vor kurzem zu Ende gegangene Leipziger Frühjahrsmesse, die in einer stark zerstörten, wenn auch peinlich sauber aufgeräumten Stadt stattfand, zeigte, daß ihr Ruf als ehemals größte internationale Veranstaltung dieser Art erhalten geblieben ist und sie ihre Anziehungskraft bewahrt hat. Bei der Eröffnung erklärte der sächsische Ministerpräsident Seydewitz, die erste Friedensmesse 1946 sei nicht mehr als ein wenig Erfolg versprechender Versuch gewesen, heute sei Leipzig jedoch nicht mehr allein weit von dem normalen Stand einer Vorkriegsmesse entfernt. Wenn man die Schwierigkeiten der Gegenwart in Betracht zieht und sich vor Augen hält, daß die Frühjahrsmesse diesmal mit 6.500 Ausstellern besetzt war, (gegen 5.000 im Vorjahr und 2.700 im Frühjahr 1946), daß in den besten Vorkriegsjahren die Zahl der Aussteller nur 9.000 betrug, und daß es überhaupt keinen Messezweig gab, in dem die Nachfrage nach Messeraum nicht größer war als die verfügbare Fläche, obgleich 83.000 qm Ausstellungsraum in 10 Messehäusern der Innenstadt und 8 Hallen auf dem Gelände der Technischen Messe (1946: 27.000 qm, 1947: 57.000 qm) zur Verfügung standen, wenn man schließlich erfährt, daß die Messe trotz Kontingentierung der Messenweise von etwa 200.000 Personen besucht wurde, so mußte man den Eindruck gewinnen, daß die diesjährige Messe hinter den Vorkriegsveranstaltungen nicht weit zurückstand.

Der internationale Charakter der Messe wurde durch die Anwesenheit von 100 Ausstellern aus dem Ausland — darunter eine größere Gruppe aus den Niederlanden und eine Delegation aus Ägypten mit einem Spezialangebot von Baumwolle — und durch 3.000 ausländische Besucher aus 36 europäischen und außereuropäischen Ländern gekennzeichnet. 740 Besucher kamen aus den Niederlanden, 447 aus Frankreich, 398 aus Großbritannien, 375 aus den USA, 303 aus der Schweiz, 211 aus Belgien, 181 aus Italien, 179 aus Dänemark, 146 aus Schweden, 131 aus der Tschechoslowakei, 111 aus Polen. Weitaus überwiegend waren also die Weststaaten vertreten! Demgegenüber beschränkte sich die Zahl der ausländischen Besucher der Exportmesse Hannover 1947 auf 2000 und der Ausstellungsraum auf 22.000 qm.

Die Leipziger Messe ist die einzige Vierzonen-Messe Deutschlands. In Hannover waren die Firmen der französischen und der russischen Zone nicht als Aussteller zugelassen. Heute, und noch mehr vielleicht in der Zukunft,

bietet Leipzig als zentraler Treffpunkt für Industrie und Handel nicht zu unterschätzende Möglichkeiten, die Trennung zwischen Ost und West zu überbrücken. Hierbei hat die Leipziger Messe nicht nur einen Vorteil, sondern auch eine große wirtschaftliche Aufgabe wahrzunehmen. Indessen genügen die erstaunlich große Zahl der Aussteller, der Messebesucher und die auch vom Ausland anerkannten deutschen Qualitätsleistungen nicht, um der Leipziger Messe ihren alten Platz im Kreis ähnlicher Veranstaltungen zu sichern. Schon die erwartete Währungsreform kann ein ganz neues Bild bringen, denn dann müssen Aussteller und Besucher, namentlich aus dem entfernt liegenden Westen und Südwesten Deutschlands, es sich reichlich überlegen, ob sie die hohen Kosten des Messebesuches auf sich nehmen können. Sie werden um so weniger dazu in der Lage sein, wenn die heute so offensichtlich in Erscheinung tretende Knappheit an Rohstoffen und auch an Produktionsmitteln anhält und die Lieferung der angemessenen Bestellungen unmöglich macht.

Abträglich dürfte sich für die Stellung

Leipzigs als internationale und interzonale Messe auch ein stärkeres Hervortreten der Politik auswirken. Die Ansprachen der Minister aus der Ostzone, die als Gastgeber die Messe eröffneten, wurden von dem Messeremden aus den Westzonen nicht ohne Kritik angehört, und man hätte es gern gesehen, wenn bei der Vierzonenmesse auch Vertreter der westdeutschen Wirtschaft das Wort ergriffen hätten.

Leipzig war schon von jeher der wichtigste zentrale Markt und die beste Gelegenheit zum Zusammenkommen für weite deutsche Wirtschaftskreise. Seine alte Tradition ist ein schwer ins Gewicht fallendes Aktivum. Wenn das Verhältnis zwischen Leistungsfähigkeit und Liefermöglichkeit der deutschen Industrie beseitigt wird, am dem heute die Messe am meisten krankt, wenn die Wirtschaft der Ostzone nicht dazu übergehen sollte, sich ganz nach dem Osten zu orientieren, wenn eine Zusammenarbeit zwischen Ost und West gesichert bleibt, so dürfte Leipzig seine angeheure Stellung als internationale Messe ersten Ranges wieder gewinnen.

Le.

Einfuhr englischer Textil-Fertigwaren

Nachdem der Zentralausschuß der Deutschen Kohlen-Bergbau-Leitung den Ankauf von Textil-Fertigwaren in England für den Bergbau beschlossen hat, trägt sich, sicherem Vernehmen nach, nun auch die Verwaltung für Wirtschaft mit der Absicht, zur Versorgung des zivilen Sektors ebenfalls englische Textil-Fertigwaren zu importieren.

Der Zentralausschuß der DKBL, der sich aus Vertretern der DKBL und der Gewerkschaften zusammensetzt und für die Importkäufe aus dem Dollar-Cents-Aufkommen zuständig ist, hat in seiner Sitzung am 9. März den Einkauf eines Teiles von Textil-Fertigwaren beschlossen, die dem Bergbau von englischen Firmen angeboten worden waren. Deutsche Experten haben die Waren in England geprüft. Es handelt sich um Bekleidungsstücke von hervorragender Qualität, aus erstklassigem Material und in guter Verarbeitung. Sie sind in den erforderlichen Größen greifbar. Die Preise liegen unter den üblichen Verkaufspreisen, und einschließlich der zugesagten Rabatte ist bei der Annahme des englischen Angebots praktisch nur das Material und kaum die Verarbeitung zu bezahlen. Das Sortiment besteht aus Damenmänteln, Frauenkleidern und Kinderkleidern. Innerhalb der Phase 3 des Zusatzplanes zum Punktsystem sind außer Lebensmitteln auch Gebrauchsgüter vorgesehen. Diese Käufe sollen den zivilen Sektor nicht belasten.

Das englische Angebot ist lebhaft diskutiert worden. Vor allem wird angezweifelt, ob es für den zivilen Sektor zuviel ist, und nicht zuletzt wird darauf hingewiesen, daß man besser tun würde, Rohware hereinzunehmen. Die folgenden Einzelheiten geben über diese bemerkenswerten Angelegenheit den notwendigen Aufschluß.

Im Jahre 1947 hat die englische Regierung Subventionen an die Textil-

industrie gezahlt, um die Preise unter staatlicher Kontrolle zu halten. In Durchführung dieser Kontrolle wurde die Bekleidung in Kategorien eingeteilt, die die Schwere und Wert der Stoffe und das verwendete Material berücksichtigten. Für die einzelnen Kategorien wurden Höchstpreise festgesetzt. Diese Ware kam unter dem Begriff „Utilities“ in den Handel und wurde unter dem normalen Preis verkauft. Da aber die Konsumenten nicht ausreichend über Punkte verfügten und ihnen auch das nötige Geld fehlte, mußte die Regierung am Ende der Saison feststellen, daß große Teile der Sortimente liegen geblieben waren. Die daraufhin von den Organisationen des Handels und der Industrie beantragte Herabsetzung der Punktwerte wurde von der Regierung abgelehnt, um eine unterschiedliche Behandlung der einzelnen Käufer zu verhindern. Hinzu kam, daß eine neue Mode kreiert wurde, nach der alle Kleider und Mäntel um etwa 20 cm länger getragen werden. Da in England Textilwaren rationiert sind, und der Kaufanspruch durch Punkte legitimiert ist, wurden der neuen Mode entsprechende Längen für die Punkte verlangt.

Um die oben erwähnten Bestände nicht dem Punktemangel, den Geldsorgen und einer Lücke der Mode zu opfern, von der übrigens niemand weiß, ob sie sich durchsetzen wird, hat sich die englische Regierung entschlossen, diese Ware zu exportieren, um den Devisenerlös zum Ankauf von Rohmaterial zu verwenden. Sie machte zunächst Kanada ein Angebot, aber auch dort wird die neue Mode bevorzugt. Darauf bot sie die Bestände der deutschen Verwaltung für Wirtschaft der Doppelzone in Frankfurt an.

Im 1. Quartal 1948 hat die Verwaltung für Wirtschaft 44 Mill. Dollar für den Ankauf von Wolle und Baumwolle verwendet bzw. vorgesehen. Mit diesen Rohstoffankäufen ist die deutsche Textilindustrie auf viele Monate hinaus ausgelastet. Eine zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeit für die deutsche Textilindustrie würde es also nicht bedeuten, wenn der Bergbau seine Devisen aus dem Dollar-Cents-Aufkommen für weitere Einkäufe von Rohmaterial verwenden könnte. Man hätte in diesem Fall sagen können, daß die für die Bergleute vorgesehenen Textilien zu Lasten der übrigen Bevölkerung gingen, was vermieden werden soll. Wenn man bedenkt, daß für die weibliche Bevölkerung in der Doppelzone zur Zeit etwa 10 Mill. Mäntel und die gleiche Anzahl Kleider fehlen, so wird es klar, daß die

deutsche Textilindustrie diesen Bedarf vorerst nicht einmal annähernd befriedigen kann. Unter diesen Umständen ist die Annahme des englischen Angebotes zu verstehen. Es stellt keine Belastung der deutschen Volkswirtschaft dar, wenn der Bergbau einen Teil der angebotenen Ware übernimmt hat, vielmehr bedeutet es eine sehr willkommene kurzfristige Linderung der Not eines Teiles der Bevölkerung. Im Hinblick auf die Vorteile des Angebotes kann man es auch begreifen, daß die Verwaltung für Wirtschaft die Übernahme eines Postens beabsichtigt. Man darf annehmen, daß auch dieses Geschäft bald zum Abschluß kommt, nachdem der Einkauf für die Bergleute in befriedigender Weise unter Dach und Fach gebracht worden ist.

Ortsleistungsausschüsse

hfg Baden-Baden. Um die Bestellung und die Ernte, sowie die Erfassung der geernteten Erzeugnisse in allen Gemeinden wirksamer als bisher zu erfassen, hat das Badische Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung angeordnet, daß sämtliche Gemeinden, soweit es noch nicht geschehen ist, sofort Ortsleistungsausschüsse bilden müssen. Sie bestehen aus 7 Personen, u. zw. dem Bürgermeister, dem Ortsbeauftragten für die Landwirtschaft, drei Landwirten, davon mindestens einen Kleinlandwirt oder landwirtschaftlichen Arbeiter sowie zwei Normalverbraucher.

Der Ortsleistungsausschuß ist das beratende Organ des Bürgermeisters in landwirtschaftlichen und Ernährungsfragen zur Steigerung der Erzeugung und für die gerechte Erfassung und Verteilung.

Produktionsbilanz und Sparkassen der Ostzone

—Eine Produktionsbilanz für die Ostzone gibt aufschlußreiche Einblicke in die Verteilung der ostzonalen Industrieproduktion. An sich müßte Sachsen-Anhalt mit seinen ausgedehnten Braunkohlevorkommen und der darauf aufbauenden Großchemie an der Spitze der Übersicht stehen. Da aber die daran beteiligten Hauptbetriebe in Sowjetbesitz sind, bleiben sie außerhalb der statistischen Erfassung. Auf diese Weise hat das Land Sachsen die Spitze mit der Hälfte der gesamten ostzonalen Industrieerzeugnisse. Dann folgt Thüringen mit 20%igem Anteil. Erst dann kommt Sachsen-Anhalt. Der Gesamtwert im Mill. RM war im Dezember 1947 für die ganze Ostzone: 637 (gegen 558 im November).

Der tatsächliche Produktionszuwachs im Dezember gegen den Vormonat wird bei Berücksichtigung von Fehlerquellen auf 8% geschätzt, was teilweise auf die ansperrnde Wirkung des SMA-Befehls Nr. 234 zurückzuführen ist. Die Konsumgüterproduktion ist zwar an der Steigerung erheblich beteiligt, doch bedeutet das noch keine bessere Versorgung der Verbraucher, da aus der Erzeugungsteigerung vermutlich noch Reparationslieferungen in beträchtlichem Ausmaß partizipieren.

Rund 2,5 Mrd. RM Spareinlagen

Altmetall-Schwarzmarkt in Berlin

Die knappe Versorgung der Berliner Wirtschaft mit Metallen ließe sich bedeutend mildern, wenn die in Berlin vorhandenen Altmetallmengen, die heute den normalen Friedensanfall bei weitem übersteigen, sachgemäß erfaßt würden. Das ist aber nicht der Fall. Seit drei Jahren wird Berlin, dessen Kriegsschäden außerordentlich sind, entrümmert, und es müßten seitdem große Mengen Altmetall gewonnen worden sein. Die Regenerierung dieses Altmetalls würde keine Schwierigkeiten machen, und dem Berliner Handwerk könnten die notwendigen Metalle für Reparaturen zur Verfügung gestellt werden. Statt dessen verschwinden die bei der Entrümmierung anfallenden Alt-

Ruhrgaserzeugung gestiegen

Obwohl die Kokerzeugung im Ruhrgebiet im Jahre 1947 mit 13,129 Mill. t nur 39% der des Jahres 1938 erreicht hat, und auch die zur Verkokung zur Verfügung gestellten Kohlenmengen mit der Kohlenförderung nicht Schritt gehalten haben, weist die Erzeugung von Kokerogas im Ruhrgebiet erfreuliche Tendenzen auf. In der gleichen Richtung entwickelt sich der Absatz. Die von den Ruhrkokerereien im Jahre 1947 abgegebenen Gasemengen betragen 3,3 Milliarden cbm/4.300 WE. Das bedeutet 48% der Leistung von 1938.

An der Verteilung der Gasemengen ist eine Anzahl von Gesellschaften beteiligt. Der Anteil der Ruhrgas AG betrug 1947 1,660 Mrd. cbm; 1946 waren es 1,080 Mrd. cbm. Diese Menge wird durch ein 1.700 km langes Leitungsnetz befördert und verteilt sich räumlich wie folgt:

Britische Zone	38,5%
Amerikanische Zone	7,2%
Französische Zone	2,7%
Nach Holland	2,9%

In der Versorgungsperiode 1947 zeigt die Abgabe an die einzelnen Verbrauchergruppen folgende Gliederung:

Eisenhütten- und Eisenverarbeitende Industrie	42,4%
Chemische Industrie	3,5%
Glas- und keram. Industrie	4,4%
Sonstige Industrie	1,9%
Städte	30,4%

Der Ausfall an Behälterraum durch die Kriegseinwirkungen erschwert die GasSpeicherung und den Spitzenausgleich. Man hofft aber, den Druck- und mengenmäßigen Ausgleich allmählich zufriedenstellend fördern zu können, wenn die Materialteilungen und Instandsetzungsarbeiten für die Behälter ihren planmäßigen Verlauf nehmen.

betragen mit 31. 12. 1947 die Abschlässe der ostzonalen Sparkassen, gegenüber 2,4 Mrd. RM Ende September 1947. Giroanlagen: 1,5 Mrd. RM. (1,48 Mrd. RM Ende September 1947). Die Entwicklung dieser Bilanz ist auf verstärkte Einzahlungen im Dezember 1947 zurückzuführen. Die verminderte Gesamtkapitalia ist auf Umschuldung von Althypotheken zurückzuführen. Trotz gesteigerter Einlagen ging die Gesamtbilanzsumme von 5,20 Mrd. auf 5,07 Mrd. RM zurück.

Um 32 Mill. RM sind seit Mitte Dezember die Berliner Spareinlagen gestiegen. Die Sparkassen nahmen von 156.000 auf 184.000 zu. Diese 20%ige Zunahme legen Sachkundige nicht als Mehrung „echten“ Sparzins auf, sondern führen es auf die Annahme der neuen Sparrücklage zurück. Die Sparguthaben würden bei einer möglichen Währungsreform günstiger behandelt als freies Geld. Vergleichsweise war auch das Wachstum der gesamtdeutschen Sparguthaben in den Rüstungsjahren (von 15 auf 30 und im Krieges von 30 auf 150 Mrd. RM) kein echtes Sparen, sondern nur Umwandlung von Bargeld in Bankgeld. So wird auch die neuerliche Entwicklung bei den Berliner Sparkassen als Ausdruck einer gewissen Angst derer gewertet, die noch Geld verfügbar haben.

Schicksal deutscher Kaligruben

Wintershall berichtet — Kapazitätsausnutzung 60—75%

Der Bericht der Wintershall AG., des mit einem AK von 150 Mill. RM ausgestatteten größten deutschen Kalikonzerns, sagt über die gegenwärtige Kaliförderung in der Doppelzone, daß sie in der amerikanischen etwa 75% und in der britischen Zone etwa 60% der Kapazität erreicht. Die derzeitige Produktion in der amerikanischen und britischen Zone findet, wie der Bericht betont, vollen Absatz, soweit es die Wagenstellung zuläßt.

Die Gesellschaft wird ihren Sitz von Berlin nach Celle verlegen.

Aus dem Bericht interessiert vor allem das Schicksal der einzelnen Kaligruben der Gesellschaft. Das Kaliwerk Glückauf-Sondershausen wurde von den Russen an das Land Thüringen und das Treibstoffwerk Lühkendorf an das Land Sachsen-Anhalt abgegeben. Ein in Thüringen verortlichtes Gesch. zur Überführung der Bodenschätze und der Bergbaubetriebe in die Hände des Volkes, von dem auch die Gesellschaft durch mehrere stillgelegte Kaliwerke, sowie durch Erdgasbohrungen und eine Erdölkonzession, insbesondere durch das in Betrieb befindliche Kaliwerk Glückauf-Sondershausen betroffen wird, wird wegen seiner Rechtmäßigkeit noch Gegenstand einer eingehenden Überprüfung sein müssen. Durch das vom Land Sachsen-Anhalt erlassene Gesetz über die Enteignung der Bodenschätze vom 30. 5. 47 werden neben einer größeren Anzahl der stillgelegten Kaliwerke die Braunkohlegrube Cecilie, Krumpa und das Kaliwerk Bernburg erfaßt. Die Gesellschaft hat gegen diese Enteignungen Beschwerde eingelegt, ebenso gegen die Wegnahme des Treibstoffwerkes Lühkendorf. Der Ausbau des Kaliwerkes Bergmannshagen/Hugo, Lehrte, wird voraussichtlich gegen Mitte des Jahres 1948 beendet sein. Die Anlagen des Ka-

liwerkes Hildesia, Hildesheim, die früher als Heeres-Munitionsmaterial vom Reich übernommen waren, sind dem Unternehmen kürzlich durch die Besatzungsmacht zurückgegeben worden. Zunächst sollen die notwendigen Schachtsicherungsarbeiten ausgeführt werden. Die Frage, ob das Werk zu einem späteren Zeitpunkt wieder zur Kaliförderung herangezogen werden soll, läßt sich erst beantworten, wenn das Ergebnis der noch vorzunehmenden Untersuchungsarbeiten im Felde Hildesia/Mathildenhall feststeht. Von den Anlagen des Kaliwerkes Neuhoft/Ellers, Neuhoft Kreis Fulda, die das Reich ebenfalls seiner Verfügungsgewalt als Heeres-Nebmunitionsanstalt unterstellt hatte, wurde erst die kleinere Werksanlage Ellers zurückgegeben.

Bei den augenblicklichen bergbaulichen und fabrikatorischen Planungen ist in Betracht zu ziehen, daß die Jahreskapazität der gesamten deutschen Kaliindustrie auf ca. 18,6 Mill. dt K₂O geschätzt werden kann, die sich auf die einzelnen Zonen wie folgt verteilt:

US-Zone	ca. 2,6 Mill. dt K ₂ O
Britische Zone	ca. 4,0 Mill. dt K ₂ O
Franz. Zone	ca. 0,6 Mill. dt K ₂ O
Russ. Zone	ca. 11,4 Mill. dt K ₂ O

Auf dem Erdölgebiet ist es der Gesellschaft gelungen, die Bohrmeisterleistungen in den Aufschlußgebieten und Produktionsfeldern, ebenso wie die Förderung wieder zu steigern. Die laufenden Bemühungen um neue Erdölkonzessionen waren zum Teil erfolgreich. Auch konnten weitere Verträge mit anderen Erdölfirmen über Zusammenarbeit in noch unerschlossenen Gebieten abgeschlossen werden. Unter den allgemeinen großen Schwierigkeiten der Brennstoff-, Material- und Transportmittel-Versorgung haben alle Betriebe schwer zu leiden.

Das Eisenbahnsystem in der französ. Zone

hfg. Baden-Baden. Im Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 11/12 werden jetzt das Landesgesetz vom 18. September 1947 über die Errichtung einer Betriebsvereinbarung der südwestdeutschen Eisenbahnen und das Abkommen, welches die Länder der Zone über die Errichtung dieser Betriebsvereinbarung geschlossen haben, veröffentlicht. Auch die Satzung der Betriebsvereinbarung ist in der gleichen Nummer abgedruckt. Nach dem Abkommen ist die Betriebsvereinbarung ein finanziell selbständiges Unternehmen, das sich zur Deckung eines etwaigen Betriebsfehlers eine Ausgleichsrücklage schafft. Zur Wahrnehmung ihrer Rechte in der Betriebsvereinbarung haben die Landesregierungen einen Eisenbahnverkehrsrat errichtet. Dieser Rat bestimmt auch die Richtlinien für die Verkehrs-, Finanz- und Personalpolitik. Er besteht aus 9 deutschen Mitgliedern, von denen 3 Vertreter der Eisenbahngewerkschaften sind. Ein Eisenbahnbeirat aus den Kreisen der Eisenbahnbenutzer hat deren Wünsche dem Eisenbahnverkehrsrat zu unterbreiten. Durch die Errichtung der Be-

triebsvereinbarung ist das Reichseisenbahnvermögen zum Vermögen der 3 Länder der französischen Zone geworden.

Die Betriebsvereinbarung kann mit Genehmigung des Eisenbahnverkehrsrats Kredite aufnehmen durch Ausgabe von Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen, durch Eingehen von Verbindlichkeiten oder durch Aufnahme eines Darlehens gegen Schuld. Die Länder der Zone können die Haftung für die Anleihen der Betriebsgemeinschaft übernehmen.

Von dem am Jahresabschluss bleibenden Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben muß zunächst ein Betrag bis zu 2% der gesamten Betriebseinnahmen einer Ausgleichsrücklage zugeführt werden, bis diese 50 Mill. RM erreicht. Wird sie in Anspruch genommen, so muß sie auf diesen Betrag wieder aufgefüllt werden.

Die Satzung der Betriebsvereinbarung regelt auch die Durchführung des Baues neuer Eisenbahnstrecken, den Erwerb bestehender Strecken und das Enteignungsrecht.

metalle in dunklen Kanälen. Um welche Mengen es sich schätzungsweise handelt, erkennt man, wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1938, also in einem normalen Friedensjahr, aus dem Berliner Müll allein 269 t Altmetalle gewonnen wurden, und daß der Berliner Altmetallhandel im gleichen Jahr 218 t Altmetalle sammelte. Abgesehen vom Material, entsprach dieser Anfall einem Wert von rund 560.000 RM.

Unter den gegenwärtigen Umständen blüht und gedeiht in Berlin ein Schwarzhandel mit Altmetallen, der dem daran beteiligten Altmetallhandel und den Abrißfirmen wahrscheinlich Millionenverdienste in den Schuß wirft. Die Abrißfirmen sind im Auftrage des städtischen Amtes für Aufbaudurchführung tätig und werden von der Stadt bezahlt. Sie sollen als Gegenleistung alle verwendbaren Stoffe, wie Installationsmaterial, Nageisen und nicht zuletzt Metalle, die in der Form von Wasserleitungsrohren aus Blei, elektrischen Leitungen aus Kupfer, Fensterblechen und Regenrinnen aus Zink, Fenstergriffen, Wasserleitungshähnen aus Messing usw. anfallen, an das Amt abliefern. Die Kontrolle über diese Firmen ist aber sehr mangelhaft, und so nimmt es nicht wunder, daß große Altmetallmengen in den Kanälen des Schwarzen Marktes verschwinden. Der amtliche Verrechnungspreis beträgt für Zink 8 RM, für Blei 13 RM, für Messing 30 RM, und für Kupfer und Aluminium 50 RM für 100 kg. Im Schwarzhandel werden jedoch Preise, die zwischen 80 RM und 600 RM für 100 kg liegen, gezahlt. Man schätzt, daß die Abschreibungen der Abrißfirmen im Durchschnitt nur 1% des tatsächlichen Wertes der geborgenen Metallmengen ausmachen. Nachprüfungen haben ergeben, daß allein bei einer einzigen Firma Altmetalle im Werte von 1 bis 2 Mill. RM schwarz verkauft worden sind. Es wird jetzt eine Überprüfung sämtlicher Abrißfirmen und Altmetallhändler gefordert.

Finnlands wirtschaftliche Aktivität

Erfolge im Außenhandel und in der Industrie

Wir brachten in der vorigen Nummer einen kurzen Überblick über die Gesamtlage der finnischen Wirtschaft, die bereits durch den Friedensvertrag mit Rußland in eine starke Abhängigkeit von Moskau geraten war. Die politischen Verhandlungen zwischen Rußland und Finnland zeigen die Notwendigkeit, auch die wirtschaftliche Struktur und Tendenz Finnlands genauer darzustellen.

Der finnische Markt hat aus verschiedenen Gründen seine Westorientierung zu halten vermocht. Obwohl die Sowjetunion Finnland militärisch beherrscht, hat sie von einer vorzeitigen, zwangsweisen „Ostorientierung“ abgesehen, bis Finnland mit Hilfe der ihm von den Westmächten, vor allem von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Schweden und Brasilien gewährten Kredite seine Fabriken vergrößern, eine neue Metallindustrie aufbauen und Reparaturen an Rußland im Wert von 300 Millionen Dollar liefern konnte.

Die finnische Industrieproduktion hat durch diese Belebung aus dem Westhandel wieder 86% des Umfangs im letzten Friedensjahr erreicht und zu einer befriedigenden Devisenlage geführt, die eine Gewährung weiterer Vorschuldkredite aus dem Westen gestattet.

Außenhandel

Im Laufe des vergangenen Jahres verstärkte sich jedoch der Druck der Sowjetunion zum Abschluß von Handelsvertragsverhandlungen, die im Februar abgeschlossen wurden, und außer der schweren Belastung finnischer Vermögenswerte in Höhe von 6 Mrd. Fmk. zu zusätzlichen Warenlieferungen von Zellulose, Zeitungspapier, Pappe, Schnittholz, Türen und Fensterrahmen, Holzschindeln und Arbeitsperden nach Rußland führten. Die Handelsbeziehungen zu Deutschland liegen so gut wie brach. Mit fast allen wichtigen europäischen und überseeischen Ländern wurden Handelsverträge abgeschlossen. Fast 30% der gesamten Ausfuhr gingen 1947 nach Großbritannien. Mit einem Anteil von 12,6% stand die Sowjetunion an zweiter Stelle, wobei die Reparationslieferungen nicht einbezogen sind. Die Vereinigten Staaten nahmen 12,5% der finnischen Exporte auf und lieferten andererseits 35% der gesamten Importe. Großbritannien stellte 17,7% und die Sowjetunion 12,4% Einfuhren. Durch einen erheblichen Anstieg der Exportpreise nahm der Ausfuhrwert über Erwartung auf 46 Mrd. Finnmark zu gegenüber 23,1 Mrd. Finnmark im Jahre 1946. Die Einfuhr hatte einen Wert von 15 Mrd. Finnmark, so daß erstmalig nach dem Kriege wieder ein kleiner Aktivsaldo erzielt werden konnte, der jedoch für Dienstleistungen und Entschädigungen für frühere deutsche Guthaben an die Sowjetunion verwendet werden muß. Mengemäßig lag der Export mit 65,5% und der Import mit 78,7% der Zahlen des Jahres 1938 unter dem Vorkriegsstand. Im laufenden Jahr sieht sich Finnland infolge Dollarmangels zu einer Drosselung seiner Einfuhren veranlaßt, deren Auswirkungen für die industrielle Erzeugung sich noch nicht übersehen lassen.

Finnland setzt die Werbung für den Export fort und denkt von 2.—11. April 1948 in Oslo eine „finnische Exportausstellung“ zu veranstalten, die durch eine finnische Warenmesse in Brüssel ergänzt werden soll. Das finnische Handelsministerium ist weiterhin bemüht, finnische Produkte in allen drei skandinavischen Ländern abzusetzen.

Industrie

Eine bedeutende Ausdehnung hat die Metall- und Maschinenindustrie erfahren, die in starkem Umfang für Reparationslieferungen eingesetzt ist. Vor dem Kriege produzierte sie fast ausschließlich für den inländischen Bedarf. Die Reparationsaufträge machten daher eine beträchtliche Erweiterung erforderlich. Die Metall- und Maschinenindustrie beschäftigt heute rund 65 000 Arbeitskräfte gegen 35 000 vor dem Kriege. Ihre Produktionskapazität ist gegenwärtig doppelt so groß wie im Jahre 1938. Nach Ausführung der Reparationsaufträge wird die finnische Maschinenindustrie auf Grund ihrer erweiterten Kapazität in der Lage sein, sich auch im Export zu betätigen.

Die Basis für den finnischen Export ist nach wie vor die Holzverarbeitende Industrie. Durch die Verminderung des Waldbestandes als Folge der Gebietsverluste dürften die Vorkriegsproduktionszahlen vorerst nicht mehr zu erreichen sein. Als Ausgleich sollen die Veredelungsindustrien ausgedehnt werden, so die Papier- und Kunstfaserindustrie. Gleichzeitig ist eine Modernisierung der Holzverarbeitenden Industrie vorgesehen. Die Möglichkeit hierzu bietet die Anfang 1947 durch die Vereinigten Staaten gewährte Anleihe, die speziell für den Ankauf von Maschinen gedacht ist. In den letzten Jahren hat die Produktion von Fertighäusern einen starken Aufschwung genommen, für die gegenwärtig etwa 10% der gesamten Erzeugung der Sägeindustrie benötigt werden. In der Holzindustrie sind zur Zeit etwa 45 000 Arbeitskräfte tätig gegen 53 000 vor dem Kriege und in der Papierindustrie rund 20 000 gegen 22 000.

An dritter Stelle steht (nach der Metall- und Holzindustrie) die Textilindustrie, die über 30 000 Personen beschäftigt gegen 38 000 im Jahre 1938. Während und in der ersten Zeit nach dem Kriege war die Textilindustrie durch Rohstoffmangel behindert. Im letzten Jahr hat sich dieser wesentlich verbessert. Durch Mangel an Arbeitskräften befindet sich die Produktion bisher noch unter dem Vorkriegsniveau. Um die Devisenbilanz zu verbessern, wird ein Teil der Kapazität für die Lohnverarbeitung von Rohstoffen benötigt, die von den anderen skandinavischen Ländern geliefert werden.

Strom

Der Bedarf an elektrischem Strom kann zur Zeit nur zu etwa 70% gedeckt werden. Infolge Strommangels mußte die Arbeitszeit in zahlreichen Betrieben in den letzten Monaten verkürzt werden. Um die Stromversorgung in Zukunft sicherstellen zu können, ist ein großzügiger Ausbau der Elektrizitätswirtschaft vorgesehen. Zwölf große Wasserkraftwerke befinden sich im Bau, die z. T. schon im Laufe dieses Jahres fertig werden. Das nächste Jahr wird jedoch erst eine ausreichende Stromerzeugung ermöglichen. Die Reserven an ungenutzter Wasserkraft sind in Finnland nicht mehr bedeutend, so daß einer Ausbreitung und Errichtung von Industrien mit hohem Stromverbrauch natürliche Grenzen gesetzt sind. Oder man muß Elektrizitätswerke auf der Kohlbasis bauen, wobei die Einfuhrabhängigkeit für Steinkohlen zu berücksichtigen ist.

Kadmium, im Kriege erstarkt

Bedarf höher als Produktion

Wir bringen hier den in der vorigen Ausgabe bei dem Artikel über Magnesium angekündigten Aufsatz über Kadmium.

Kadmium gehörte vor dem Kriege zu den Metallen, die erst im Kommen begriffen waren, und deren Verwendung nur auf wenige Gebiete beschränkt war. Das hat sich im Krieg grundlegend geändert. Der Verbrauch hat eine bedeutende Ausweitung erfahren und beläuft sich heute auf Tausende von Tonnen im Jahr. An erster Stelle steht in der Verwendung des Kadmiums die Platingierung. Weitere Verwendungsbereiche sind die Herstellung von Lagermetallen mit Kadmiumzusatz, von leichtschmelzbaren Legierungen, Akkumulatorenelementen, Farben, von harten Silber- und Kupferlegierungen für besondere Verwendungszwecke usw. Beispielsweise birtet ein Kadmiumzusatz Kupferoberleitungen im Verkehr, vermindert damit den Abrieb, ohne die elektrische Leitfähigkeit zu beeinträchtigen.

Der Krieg ist auf Erzeugung und Verwendung von Kadmium nicht ohne Einfluß geblieben, der um so stärker war, als es praktisch keine Kadmiumerze gibt, sondern die Erzeugung vollständig als Nebenprodukt der Zinkgewinnung anfällt. Selbst die reinsten Zinkerze enthalten selten mehr als 0,5% Kadmium und der größte Erzeuger, der Tri-State-Distrikt von Missouri, Oklahoma und Kansas in den USA, verfügt nur über Erze mit einem Durchschnittsgehalt von 0,3% Kadmium. Die Kadmiumerzeugung der Welt ist daher vollständig von der Entwicklung der Zinkproduktion abhängig.

Es kann deshalb nicht überraschen, daß das Kriegsende eine ausgesprochene Kadmiumknappheit mit sich gebracht hat, denn die Zinkerzeugung in Europa hat einen starken Rückschlag durch den

Krieg erfahren. Die Hütten in Deutschland, Belgien und Polen, die vor dem Krieg einen bedeutenden Anteil der Weltkadmiumerzeugung stellten, sind im Krieg teilweise zerstört worden, oder haben, wie in Deutschland, aus anderen Gründen nach dem Krieg die Produktion noch nicht wieder aufnehmen können. Dafür hat aber die Erzeugung in Kanada und in den Vereinigten Staaten im Krieg einen bedeutenden Aufschwung erlebt. So erzeugte die USA im Jahre 1944 rund 9 Mill. lbs. Die Anstrengungen der europäischen Erzeuger, die Produktion wieder zu erhöhen, sind teilweise erheblich durch Brennstoffmangel behindert worden. In den USA wurde die Verbrauchskontrolle im August 1945 aufgehoben, doch mußte sie im Februar 1946 wieder eingeführt werden, weil selbst Abgaben der Regierung aus ihren Beständen nicht ausreichten, den auftretenden Bedarf zu befriedigen, und außerdem die strategischen Bestände der Regierung allmählich gefährdet wurden. Die USA haben im Krieg aus eigenen und eingeführten Erzen Kadmium gewonnen, und die beherrschende Stellung auch in der Erzeugung dieses Metalls erlangt, wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht:

Weltkadmiumerzeugung				
	(in met. t)			
	1938	1943	1944	1945
Australien	100	100	100	100
Belg.-Kongo	—	22	22	17
Belgien	122	7	7	7
Kanada	317	337	339	339
Frankreich	116	7	7	7
Deutschland	432	7	7	7
Italien	121	72	7	7
Japan	30	7	7	7
Mexiko	702	802	791	1.622
Norwegen	208	11	7	7
Peru	—	4	2	1
Polen	183	7	7	7
SW-Afrika	239	7	7	7
UdSSR	50	7	7	7
England	125	7	1	193
USA	1.330	2.240	2.300	2.307

Neben den Vereinigten Staaten sind als die wichtigsten Kadmiumerzeuger Mexiko, Australien, Kanada, Peru, Belgien und Belgisch-Kongo, Polen, Norwegen, England, und nicht zuletzt auch Deutschland zu nennen.

Natürlich sind auch die Kadmiumpreise durch die unbefriedigende Entwicklung nach dem Krieg in die „Nachkriegshausse“ miteinbezogen worden. Von 5 sh 4 d je lb im Durchschnitt der Jahre 1936—1938 stiegen die englischen Preise auf 12 sh 6 d gegenwärtig und das englische Verzeugungsmaterial hat trotz des knappen Angebots die Kadmiumkontrolle am 24. Juni 1946 aufgehoben. Hat Kadmium auf der einen Seite durch den Krieg auf allen Verwendungsgebieten eine bedeutende Steigerung erfahren, so hat sich andererseits der Krieg in einer zwangsläufigen Verminderung der Erzeugung nach Kriegsende ausgewirkt, so daß anzunehmen ist, daß die Knappheit noch eine gewisse Weile anhalten wird. Von englischer Seite schätzt man, daß, um das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch herzustellen, etwa eine 25%ige Erhöhung der Weltkadmiumerzeugung notwendig wäre, daß aber in absehbarer Zeit kaum mit einer solchen Produktionssteigerung für Zink zu rechnen ist. Dazu waren die Zerstörungen in der Zinkindustrie des europäischen Kontinents zu groß. Es ist also anzunehmen, daß die Kadmiumpreise weiter auf hohem Stand bleiben. H. B.

Oelprobleme des Mittleren Ostens

Wenn jetzt berichtet wird, daß die Arabische Liga beschlossen hat, jenen Ländern, die den Teilungsbescheid für Palästina unterstützt haben, keine weiteren Ölkonzessionen zu gewähren, bereits erteilte zu überprüfen und ferner die Genehmigung für den Bau neuer Ölleitungen abzustopfen, so werden hierdurch vor allem die amerikanischen Ölinteressen im Mittleren Osten betroffen.

Auch für Europa ist es nicht gleichgültig, ob jene Ölquellen fließen. Sie sind für die Durchführung des Marshall-Planes von Bedeutung, denn es wird damit gerechnet, daß die Lieferungen an Rohöl, die für die westeuropäischen Staaten im Rahmen des Planes bestimmt sind, in der Hauptsache aus den Vorkommen im Mittleren Osten erfüllt werden sollen. 60% der europäischen Öleinfuhren des Jahres 1946 kamen aus dem Mittleren Osten und vom Karibischen Meer. Amerikanische Gesellschaften hatten großen Anteil an diesen Lieferungen, denn sie sind neben England in starkem Maße an den Ölförderungen des Mittleren Ostens beteiligt. So haben z. B. die Standard Oil Co. of New Jersey und die Socony Vacuum zusammen einen 23,75%igen Anteil an der von den Briten kontrollierten Irak Petroleum Co. Neben diesen beiden sind die Standard Oil Co. of California und die Texas Co. an der Transarabian Pipe Line Co. interessiert. Die Arbeiten der Middle East Pipe Line Co. werden von der Standard Oil Co. of New Jersey, von Socony Vacuum und der Anglo-Iranian Oil Co. gefördert. Alle die vorerwähnten Gesellschaften haben den Bau von Ölleitungen geplant oder sind bereits beim Bau, denn der Transport ist nun einmal das Schlüsselproblem bei allen Erdölfragen des Mittleren Ostens. Große Ölfelder liegen im Gebiet des Persischen Golfes. Die Beförderung des dort gewonnenen Oles mit Tankern erfordert die Überwindung von 3650 Meilen Seeweg um die arabische Halbinsel herum durch den Suez-Kanal bis zum Mittelmeer. Die geplante Pipeline kann diese Entfernung auf 1000 Meilen und weniger verringern und die Kosten der Beförderung um 7% vermindern.

Angenblicklich sind die einzigen Ölleitungen die von der Irak Petroleum Co. angelegt, von denen die eine nach Haifa, die andere nach Tripolis führt. Jede ist ungefähr 650 Meilen lang. Zusammen können sie täglich 96 000 Barrels befördern. Die gleiche Gesellschaft stellt zurzeit eine zweite Leitung von Kirkuk nach Haifa mit einer Tageskapazität von 120 000 Barrels fertig. Ferner plant sie den Bau einer weiteren Leitung von Kirkuk nach Tripolis mit einer Tageskapazität von 250 000 Barrels, die bis zum Jahre 1953 er-

stellt sein soll. Die mit einer Beförderungslast von täglich 300 000 Barrels im Bau begriffene Ölleitung der Transarabian Pipe Line Co. soll bis 1950 vollendet sein und schließlich plant die Middle East Pipe Line Co. eine 900 Meilen lange Leitung von Adaban und dem Burhan Gebiet in Kuwait nach einem Mittelmeerhafen. Das ist die bisher größte geplante Pipeline, deren Beförderungskapazität täglich 500 000 bis 550 000 Barrels betragen soll. Mit ihrer Fertigstellung wird für das Jahr 1951 gerechnet.

Im Mittleren Osten liegt nahezu die Hälfte aller bekannten Rohölvorkommen der Welt. Zwar ist im Augenblick der Ertrag noch verhältnismäßig gering. Die Tagesförderung betrug 1947 im Durchschnitt nur 830 000 Barrels gegenüber rund 5 Mill. Barrels in den USA. Aber sie ist in starkem Maße ausbaufähig, sobald die Material- und Arbeitsfragen gelöst sind und die politischen Voraussetzungen es zulassen. Neue Ölfelder sind entdeckt worden, das zuletzt in Saudiarabien entdeckte enthält schätzungsweise Reserven von 2 Milliarden Barrels. Die augenblickliche Raffineriekapazität im Mittleren Osten liegt bei 730 000 Barrels täglich. 1946 betrug die Produktion rund 35 Mill. t, 1947/48 rund 42 Mill. t. Von 1946 auf 1947 hat die Rohölförderung hier allein um 17% zugenommen bei einer Steigerung der Weltölförderung um 10%. Man rechnet mit einer Erhöhung bis auf 77 Mill. t im Jahre 1951.

Nach Mitteilung der Arabian American Oil Co. (Gemeinschaftsbesitz der Texas Co. und der Standard Oil of California) wurden 1947 im Mittleren Osten neue Ölreserven im Ausmaß von etwa 2000 Mill. Barrel (rd. 275 Mill. t) erschlossen. Die erwiesenen Öllager erreichen damit rund 30 000 Mill. Barrels.

Die ungewöhnliche Erdölkonjunktur des Jahres 1947 spiegelt sich in dem Abschluß der Socony Vacuum Oil Co. Inc., die große Interessen im Mittleren Osten hat, für die ersten 9 Monate des ablaufenden Jahres wider. Nach Abschluß aller Steuern und Abschreibungen wird ein Reingewinn von 66 Mill. \$ gegenüber 63 Mill. \$ in der gleichen Vorjahrszeit ausgewiesen, der einem Satz von 2,12 (1,12) \$ je Anteil entspricht. In diesem Zusammenhang wurde mitgeteilt, daß die Socony, wie die übrigen US-amerikanischen Ölkonzerne, vor großen Kapitalinvestitionen steht. Dabei sei zu berücksichtigen, daß die Bau- und Ausrüstungskosten heute 50—200% höher als in der Vorkriegszeit seien.

Türkei stellt um

Reprivatisierung — USA-Kapital strömt ein

Wir brachten in Nr. 10 die Meldung über die Neugründung einer Bank in der Türkei, die den Zweck hat, Kredite an türkische Reedereien zu geben, um Schiffe im Ausland zu kaufen. Diese Meldung lenkt die Aufmerksamkeit auf eine andere türkische Bank, die schon seit 1935 im Industriesaufbau der Türkei die maßgebende Rolle spielt: die ETI-Bank. Der Staat zeichnete damals das Grundkapital von 20 Mill. türkischen Pfund und bestimmte, daß diese Bank die Ausnutzung der Bodenschätze und die Durchführung staatlicher Elektrifizierungspläne finanzieren sollte. 1942 wurde ihr Kapital auf 100 Mill. und 1946 auf 150 Mill. türkische Pfund erhöht. Sie kontrolliert den größten Teil der Gewinnung von Bodenschätzen. Die gesamte Kohleproduktion wird durch ihre Anlagen gefördert und durch ihre Absatzorganisation vertrieben, und schließlich ist die gesamte Förderung von Kupfer und Eisenerzen Angelegenheit der ETI-Bank. Sie erfaßt 81% der Ölschieferproduktion, 91% der Schwefelförderung und 57% der Chromerzeugung. Sie wird in ihrer Abteilung für staatliche Elektrifizierungspläne noch in diesem Jahre den Betrieb in der neuen Großanlage Catalhüyük aufnehmen und den Weiterbau des Großkraftwerks für die Tuncelik-Gruben durchführen.

Jeht, 13 Jahre nach Gründung der Bank, mehren sich die kritischen Stimmen, die die heutige schwierige Lage der Türkei größtenteils auf jene verfehlte Politik zurückführen, die die gesamte Industrie in staatliche Hand legte und somit der Privatinitiative jede Möglichkeit nahm. Man verweist darauf, daß die türkische Wirtschaft trotz langer Kriegskonjunktur nicht entsprechend ausgebaut wurde. Das ist jetzt besonders hinderlich, denn die große finanzielle Hilfe der USA, die in die Hunderte von Millionen Dollar geht, muß in Anbetracht der gespannten Lage auf dem Balkan in militärische Rüstungen umgewandelt werden; strategische Straßenbauten, Flugplatzbauten, Hafenerweiterungen usw. schraffen diese Gelder auf und für den Ausbau der Wirtschaft bleibt nichts übrig. Darum hat der türkische Staatspräsident dem USA-Botschafter vor kurzem deutlich gesagt, daß die Türkei langfristige Kredite brauche. Zu allem Unglück gehört die Türkei im Rahmen des Marshall-Planes zu den Ländern, die bar bezahlen müssen.

Tatsächlich ist in der türkischen Industrie nur wenig Kapital investiert: alle Gesellschaften zusammen (281 Aktiengesellschaften und 400 Handlungsgesellschaften) repräsentieren nur ein Kapital von 54,3 Mill. türkischen Pfund. Die Voraussetzungen für eine Eisenindustrie sind gegeben, aber die staatlichen Fabriken von Karabük decken nur 30% des Landesbedarfs. Jeht endlich geht man daran, diese Fabriken auszubauen und hofft, in zwei Jahren 50% des Eigenbedarfs an Eisen und Stahl decken zu können. Unsere Meldung aus Nr. 11 über die Erdölvorkommen im Tigrisgebiet gehört auch in diese Richtung. Amerikanische Fachleute, die im Dienst der türkischen Regierung stehen, haben diese Erdöllager entdeckt und nun den Staatspräsidenten erklärt, daß die Türkei nach Erschließung dieser Felder kein ausländisches Öl mehr benötige.

Gerade diese beiden Tatsachen zeigen, daß das große Problem der Türkei die Reprivatisierung der Industrie ist, d. h. das Wieder-in-Gang-Setzen der privaten Initiative. Da das Land kapitalarm ist, kann nur ausländisches Kapital helfen. Seit vielen Monaten strömt dieses aus den USA ziemlich reichlich ein. Es liegt nun an der Türkei, dafür die Vorbedingungen zu schaffen — und eine davon ist die Reprivatisierung.

Nach zwei anderen Sorgen der Türkei seien kurz erwähnt. Die Türkei ist ein Tabakexportland. Wie wir bereits in Nr. 9 für Italien, Griechenland und Kuba feststellten, besteht international eine schwere Absatzkrise für Tabak. Davon leidet auch die Türkei nicht verschont. Sie hatte in diesem Jahr eine besonders große Ernte, die bisher noch nicht verwertet werden konnte. Die Türkei mußte, um diese Tabakvorräte absetzen, die Ausfuhrverbote nach den Ländern des Sterlingblocks lockern und eine Anzahl von Einfuhrverboten aufheben. Die Türkei hofft weiter, daß Deutschland, das während des Krieges einer der größten Handelspartner war, türkische Rohstoffe beziehen und dafür Fertigwaren liefern wird.

Das zweite Problem liegt in der sozialen Lage des türkischen Arbeiters. Die Löhne sind niedrig und die Arbeitszeit sehr hoch. Auch die Wohnverhältnisse sind erschreckend schlecht, so daß die Gesundheit und der soziale Frieden gefährdet ist. Auch hier wird man Wandel schaffen müssen.

Interesse an Spaniens Wirtschaft

Der amerikanische Finanzmann M. D. G. Butler, der Präsident des Manufacturers Trust, ist vor kurzem in Madrid eingetroffen. Man erwartet, daß auch andere USA-Finanzleute sich bald nach Madrid begeben werden.

Diese Meldungen stimmen mit den Gerüchten überein, die seit einiger Zeit in der internationalen Finanzwelt kolportiert werden; Spanien bekommt eine Anleihe von den USA. Man hätte sogar schon von einer Gruppe spanischer Finanzleute, die sich nach den USA begeben sollen. Es wird von einer Anleihe in Höhe von mindestens 200 Mill. \$ gesprochen.

Die Wiedereinschaltung Spaniens in das internationale Interesse begann bekanntlich mit der Öffnung der spanisch-französischen Grenze. In den ersten Märsztagen wurde dann die Kurstelation zwischen dem französischen Franken und Peseta auf 19 fr für 1 Peseta im Vergleich mit dem Verrechnungskurs von 10,96 abgeändert. Inzwischen laufen Verhandlungen über die Wiederaufnahme des normalen Handelsverkehrs. Man erwartet diese für Anfang April.

Gleich nach der Öffnung der spanischen Grenze wurde ein Austauschabkommen zwischen Frankreich und Spanien abgeschlossen, wodurch, wie bereits gemeldet, Frankreich Pyrit und Spanien Phosphate erhalten soll. Frankreich hatte in der letzten Zeit hauptsächlich aus Por-

tugal und Cypern Pyrit eingeführt, der mit höheren Frachtkosten belastet ist als der spanische.

Weiter hat Spanien vor kurzem mit den Niederlanden ein Abkommen geschlossen, nach dem Spanien in der laufenden Saison 40.000 t Apfelsinen nach den Niederlanden liefert. Anfang dieses Jahres hatte Spanien mit England eine Lieferung von 100 000 t spanischer Apfelsinen vereinbart.

Auch Argentinien interessiert sich für die spanische Wirtschaft. Der „Wirtschaftsexperte Argentinien“, M. Miguel, wird sich Mitte Mai nach Madrid begeben und wird dort die Herstellung von Gefrierfrüchten und den Aufbau einer elektrotechnischen Industrie vorbereiten. Außerdem will er die Beteiligung an der Metallindustrie und an den Werften für Argentinien erwerben. Herr Miranda scheint diese Pläne zusätzlich zum Marshall-Plan laufen zu lassen. Immerhin ist diese Reise ein Beweis für den Umbruch in der Welt. Früher hat Spanien die argentinische Wirtschaft aufgebaut und sein Kapital dort angelegt. Jeht kommen die Argentinier und beteiligen sich an der spanischen Industrie. Früher haben die Engländer in Argentinien die Eisenbahnbauten finanziert, heute machen sie ihre Beteiligungen verkaufen, um Devisen zu bekommen. (Siehe Nr. 11 der Wirtschaftsrevue „England verkauft“.) Y

Oder-Donau-Kanal mit oder gegen Wien?

Das tschechische Verkehrsobjekt als Instrument östlicher Raumpolitik

Die Mittelrolle, die Österreich im Laufe der Geschichte zwischen Ost und West, Nord und Süd zukam, ändert ihre Berechtigung in der geographischen und wirtschaftsgeographischen günstigen Lage des Landes, vor allem aber der Donau-Stadt Wien, die als Kreuzungspunkt der Handelsstraßen und als Umschlagplatz zu einem Zentrum des Transithandels bestimmt ist. Die Terminologie „Wien, das Herz Europas“ hat somit einen viel realeren Unterbau, als ihr landläufig zukommt.

Der Gedanke, die Ostsee mit dem Schwarzen Meer zu verbinden, übrigens einer der ältesten Wasserstraßenpläne, nahm zum erstenmal konkrete Formen an, als das Projekt eines Donau-Oder-Kanals um die Jahrhundertwende in das österreichische Wasserstraßengesetz Eingang fand. Zum heutigen Zeitpunkt, da Wien in Preßburg und letzten Endes auch in Budapest (das bereits einen Zollfreihafen hat) eine starke Konkurrenz zu erwachen droht und Österreich allem Anschein nach beim Bau des Donau-Oder-Kanals übergangen und geographisch umgangen werden soll, scheint es nicht unwichtig, sich diese zeitliche Urheberschaft ins Gedächtnis zurückzurufen. Es handelt sich dabei nicht etwa um eine Prestigefrage, sondern um ein Problem der Lebensnotwendigkeit, denn der Transithandel ist neben Export und Fremdenverkehr der tragendste Aktivposten der österreichischen Wirtschaft und alle in Realisierung begriffenen Pläne, Wien zu einem Zollfreihafen auszubauen, verlieren zusehends an Bedeutung, wenn der Donau-Oder-Kanal an österreichischem Gebiet vorbeigeführt würde.

Die „geringfügige“ Grenzberichtigung, die die Tschechoslowakei auf der Londoner Vorbesprechung zur Moskauer Konferenz von Österreich forderte und die sie an anderer Stelle mit verhältnismäßig großzügigen Gebietsabtretungen ausgleichen wollte, erschien daher den österreichischen Fachleuten unter dem Blickwinkel des Kanalbaues auch keineswegs so unbedeutend. Der strittige, scheinbar unwesentliche Gebietsstreifen an March und Thaya von nur 1 qkm Umfang vermag vielleicht die Bedeutung Wiens als Hafenstadt von Weltruf in Frage zu stellen.

Deshalb wurde der tschechischen Grenzforderung mit einem Gegenverschiebung geantwortet. Österreich verlangte für die Gebietsabtretung einen Anteil am Kanal, gegen eine anteilige Kostenübernahme am Ausbau der March. Damit waren die Karten auf beiden Seiten aufgelegt, aber die Verhandlungen schiefen ein, da aus Prag kein Echo auf den österreichischen Kompromißvorschlag kam. Diese österreichische Forderung ist um so mehr begründet als nach 1939 die Vermessungsarbeiten für den Kanal, die südöstlich Břeclav von der Oder abgehen, die March bei Siedon erreichen, wobei die Trasse durch das Marchfeld an Wien herangeführt und gegenüber Schwedat in die Donau münden sollte, von den Deutschen bereits weit vorangetrieben worden waren und man auch mit den Erdarbeiten schon begonnen hatte. Inwieweit man in diesem Bantoro indirekt den Begriff „deutsches Eigentum“ sehen mag, das in diesem Falle dann nicht übernommen, sondern hoch liegengelassen würde, bleibt dahingestellt.

Fest steht jedenfalls, daß weder Polen und die CSR noch die Südoststaaten als indirekte Nutznießer dieses Projektes daran interessiert sind, daß Österreich

am Donau-Oder-Kanal partizipiert. Die neuen nach Kriegsende ausgearbeiteten Pläne sprechen diese Vermutung ziemlich deutlich aus. Das östliche Vorhaben geht dahin, unter Benützung der deutschen Vorarbeiten, die Trasse von Titchschin an der Oder nach Mährisch-Weißkirchen zu der Betschwa zu führen, sie dann längs des Flusses bis zur March legen. In einer Gesamtlänge von 300 km, bei einer Breite von 14 m und einer Durchschnittstiefe von 2,50 m wäre der

und Rohstofflieferanten des Südostrans geschaffen.

Und mehr noch: der tschechische Wunschtraum würde Wirklichkeit! Preßburg stellte nach Ausbau des Hafens Theben das mitteleuropäische Tor zum Balkan und dem Nahen Osten dar und hätte Wien als Transithafen überspielt. Freilich, die Ausführung dieses Projektes ist kompliziert und kostspielig. Man rechnet mit einer Bauzeit von 5—7 Jahren und der Kostenvoranschlag beläuft sich auf 250 Mill. Pfund Sterling. Der Ausbau Břeclav und Preßburg-Thebens zu Großhäfen steht im Vordergrund des Planes. Die Kanalführung auf dem Teil zwischen Oder und Betschwa, wo ein größerer Höhenunterschied überwinden werden muß, wird einen großen Aufwand an komplizierten technischen Einrichtungen erfordern. Das tschechische Verkehrsministerium hat vor kurzem bekanntgegeben, daß die Vermessungsarbeiten im Bezirk von Mährisch-Ostau beendet und im Prerauer Bezirk in Angriff genommen wurden. Für die Vorarbeiten des Projektes seien 5 Mill. Kcs. bewilligt worden.

Dieses Projekt — mit dem Anschluß an einen etwaigen ungarischen Donau-Theißkanal — das das österreichische Gebiet zu umgehen gedankt, trifft Wien schon aus dem einen Grunde besonders hart, weil der Lobauer Großhafen vor der Fertigstellung steht. Es bedarf nur etwas mehr als eines Jahres, um ihn zu einem der größten und modernsten europäischen Flußhäfen auszubauen. Daher auch die österreichische Antwort auf den tschechischen „Grenzberichtigungs-vorschlag“, um wenigstens durch den Bau eines Stidkanals von Marchegg quer durch das Marchfeld in die Lohau an der geplanten Wasserstraße Anteil haben zu können.

Doch die Tschechen schweigen hierzu, ob sie weiter schweigen werden, bleibt abzuwarten, denn die österreichisch-tschechische Grenze liegt inmitten des Marchflusses. Lag der Plan zum Bau des Oder-Donau-Kanals ursprünglich in Händen der Ingenieure, die Ausführung zur Zufriedenheit aller Donauanrainer wird die Aufgabe der Diplomaten sein. R. K.



Kanal für 1000 t-Schleppkähne befahrbar. Die Aspekte, die eine solche Schifffahrtsstraße für den gesamten Osten und Südosten mit sich bringt, sind bedeutend. Schlepper, in Oderberg beladen, würden in vier Tagen die Donau erreichen, und somit wäre eine schnelle und billige Verbindung der tschechischen und polnischen Industriezentren mit den Agrar-

Weltmeinung

Zwischen Ost und West

The New York Times Overseas Weekly

Die Wichtigkeit eines Waren-austausches zwischen Ost- und Westeuropa wird in der amerikanischen Presse immer wieder hervorgehoben:

„Alle Wirtschaftsfachleute sind sich darüber einig, daß für den europäischen Wiederaufbau und für die erfolgreiche Durchführung des Marshallplanes ein erhöhter Handelsausgleich zwischen West- und Osteuropa unerlässlich ist. Westeuropa lebt zur Zeit nur von seinen Goldreserven und von amerikanischen und kanadischen Krediten. Dieses Gebiet kann für den Verkauf nicht genügend Ware herstellen, um aus dem Erlös seine Einfuhren zu bezahlen. Wenn Westeuropa nicht auf Gnade und Barmherzigkeit der übrigen Welt angewiesen sein will, muß es Märkte fin-

den, die seinen Export aufnehmen und die Mittel für seine Importe bereitstellen — und Osteuropa wäre dieser Markt. Trotz aller Wünsche, den Ost-West Handel zu erweitern, ist der jetzige Gütertausch so verschwindend gering, daß er gegenüber dem Vorkriegsaustausch nicht ins Gewicht fällt.

The New Statesman and Nation

Die angesehene englische Zeitschrift befaßt sich mit den Möglichkeiten einer westeuropäischen Zollunion und erklärt, daß eine solche Union nur auf einer gemeinsamen Produktionsplanung ausgeführt werden könnte:

„Die Nationen verzichten nur dann auf ihre Zollschranken, wenn sie die Gewähr einer vollen Beschäftigung in ihrem eigenen Land haben. Sie beteiligen sich nur dann an einem international ge-

Hoher USA-Etat

Für das am 30. Juni 1949 endende Etatjahr wird jetzt der Haushaltsplan 1948/49 der USA vorgelegt. Das Budget schließt bei rund 40 Mrd. Ausgaben und über 44 Mrd. Einnahmen mit einem Einnahmeüberschuß von 4,8 Mrd. Dollar ab. (I. V. Überschuß: 7,5 Mrd. weil Ausgaben um 2 Mrd. niedriger und Einnahmen etwas höher.)

Die USA-Oftentlichkeit kritisiert, daß das Budget immer noch 40% des Kriegesrekords von 100 Mrd. Dollar erreiche, aber drei Jahre nach dem ersten Weltkrieg seien die Aufwendungen auf 20% gekürzt worden. Statt der erhofften weiteren Ausgabenreduktion seien die Staatsaufwendungen weiter angestiegen.

Die größten Posten des Budgets (in Milliarden Dollar)

	1939	1948
Nationale Verteidigung	1,024	11,023
Veteranen	0,337	4,102
Verzinsung der Staatsschuld	0,941	5,23
Internationale Hilfe	0,019	7,009
Seemannsicherung	0,068	1,99
Soziale Wohlfahrt	3,994	2,028
Transport und Verkehr	0,512	1,644
Allgemeine Verwaltung	0,554	1,157
Landwirtschaft	1,198	0,905

Die ersten fünf Posten machen ein Fünftel des Gesamtetats aus. Es sind dies die Kosten für den Krieg, für die Wirkung des Krieges und für die Verhinderung eines zukünftigen Krieges.

Dies enorme Budget soll nach der Botschaft des Präsidenten Truman dazu dienen, die menschlichen und materiellen Reserven der USA zu den höchsten Leistungen heranzuziehen.

regelten Produktionsplan, wenn sie die Versicherung haben, daß sie von ihren Nachbarn billig die Waren erhalten, die sie zur Ergänzung des eigenen Bedarfs benötigen. Dies heißt nicht, daß Westeuropa in seiner Produktion autark werden müßte, im Gegenteil, dies soll Westeuropa in die Lage versetzen, mit der übrigen Welt einen gedeihlichen Handel zu treiben. Sowohl diese Art von Handel als auch die geplante Produktion verlangen eine wirtschaftliche Planung. Es würde sich für die Europahilfe unheilvoll auswirken, wenn alle dem Marshallplan angeschlossenen Länder sich um die Mangelwaren auf den Weltmärkten schlagen würden.

The American Obsession

Die Bestrebungen zur Bildung einer osteuropäischen Zollunion werden derzeit vom Krenel nicht gebilligt:

„Der bulgarische Ministerpräsident Dimitrow schlägt eine Vereinigung der osteuropäischen Länder oder eine Zollunion vor. Falls dies gelingen würde, würden alle Zölle und Handelsbarrieren zwischen diesen Ländern aufgehoben. Diese Nationen würden unter sich einen freien Handel betreiben und in jeder Hinsicht zusammenarbeiten. Das ist das Ziel jener Politiker, die eine Union der osteuropäischen Länder erstreben.“

Die vorgeschlagene Union würde 6 Länder mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 82 Millionen Menschen vereinigen. Einige Tage nach dem Vorschlag Dimitrows ließen ihn die Sowjets wissen, daß sie diesen Plan nicht billigen. Die offizielle russische „Pravda“ lehnte ihn ab.

Das Verhalten des Krenel gegenüber diesem Vorschlag ist leicht zu verstehen. Solange es sich um einzelne Länder handelt, läßt sich eine Kontrolle besser durchführen. Sobald sich jedoch diese Nationen zu einer Union zusammenschließen, wird es für Rußland schwieriger, diesen Block zu überwachen. Es scheint, daß die Bestrebungen zu einer osteuropäischen Union im Keime erstickt worden sind. Das schließt jedoch nicht aus, daß Anstrengungen in dieser Richtung wieder aufgenommen werden.“

Dasselbe Blatt beschäftigt sich mit den britischen Afrika-Plänen, wie wir sie bereits in einem längeren Artikel in der „Wirtschaftsrevue“ behandelt haben:

„Für die nächsten 10 Jahre beabsichtigt England, große Summen für seine Kolonien auszugeben. Brücken, Straßen und Hafenanlagen sollen gebaut werden, um mit weniger Schwierigkeiten das Rohmaterial aus den entlegenen Gebieten heranzuschaffen. Sümpfe sollen trockengelegt und der afrikanische Boden soll bearbeitet werden, um bessere Ernten zu erzielen. An den afrikanischen Flüssen sollen große Dämme errichtet werden, um ihre Wasserkraft auszunutzen. Kraftwerke sollen den Bau neuer Stahlindustrien ermöglichen. Sowohl in Rhodesien als auch in Tanganyika werden reichhaltige Kohlenlager ausgebaut. Diese Lager sollen so groß sein, daß sie den britischen Kohlenbedarf für Hunderte von Jahren sichern.“

Landwirtschaftliche Maschinen sollen die Lebensmittelproduktion beschleunigen. In Tanganyika werden drei Millionen acres Land zur Bebauung freigegeben. Mit Unterstützung moderner Hilfsmittel ist dieses Land in der Lage, jährlich 600 000 t Erntehäuser hervorzubringen.

Die Briten erwarten von Westafrika mehr Kakao, von Nigeria mehr Zinn, von Tanganyika mehr Diamanten, von Nordrhodesien mehr Kupfer, vom Flußgebiet des Niger mehr Wolle, von Ostafrika mehr Fleisch und von Westafrika mehr Reis zu erhalten. Die unendlichen Wälder sollen Holz liefern, und die Kolonien sollen nach weiteren Rohstoffen durchforstet werden.“

HAKÜTOL
Schutz-Anstriche
in schwarz und farbig für
DACHPAPPE
MAUERWERK
METALL
HOLZ
SILOS

HARRIES & KÜHNENS KG.
OBERNKIRCHEN

etw Begriff

Die umfangreiche „Drei-Sparren-Schalterschemata-Sammlung“ mit über 1600 Industrieschaltungen wird ständig ergänzt und erweitert. Spezial-Unterlagen und Tabellen werden entwickelt u. ausgearbeitet. Jeder eingetragene Kunde wird über sämtliche Nachträge u. Neuerscheinungen periodisch unterrichtet und bevorzugt beliefert.

ART

Allgemeine Rundfunk-Technik u. m. b. H.
Bielefeld - Bahnhofstr. 3

Heut' ist WENDELINUS-Tag - Heut' betit'is

Wendelinus-PULVER

Befreien wir unsere Haustiere von allern quälenden Ungeziefer durchgreifend - gefahrlos - angenehm einfach

Wand-, Fußboden- und Möbel-einlegeplatten

liefert

LAHN-WERK

Inhaber:
Helmut Gross, Heistenbach
bei Diez an der Lahn

Briefmarken **KOHL**
vorm. Paul Kohl
gegr. 1893

Das bekannte und führende
Raritäten - Haus

An- und Verkauf von Spalten-Warten
Alteutopland - Kolonien
Europa - Ozeanien
Auswahlreicht nach Feinheit
Reichhaltiges Lager an
Nachkriegs-Ausgaben

Hohenstein-Ernstthal / Sa.,
Heinrichstr. Weg 11

Rätsel der britischen Zahlungsbilanz

Bei der Durchsicht der britischen Zahlungsbilanz von 1947, die mit ihrem Defizit von 675 Mill. £ (gegen 70 Mill. £ in 1938) in der britischen wie amerikanischen Presse sozusagen als Grabstein des britischen Empire gewertet wird, fallen zwei Posten auf, die bei näherem Zusehen einige Überraschungen bergen, nicht im negativen, sondern im positiven Sinne: Die Zahlen über die Dienstleistungen der Schifffahrt und die des Kapitaldienstes.

Bei der Schifffahrt sind zunächst die hohen Einnahmen von 180 Mill. £ in 1947 gegen 100 Mill. £ im Jahre 1938 bemerkenswert. Die gestiegenen Frachten allein können diese Steigerung um 80% nicht erklären. Hinter dieser Zahl steht der Neuaufbau der britischen Handelsflotte. 1915 betrug der englische Anteil an der Welthandelsflotte 44,2% und ging 1935 auf 28% zurück. Daneben stieg die Handelstonnage der USA von 8,5 Mill. BRT 1939 auf 40 Mill. BRT 1945 ständig an. Nach 1925 nahm die britische Handelstonnage sogar um 2 Mill. BRT ab bis 1939 und betrug bei Eintritt in den Krieg etwa 17,3 Mill. BRT. Die Kriegsverluste der britischen Handelsflotte, die sich auf 10,7 Mill. BRT belaufen sollten, und die Auflösung des „Pool“ (U.M.A.), deren Schiffe größtenteils unter britischer Flagge fuhren, versetzten die britische Handelsflotte in eine äußerst schwierige Situation. Ihr Wiederaufbau wurde aber mit größter Energie vorangetrieben, so daß am 31. Juli 1946 ihre Tonnage mit 16,29 Mill. BRT fast den Stand von 1935

(17,298 Mill. BRT) wieder erreicht hatte.

Der Gewinnseite der Schifffahrt stehen in der unsichtbaren Zahlungsbilanz auf der Verlustseite 163 Mill. £ gegenüber, so daß ein Plus von 17 Mill. £ zu verzeichnen ist. Im Jahre 1938 betrug dieses 20 Mill. £, also kaum viel mehr als in diesem Krisenjahr. Auf der Umkostenseite der britischen Schifffahrt macht sich vor allem der außergewöhnliche Import aus den USA geltend, der durchweg auf Schiffen der Staaten erfolgt.

So zeigen die Zahlen der Schifffahrtsleistungen, daß Großbritannien auf diesem Gebiet die Einwirkungen des Krieges nahezu wieder beseitigt hat.

Andererseits steht es mit dem Posten des Kapitaldienstes. 1938 beliefen sich die Einnahmen auf 205 Mill. £, die Ausgaben nur auf 30 Mill. £, so daß ein Plus von 175 Mill. £ verblieb. Die Einnahmen aus dem Kapitaldienst und Schifffahrt bezahlten 1938 mit rund 200 Mill. £ ein Viertel der Importe. Heute aber verhängt der riesige Zinsendienst der gewaltigen Auslandsverschuldung alle Erfolge auf der Gewinnseite, 1946 betrug er noch 77, 1947 schon 94 Mill. £ und die Einnahmen sanken auf 145 Mill. £.

Neben der bekannten USA-Anleihe vom Juli 1946 in Höhe von 3,75 Mrd. \$ ist da noch die Canada-Anleihe von 1946 mit 1,25 Mrd. \$, und neuerdings eine Anleihe von 80 Mill. Pfd. der Südafrikanischen Union, alles Anleihen, die wie Schnee in der Sonne zusammenschmelzen. Im Sommer 1947 belief sich die Sterlingverschuldung Großbritannien

auf rund 3,5 Mrd. £ (nahezu 14 Mrd. \$), wovon 1,18 Mrd. auf Indien fallen. Im Laufe des Jahres 1947 wurden 165 Mill. £ getilgt, aber gegen Nicht-Sterlingländer zugleich wieder eine neue Schuld von 23 Mill. £ eingezogen.

Nun sollte man annehmen, daß die Einnahmen aus dem Kapitaldienst nach dem umfangreichen Abstoßen auswärtiger Kapitalinvestitionen im Krieg, vor allem bis Inkrafttreten des Pacht- und Leihsystems, sich stark vermindert hätte. Die Abnahme gegenüber 1938 beträgt aber nur 25%. Der Ausweis des diesbezüglichen Weißbuches der Regierung über die auswärtigen Kapitalanlagen des Vereinigten Königreiches löst dieses Rätsel mit einer sicher für viele großen Überraschung. 1947 haben die britischen Kapitalanlagen um 206 Mill. £ zugenommen, eingeschlossen sind hierbei 51 Mill. £ für den internationalen Währungsfond und die internationale Bank. Der mächtige Strom der neuen Investitionen floß vor allem nach Südafrika Goldminen und in die Neuorganisation des Überseehandels. Ein kleiner Teil der neuen Kapitalanlagen umfaßt die Kapitalzufuhr der Emigranten, wobei auch Fluchtkapital eine Rolle spielen dürfte.

Diese kleinen Entscheidungen in der Zahlungsbilanz lassen vielleicht den Schluß zu, daß, dank der selten und kühlen Opferfähigkeit des Inselvolkes, auf finanziellen — ebenso wie auf politischem — Gebiet dann eine Wendung kommt, wenn die Alarmrufe am stärksten erschallen. E. R.

Der Balkan als Markt

Deutschland als Maschinen- und Ersatzteillieferant

Der wirtschaftliche Zusammenbruch Jugoslawiens, Bulgariens und Ruminiens unter dem Protektorat der Sowjetunion zu einer Balkanallgemeinschaft von Triest bis Warna würde einen breiten Keil durch den Balkan legen, der seine beiden Flanken auf das Schwarze Meer und das Adriatische Meer stützt und nach der Einbeziehung Albanien und Ungarns ganz neue Perspektiven des Balkanhandels aufzeigen dürfte.

Während in der Zeit vor dem militärischen Zusammenbruch der Warenstrom des Balkan auf etwa einem Dutzend von Schienenwegen vom Südosten nach dem Nordwesten, von der Agais über Ungarn und die Tschechoslowakei nach Zentraleuropa fluktuiert, schneidet der „eiserne Vorhang“ an der mazedonischen Grenze Griechenland von übrigen Balkan ab und verlegt den Schwerpunkt des Güterausstausches der künftigen Balkan-Zollunion nach dem Nordosten über die Bukowina und die Slowakei nach der Sowjetunion.

Ein starkes Regulativ in Richtung des alten Warenverkehrs bildet die Unmöglichkeit, Maschinen und Gebrauchsgüter in nächster Zeit aus der Sowjetunion in größeren Massen zu importieren. Vor allem die „Maschinenlücke“, welche die Planungsabteilung des Kreml derzeit durch die Tschechoslowakei zu schließen versucht, macht den Balkanmarkt stark abhängig von Mitteleuropa, dessen Maschinenersatzteile und Massengebrauchsgüter er nicht vermissen kann.

Bulgarien

Vor allem Bulgarien ist in dem Bezug von Maschinenersatzteilen für Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen auf den deutschen Markt angewiesen, der 70% der bulgarischen Maschinen- und Werkzeugeneinfuhr bis zum russischen Einmarsch auf dem Balkan lieferte. Darum hat die in Berlin Nr. 4, Brunnenstraße 147 eingerichtete bulgarische Handelsmission, die „Bulgarska Targovna AG.“, das größte Interesse, an der Wiederingangnahme des deutsch-bulgarischen Güterverkehrs. Bulgarien hat früher nicht nur Maschinen und Werkzeuge, sondern die Masse der Eisen- und Metallwaren aus Deutschland bezogen, Eisenfässer, Konservendosen, Werkzeuge, Schneidwaren, Schlösser und Beschläge, Fahrradteile, Haushaltsmaschinen, Waagen, Eisen- und Kurzwaren aller Art wie Nadeln, Angelhaken und Bürobedarfartikel. Die bulgarische Handelsmission ist bereit, gegen die von ihr dringend erwünschten deutschen Waren Zigaretten, Rohtabak, Pulpe zur Marmeladenherstellung, Fruchtsäfte, Wein, Öl und Fette, Hülsenfrüchte aller Art, Hanf und Felle, Grundstoffe für pharmaceutische Präparate, Hanf, Wolle und im gewissen Umfang auch Erze und Kupfer zu liefern. Doch steht einem großzügigen deutsch-bulgarischen Warenaustausch, der von der Handelsmission nicht nur mit der Ostzone, sondern auch mit der Doppelsonne erstrebt wird, der außerordentliche Warenmangel in Deutschland

und in Bulgarien entgegen. Durch den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion hat sich die Ausfuhrkapazität Bulgariens erheblich vermindert. Der allgemeine Warenmangel ist nicht nur durch die Dürre des vergangenen Sommers, sondern durch eine gewisse wirtschaftliche Desorganisation und eine überstürzte Agrarreform herbeigeführt worden. Der Mangel an Traktoren, die größtenteils als Kriegsbeute abtransportiert wurden, macht sich zusammen mit dem Futtermangel sehr nachteilig für den Vieh- und Geflügelbestand und damit für die Ausfuhrfähigkeit Bulgariens bemerkbar. Doch sind von der Ostzone bereits in beschränktem Umfang Werkzeuge, Maschinenersatzteile, Arzneimittel, Elektro- (der unterernährte Arbeiter an aus- Art sowie Arzneimittel und Elektro-waren, Laborgeräte, Schraub- und Rechenmaschinen nach Bulgarien exportiert worden, ohne daß allerdings eine ins Gewicht fallende bulgarische Einfuhr in der Ostzone registriert werden konnte.

Jugoslawien

Auch der zweite Partner der künftigen Balkan-Zollunion, Jugoslawien, war in der Vorkriegszeit einer der besten deutschen Kunden. Der Warenaustausch war deshalb besonders fruchtbar, weil Jugoslawien außer seinen Leber- und Geflügeljäten Mais, Vieh, Frischfleisch, Rohtabak und Obst, Hanf (auch Textildel) und wichtige Metalle wie Zink, Eisen, Mangan, Kupfer, Bauxit und Chrom nach Deutschland exportierte. Der deutsche Anteil an der jugoslawischen Ausfuhr stieg von 33% im Jahr 1938 auf 55% im Jahr 1944. In erster Linie wurden deutsche Maschinen für die jugoslawischen Grubenbetriebe geliefert sowie leichte Textilmaschinen, Dampfkeessel, Textilien und Chemikalien aller Art.

Die jugoslawische Wirtschaft ist durch Marshall Tito unterdessen in eine Planwirtschaft umgestaltet und zu den osteuropäischen Wirtschaftsblok der Sowjetunion angegliedert worden. Trotzdem wurden mit britischen und amerikanischen Delegationen Abkommen über die Lieferung von Maschinen, Werkzeugen und Chemikalien geschlossen, die gegen jugoslawische Erze und Metalle in den kommenden 5 Jahren geliefert werden sollen. Es ist zu hoffen, daß über die jugoslawische Militärmission in Berlin und über die JEIA der deutsch-jugoslawische Wirtschaftsverkehr in einem Umfang wieder in Gang gesetzt wird, der bei der politischen Absperrung des Balkans und bei der Halbierung des deutschen Wirtschaftsraumes natürlich nur einen beschränkten Umfang zu erreichen vermag.

Rumänien

Am schwierigsten dürfte der deutsche Warenaustausch mit Rumänien in Gang gebracht werden, dessen Wirtschaft nach der Einführung des „neuen Kurses“ und der Ostorientierung der rumänischen Staatswirtschaft von dem freien Handelsverkehr mit Mitteleuropa so gut wie ab-

geschaltet worden ist. Die rumänischen Erdölgesellschaften sind größtenteils der russischen „Sovrompetrol“ unterstellt, die ihnen nur in den seltensten Fällen mehr Ausfuhrerlaubnisse nach Mitteleuropa erteilt. Dazu ist die schwach entwickelte rumänische Industrie, die in erster Linie lediglich den Bergbau und die Lebensmittelindustrie umfaßt, durch das Neg der russischen „Sovrom-Gesellschaften“ eingeeignet und für den Abzug auf dem Binnenmarkt und die Ausfuhr nach der Sowjetunion eingespannt worden. Die Bürokratie dieser monopolistischen Industrie- und Handelsbetriebe arbeitet mit größter Schwerfälligkeit. Die dringend benötigten Maschinenteile und Industriearüstungen können aus Mittel- und Westeuropa nicht bezogen werden, da die im Handelsministerium konservierten Guthaben entweder verbraucht oder für den Kompensationsverkehr mit Deutschland, Belgien oder Frankreich nur in beschränktem Umfang freigegeben werden. Auch in Rumänien werden die von Deutschland aus in Massen dorthin gelieferten landwirtschaftlichen Maschinen und Traktoren größtenteils als Kriegsbeute abtransportiert. Die Folge war ein Niedergang der landwirtschaftlichen Erzeugung in einem Ausmaß, daß sich die Rumänen entschließen mußten, einen Teil der auf Reparationskonto abtransportierten Traktoren wieder zurückzuliefern. Auch die Berliner Rumänische Militärmission bemüht sich, einen deutsch-rumänischen Warenverkehr wieder in Gang zu bringen und vor allem deutsche Maschinenteile für Landmaschinen und Traktoren, Eisenfässer, Werkzeuge, Konservendosen, Schneidwaren, Schlösser und Beschläge, Haushaltsmaschinen und Gebrauchsgüter aus Eisen und Metall aller Art sowie Arzneimittel und Elektro-waren für die Einfuhr nach Rumänien frei zu bekommen.

Vorabkommen Österreich-französische Zone

hfg. Baden-Baden. Zwischen dem österreichischen Handelsministerium und Vertretern der Militärregierung für die französische Zone sind seit einigen Wochen Verhandlungen im Gange, die einen baldigen günstigen Abschluß erwarten lassen. Während sowohl die britische Zone, wie später die Doppelsonne, schon seit längerer Zeit Abkommen mit Österreich haben, konnten bisher zwischen Österreich und der französischen Zone nur von Fall zu Fall Kompensationsgeschäfte abgeschlossen werden. Die Verhandlungen mit Österreich waren recht schwierig, weil die Lieferfähigkeit der österreichischen Industrie für die Ausfuhr nach Deutschland noch begrenzt ist.

Wir haben in unserer Ausgabe vom 8. 12. 47 eine ausführliche Darstellung unseres Wiener-Korrespondenten über die Austauschmöglichkeiten mit Deutschland („Waren, die Österreich braucht“) veröffentlicht, in der auch auf die Schwierigkeiten in den beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen eingegangen worden ist. Nach der Natur der deutsch-österreichischen Wirtschaft, die sich auf vielen Gebieten ergänzt, muß Deutschland wieder das erste Lieferland Österreichs und auch einer seiner wichtigsten Kunden werden. Die Wirtschaft der französischen Zone hat einen dringenden Bedarf an Rohstoffen und Industriewaren, die Österreich liefern kann und will, so z. B. Graphit, Magnesit, Talkum, Stickstoffdünger, Edelstahl, Papier und Pappen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Im Laufe der Verhandlungen zwischen der französischen Zone und Österreich, die im Dezember begonnen haben, sind Warenlisten ausgetauscht worden, welche die Liefermöglichkeiten und Besorgnisse der beiden Parteien enthalten.

Griechische Exportsorgen

Starke Menschenverluste — Absinken der Industrie

In Ergänzung unseres Artikels über Griechenlandens Bodenschätze in Nr. 11 bringen wir heute eine Darstellung der allgemeinen Wirtschaft Griechenlands.

Griechenland ist heute der Kernpunkt des Kräftegleichs zwischen Ost und West. Da es nicht nur die Zugänge zum Schwarzen Meer beherrscht, sondern auch — wie die Türkei — auf dem Wege zu dem amerikanischen Interessengebiet im Vorderen Orient liegt, ist die großzügige Hilfestellung, die die Vereinigten Staaten diesem Land geben, verständlich genug. Es bedarf aber — über dieses strategische Motiv hinaus — außerdem einer Unterstützung, weil es noch immer schwer an den Folgen des Krieges trägt, vielleicht härter als manches der besiegten Länder. Man wäre in der wirtschaftlichen Sanierung dieser letzten Balkanmonarchie sicherlich schon weiter vorangekommen, wenn nicht der Bürgerkrieg, der inzwischen einen nicht unbeträchtlichen Teil der mazedonischen und thrazischen Provinzen (in Mazedonien bis zum Olymp) erfaßt hat, die Aufbaumaßnahmen bereits in den Anfängen immer wieder illusorisch machen würde, zumal ein hoher Prozentsatz auch der „zivilen“ Auslandskredite zwangsläufig militärischen Zwecken dienen muß.

Die Bevölkerung ist jedenfalls durch Krieg, Terror, Hungersnot und Epidemien um nicht weniger als 12% vermindert, vor insgesamt 5 600 Ortsteilen sind 1 400 ganz oder teilweise niedergebrannt, fast 1,5 Mill. Einwohner sind obdachlos und ein ständiger Strom von Flüchtlingen bewegt sich nach Thessalien und dem Peloponnes; Athen, das vor dem Krieg rund eine halbe Mill. Einwohner zählte, muß jetzt über 2 Mill. Menschen beherbergen, in den anderen größeren Städten ist die Lage ähnlich. Das Verkehrsnetz leidet noch immer von Improvisationen und Reizen, die früher nur Stunden dauerten, werden jetzt zu Expeditionen. Von der Handelsflotte, die in normalen Zeiten mit 1 920 Mill. BRT umfassende Frachtaufgaben, vor allem im Transportverkehr bewältigte, gingen Zweidrittel, und damit der ausschlaggebende Aktivposten der Zahlungsbilanz, verloren; der Tonnageraum dürfte heute wieder an die 800 000 BRT erreicht haben. Die Industrie, die 1938 schon 60% des heimischen Bedarfs deckte, ist trotz erheblicher Kohlenimporte aus USA und Südafrika auf ein Viertel ihrer Leistungsfähigkeit zurückgesunken, die Landwirtschaft, überwiegend in der Hand von Kleinbauern, stark investierungsbedürftig.

Der Wunsch nach einer grundsätzlichen Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur, d. h. einer Verringerung der Einfuhrabhängigkeit (insbesondere bei Kohle und Getreide), ist unter den heutigen Umständen weiter denn je von einer Realisierung entfernt. Das Land ist reich an z. T. seltenen Rohstoffen und ungeausgünstigen Wasserkraftenergien. Die Fischerei — wissenschaftlich und rationell betrieben — könnte eine erstklassige Einnahmequelle werden; Obst- und Gemüsekonserven, eine chemische Industrie, eine mittelgroße Metallindustrie wie überhaupt eine

intensive Steigerung der griechischen Industrie- und Agrarproduktion, dies alles würde eine Lösung der griechischen Wirtschaftsproblematik vereinfachen.

Seine derzeitigen Bemühungen muß Griechenland auf eine Wiedergewinnung der verlorengegangenen Ausfuhrmärkte und Erhöhung neuer Absatzplätze beschränken. Der griechische Außenhandel hat auch im letzten Jahr einen beachtlichen Aufschwung genommen. Als Hauptausfuhrartikel stehen wie bisher Tabak, Terpentin, Kolophonium, Rosinen, Korinthen, Olivenöl, Bohnen, Trockenfrüchte, Gerbstoffe, Eisen und Magnesit im Vordergrund, während sich der Einfuhrbedarf in erster Linie auf Landmaschinen, Textilrohstoffe und Holz erstreckt. Für die Olivenölaufuhr — man verzeichnet diesmal die beste Olivenernte seit 1937 — werden jetzt seit vielen Jahren keine Ausfuhrbewilligungen mehr benötigt, da rund 50 000 t für Exportzwecke zur Verfügung stehen. Von der Tabakernte 1946 lagern noch 20 000 t, von der vorjährigen 30 000 t. Neue Tabaklieferungsverträge konnten mit den USA, Italien, CSR, Schweiz, Belgien, Holland und Finnland abgeschlossen werden, jedoch betrachtet man mit einer gewissen Besorgnis die Tatsache, daß sich durch die Überflutung Europas mit amerikanischen Virginia-Tabaken die Geschmacksrichtung zu Ungunsten der orientalischen Mischungen verändert hat. Der Absatz der Rosinen- und Korinthenvorräte (Hauptkontingent nach Großbritannien) gilt als gesichert. Für die Ein- und Ausfuhr wurde von der Regierung neue Devisenzertifikate eingeführt, die dem Exporteur von jeweiligen Devisenzertifikaten unabhängig machen, ihn also vor Verlusten schützen und damit einen Anreiz für Ausfuhrgeschäfte bieten.

Das vor kurzem abgeschlossene deutsch-griechische Handelsabkommen ist für Deutschland insofern bemerkenswert, als damit zum ersten Male seit Kriegsende ein solcher Vertrag von deutschen Stellen allein ausgehandelt wurde. für Griechenland wesentlich, weil es nun mit seinem früher einmal wichtigsten Handelspartner wieder ins Geschäft kommt. Für 1948 konnte ein Warenaustauschvolumen von 8,5 Mill. \$ vereinbart werden; die britisch-amerikanische Zone wird Industrieerzeugnisse im Wert von 5 Mill. \$ liefern und griechische Produkte in Höhe von 3,5 Mill. \$ beziehen. Der Differenzbetrag von 1,5 Mill. \$ wird von der griechischen Regierung in bar erlegt. Der Großteil der griechischen Lieferungen besteht aus Tabak (rund 2,5 Mill. \$); leider konnte keine Vereinbarung über die Herabnahme von Trockenfrüchten zustande kommen. Begrüßt wird in Athen, daß das Abkommen eine Erweiterung über die bisher festgesetzten Warenmengen ermöglicht, so daß sich dadurch der früher flüssige Austausch von deutschen Industrieerzeugnissen gegen griechische Landesprodukte eventuell wieder rasch einspielen kann. Bemerkenswert ist, daß die Meistbegünstigungsklausel für die deutschen Waren in das Abkommen nicht aufgenommen ist. R. K.

Vertrauen
ist der erste Schritt zur Gesundheit!

ASPIRIN
ARZNEIMITTEL

TEICHOSKOP

ARTIKEL DER AUSLANDSPRESSE
ZEITUNGS- INFORMATIONSDIENST
erscheint wöchentlich. Anfragen MÜNCHEN 23
MARTIUSSTRASSE 3, TEICHOSKOP.

RSV

IM RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTLICHEN VERLAG G. m. b. H.
HAMBURG 36 4, ALSTERUFER 19

erscheint in Kürze

„DER WIRTSCHAFTS-ORDNER“
Dokumente der aktuellen Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsgesetze — Text und Kommentar in Halbtabelle, systematisch geordnet.

Herausgegeben von:
DR. WILHELM HEITMÜLLER,
DR. FRIEDRICH LEMMER,
DR. ROBERT PLATOW.

„Der Wirtschafts-Ordner“ ist ein Fortsetzungswerk, das in Heften zu 32 Seiten Text mit 4 Seiten Umschlag je Zahlenreihe zum Preis von 20.— RM, zuzüglich 1.20 RM Zustellgebühr geliefert wird. Wir bitten, Ihre Bestellung aufzugeben.

400 Zeitungen u. Zeitschriften

werden von uns gelesen und geschätzt

Was interessiert Sie?
Wirtschaftsberichte?
Marktbeobachtung?
Rohstoffangebote?
Statistiken?
Oder was sonst?

Geben Sie uns Ihr Sachgebiet auf, wir liefern schnell und zuverlässig

„Zeitblick“ Serie für Zeilungsaustausche
Iserlohn / Westf., Vinckestr. 2 IV

Goldmann
Kleines Modells

HAMBURG
COLONNADEN 11
RUF 3023 32 / 3023 23

CHINOSOL

Dieses Zeilchen tragen seit mehr als 50 Jahren unsere wissenschaftlich erprobten und praktisch bewährten Erzeugnisse. Die „Eulen-Mark“ verbürgt Güte und Entwicklung.

CHINOSOL-FABRIK A. O. HAMBURG

Der österreichische Außenhandel 1947

Hoher Einfuhrüberschuß — Zu hohe Exportpreise

WIEN. Neben werden die vollständigen Zahlen für den österreichischen Außenhandel 1947 vorgelegt; die Einfuhr betrug 131 Mill. S (1307 1454 Mill.), die Ausfuhr 842 (8127) Mill. S. In den Einfuhrzahlen 1947 sind die entscheidenden Lebensmittellieferungen durch die UNRRA, sowie andere unentgeltliche Lieferungen nicht enthalten.

Im Verlaufe des Jahres 1947 sind die Ein- und Ausfuhr außerordentlich gestiegen. Die Einfuhr im Januar betrug wertmäßig 41 Mill. S (das Doppelte des Einfuhrmonatsdurchschnitts 1946); im Dezember war man auf 144 Mill. gekommen. — Die Ausfuhr war von 24 Mill. im Januar (einem knappen Drittel über dem Monatsdurchschnitt 1946) auf 125 Mill. S im Dezember angewachsen.

Für das ganze Jahr 1947 ergibt sich für die wichtigsten Partner das folgende Anteilsbild:

	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
	in Millionen Schilling		
Deutschland	319	27	-179
Italien	88	128	+ 47
Jugoslawien	35	12	- 8
Polen	63	22	- 40
Rumänien	7	4	+ 2
Schweiz	106	212	+ 50
Tschechoslowakei	156	78	- 78
Ungarn	24	36	+ 2
Belgien	22	31	+ 3
Bulgarien	12	5	- 8
Dänemark	26	5	- 20
Frankreich	46	27	- 9
Griechenland	31	17	- 4
Großbritannien	109	43	- 66
Niederlande	36	30	-
Norwegen	18	1	- 15
Schweden	18	31	+ 13
Türkei	19	8	- 3
Brit. Indien	13	3	- 7
Philippinen	13	-	- 10
Ägypten	14	3	- 11
USA	46	44	+ 4
Brasilien	25	1	- 24

Die lebenswichtigsten Einfuhren sind nicht in dieser Statistik enthalten, es sind Lebensmittel, die als UNRRA- oder andere Lieferungen (aus den USA vor allem) ins Land kamen. Die entgeltliche Fertigwareneinfuhr hat 666 000 dr im Werte von 268 Mill. S betragen gegen fast 1,5 Mill. dr im Werte von 429 Mill. S im Jahre 1937. Rohstoffe (einschl. Kohle) und halbfertige Waren wurden 37,8 Mill. dr importiert im

Werte von 719 Mill. (gegen 47,8 Mill. dr für 620 Mill. S im Jahre 1937). Hier ist also der Mengenrückgang verhältnismäßig klein, wobei sich durch Preissteigerungen trotzdem eine Summenausweitung ergibt. Daß hierin die Kohlenlieferungen aus Deutschland die entscheidende Rolle spielen, wurde wiederholt erwähnt; ebenso, daß als Gegenrechnung nur Strom in den Verbundabkommen und weniger andere Lieferungen gegeben werden, und in beiden Richtungen eine Verbesserung der Liefermöglichkeiten von größter Wichtigkeit wäre.

Auch in der Ausfuhr haben sich große Verschiebungen ergeben. So waren 1937 nicht weniger als 17 Millionen dr Holz im Werte von 131 Mill. S exportiert worden — 1947 nur 1,1 Mill. dr im Werte von allerdings 43 Mill. S (also wohl in höherem Grade veredelt als vor zehn Jahren, aber dafür quantitativ weniger). Hingegen ist die Ausfuhr von Eisen gestiegen, sowohl mengenmäßig von 1,3 Mill. dr im Jahre 1937 auf 1,6 Mill. dr im Jahre 1947 als auch wertmäßig von 25 auf 55 Mill. Schilling. Die Papierausfuhr hatten 1937 bei 1,2 Mill. dr einen Wert von 58 Mill. erreicht, 1947 erbrachten 355 000 dr einen Exportwert von 74 Mill. S. Bei Eisenwaren ist der Ausfuhrwert mit 156 Mill. S etwa gleich wie vor zehn Jahren; damals brauchte man 1,4 Mill. dr dafür, heute 622 000 dr — wobei naturgemäß auch Wandlungen im Sortiment die Differenzen mitbestimmen.

Es kommen auch immer mehr Klagen über Kostenschwierigkeiten bei der festgesetzten Relation von 10 Schilling für einen Dollar. Die Preissteigerungen vom Herbst 1947 hätten es schwer gemacht. Aber noch kostet eine Facharbeiterstunde in Österreich 3,50 S und in den USA 1,20 Dollar, also bei dieser Kursrelation 12 Schilling. Selbst in dieser Spanne wäre noch genug Wettbewerbsdifferenz, wenn die Realleistung (der unterernährte Arbeiter an ausgearbeiteten Maschinen) nicht erschreckend kleiner wäre.

WIRTSCHAFTSREVUE STEUER

Nach einem Erlass Fin.-Min.-Hauptabst. St. St. d. d. v. 2. 10. 1947 können Lieferungen und Leistungen von Waren...

Der für eine Warenlieferung vereinbarte Rechnungsbetrag ist, soweit nicht für Ausnahmefälle Ausnahmsbeschlüsse bestehen, gleich zu veräußern, ob er nun in einem Betrag oder in einige Rechnungsposten aufgeteilt in Rechnung gestellt wird...

Der Teilwert (§ 4 EStG 1934) ist ein objektiver Wert, der nicht auf der persönlichen Auffassung des einzelnen Kaufmanns über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung, sondern auf der allgemeinen Auffassung, wie sie in der Marktlage am Bilanzstichtag ihren Ausdruck findet...

In der sowjetischen Zone behält der Vermögenszuwachs für Steuerzwecke für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angelegenen halben Monats 1% des Rückstands. Die Steuerzinsen betragen 3% des geschuldeten Betrags...

Durch Erlass des früheren Reichsministers der Finanzen von 1941, 1942 und 1944 war für die Dauer des Krieges die umsatzsteuerliche Grundbesitzveräußerung auch für das Trocken von Getreide und Früchten zugelassen worden...

In dieser Rubrik geben wir unseren Lesern Hinweise auf die wichtigsten Ereignisse im Steuerwesen.

Darüber hinaus werden die nur kurz erwähnten in einem Beiblatt, das nur an Festbesitzer der 'Wirtschaftsrevue' abgegeben werden kann, in aller Ausführlichkeit und mit wissenschaftlicher Gründlichkeit behandelt...

Wer von unseren Festbesitzern Interesse an dieser Ausgabe 'D-51' hat, möge sie bei uns anfordern. Der Zuschlag zum Abonnementpreis beträgt vierteljährlich RM 4,-.

Ernährungsprodukte vernichtet werden. Die Finanzverwaltung der SMAAD hat keine Einwendungen gegen die weitere Anwendung der Umsatzsteuerregelungen...

Die Zentralfinanzverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone hat zur Frage der Umsatzsteuerpflicht bei Reparationsleistungen wie folgt Stellung genommen:

- 1. Die Reparationsleistungen sind mit Wirkung vom 1. 1. 1947 der Ausfuhrleistungen gleichgestellt. Die Steuerpflichtigen können ihre Veranlagungen für 1947 berechnen...
2. Nur die unmittelbaren Reparationsleistungen sind steuerfrei...
3. Soweit die Reparationsleistungen den Ausfuhrleistungen gleichgestellt sind, steht dem Unternehmer ein Anspruch auf Ausfuhrvergütung zu...

Kontingenzgesellschaften gehören in der Regel ihren Mitgliedern, die Nichtmitglieder Rückvergütungen auf die bei ihnen gelieferten Einkäufe...

Neue Gesellschaften

FRANZÖSISCHE ZONE

hig Baden-Baden. Nach den Bekanntmachungen der Amtsgerichte der französischen Zone sind im Februar folgende 39 GmbH's als Neugründungen mit 2.497 Mill. RM Stammkapital (gegen 48 Gesellschaften mit 2.397 Mill. RM im Januar in das Handelsregister eingetragen worden...

Land Württemberg

Calw: Bekleidungswerk Hirsau GmbH. Hirsau; K 33 000 RM.
Freudenstadt: Schwarzwälder Bedarfartikel GmbH. Dornstetten; K 30 100 RM.

Land Baden

Baden-Baden: E. Boehringer GmbH. Hirsau; K 33 000 RM.
Baden-Baden: Textiltextilhandel; K 30 000 RM. U aus Einzelfirma.

Land Hessen

Andernach: Landwaren- und Großhandels-Gesellschaft Rheinland-Hessen (Mast) GmbH. Andernach/Rhldn.; K 170 000 RM.
Bad Kreuznach: J. Kohl GmbH. Bad Kreuznach; Buchverlag; K 20 000 RM.

Saarland

Neunkirchen: Wilka-Patent Saar GmbH. Spiesen; Herstellung von Industrie- und Wirtschaftstextilien aus Textilien, Leder und Kunstleder; K 400 000 FR.
Saarbrücken: 'Pyrominor' Bergwerk- und Hüttenbedarf GmbH. Saarbrücken; auch Schlackeverwertung; K 20 000 RM.

Saarländische Zonen

Phonotrika Radio GmbH, Berlin-Weidenburg. Die mit einem Kapital von 100 000 RM neu gegründete Fabrik befaßt sich mit der Fertigung elektrischer und mechanischer Geräte...

OSTZONE

Phonotrika Radio GmbH, Berlin-Weidenburg. Die mit einem Kapital von 100 000 RM neu gegründete Fabrik befaßt sich mit der Fertigung elektrischer und mechanischer Geräte...

Westdeutsche Kaufhof

Nach Mitteilung der Verwaltung der Westdeutschen Kaufhof AG. in Köln kann der HV eine Gewinnausschüttung nicht vorgeschlagen werden...

Hauptversammlungen

- 1. 4. Georg Gelling & Co. AG., Bacharach a. Rh.
2. 4. Victor Clouquet, Quenardel & Cie. Neufch. AG., Bacharach a. Rh.
3. 4. Bayer. Brauerei Schuck - Jaentich AG., Kalschlaibach.

Veranstaltungen

Die 40. HV der Gesellschaft für Licht- und Kraftversorgung, München, beschloß Kapitalerhöhung von 3 auf 12 Mill. RM zum Erwerb von zunächst 3,2 Mill. RM Stammaktien...

Licht und Kraft

Die 40. HV der Gesellschaft für Licht- und Kraftversorgung, München, beschloß Kapitalerhöhung von 3 auf 12 Mill. RM zum Erwerb von zunächst 3,2 Mill. RM Stammaktien...

ENGLISCHE ZONE

Die in Göttingen mit 100 000 RM Stammkapital errichtete Zentralwerkstatt Göttingen GmbH. befaßt sich mit der Anfertigung, Neukonstruktion und dem Vertrieb wissenschaftlicher Apparate aller Art...

AMERIKANISCHE ZONE

Main-Film GmbH, Aschaffenburg. Gründung u. Betrieb von Lichtspieltheatern. Stammkapital 45 000 RM. Geschäftsräume Karlar, A.

Bauchemie-Prospekt

Aus dem Prospekt für die, in der vorigen Ausgabe erwähnten, Anleihe der Bauchemie AG. Oberhausen (Rind-Idar) in Höhe von 20 Mill. RM, mit der die Gesellschaft an den Geldmarkt herangeht...

Grüner-Bräu

Die o. HV. der Grüner-Bräu AG., Würzburg, hat die Verteilung von 7% Dividende beschlossen. In der AR. der Gesellschaft wurde Herr Ludwig Ammer, Kaufmann, München, neu gewählt.

Bayosan-Werke

Chemisch-Pharmazeutische Fabrik GmbH, Sitz Nürnberg. Siefelstr. 43. Stammkapital 100 000 RM. Fortführung der bisherigen Einzelfirma 'Bayosan-Werke Böisinger & Co.' in Nürnberg.

Carl Brandt GmbH

Sitz Coburg. Stammkapital 40 000 RM. Übernahme und Fortführung der bisherigen Einzelfirma Carl Brandt Eisenwaren-, Haushaltsartikel-, Hausmaterialien- und Spielwaren-Geschäft, hier.

Kleinhandels

Der auf den 31. März anberaumten HV. der Rheinisch-Westfälischen Boden-Credit-Bank werden die Abschüsse für 1944, 1945 und 1946 vorgelegt werden. Wie verlautet, kommt die Ausschüttung einer Dividende nicht in Frage.

Westdeutsche Kaufhof

Nach Mitteilung der Verwaltung der Westdeutschen Kaufhof AG. in Köln kann der HV eine Gewinnausschüttung nicht vorgeschlagen werden...

Hauptversammlungen

- 1. 4. Georg Gelling & Co. AG., Bacharach a. Rh.
2. 4. Victor Clouquet, Quenardel & Cie. Neufch. AG., Bacharach a. Rh.
3. 4. Bayer. Brauerei Schuck - Jaentich AG., Kalschlaibach.

Veranstaltungen

Die 40. HV der Gesellschaft für Licht- und Kraftversorgung, München, beschloß Kapitalerhöhung von 3 auf 12 Mill. RM zum Erwerb von zunächst 3,2 Mill. RM Stammaktien...

Licht und Kraft

Die 40. HV der Gesellschaft für Licht- und Kraftversorgung, München, beschloß Kapitalerhöhung von 3 auf 12 Mill. RM zum Erwerb von zunächst 3,2 Mill. RM Stammaktien...

den Verlustvertrag aus dem Vorjahr in Höhe von 2,6 Mill. RM ausgeglichen. Zu diesem Zweck sind die Sonderrücklage in Höhe von 2,5 Mill. RM sowie nicht beanspruchte Rückstellungen im Betrage von 1,3 Mill. RM herangezogen worden...

Bauchemie-Prospekt

Aus dem Prospekt für die, in der vorigen Ausgabe erwähnten, Anleihe der Bauchemie AG. Oberhausen (Rind-Idar) in Höhe von 20 Mill. RM, mit der die Gesellschaft an den Geldmarkt herangeht...

Grüner-Bräu

Die o. HV. der Grüner-Bräu AG., Würzburg, hat die Verteilung von 7% Dividende beschlossen. In der AR. der Gesellschaft wurde Herr Ludwig Ammer, Kaufmann, München, neu gewählt.

Bayosan-Werke

Chemisch-Pharmazeutische Fabrik GmbH, Sitz Nürnberg. Siefelstr. 43. Stammkapital 100 000 RM. Fortführung der bisherigen Einzelfirma 'Bayosan-Werke Böisinger & Co.' in Nürnberg.

Carl Brandt GmbH

Sitz Coburg. Stammkapital 40 000 RM. Übernahme und Fortführung der bisherigen Einzelfirma Carl Brandt Eisenwaren-, Haushaltsartikel-, Hausmaterialien- und Spielwaren-Geschäft, hier.

Kleinhandels

Der auf den 31. März anberaumten HV. der Rheinisch-Westfälischen Boden-Credit-Bank werden die Abschüsse für 1944, 1945 und 1946 vorgelegt werden. Wie verlautet, kommt die Ausschüttung einer Dividende nicht in Frage.

Westdeutsche Kaufhof

Nach Mitteilung der Verwaltung der Westdeutschen Kaufhof AG. in Köln kann der HV eine Gewinnausschüttung nicht vorgeschlagen werden...

Hauptversammlungen

- 1. 4. Georg Gelling & Co. AG., Bacharach a. Rh.
2. 4. Victor Clouquet, Quenardel & Cie. Neufch. AG., Bacharach a. Rh.
3. 4. Bayer. Brauerei Schuck - Jaentich AG., Kalschlaibach.

Veranstaltungen

Die 40. HV der Gesellschaft für Licht- und Kraftversorgung, München, beschloß Kapitalerhöhung von 3 auf 12 Mill. RM zum Erwerb von zunächst 3,2 Mill. RM Stammaktien...

Licht und Kraft

Die 40. HV der Gesellschaft für Licht- und Kraftversorgung, München, beschloß Kapitalerhöhung von 3 auf 12 Mill. RM zum Erwerb von zunächst 3,2 Mill. RM Stammaktien...

Personallen

Die britische Militärregierung hat Ministerialdirektor Paul Reilbeck als Nachfolger von Dr. Kraft zum Präsidenten der Leitstelle der Finanzverwaltung der britischen Zone bestellt.

Den Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer Köln, Dr. Jakob van Norden und Dr. Paul Silberberg wurde aus Anlaß des 15jährigen Bestehens der Kammer die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

Der bisherige Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Köln, Dr. Hilgermann, wurde in einer Vollversammlung der Kammer in seinem Amt erneut bestätigt.

Zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der zum Konzern der Ver. Stahlwerke AG. in Düsseldorf gehörenden Eisen- und Stahlwerke wurde bestellt die Direktoren Walter Boeck, Sendorfer, I. W. und Kurt Wetterhahn in Dortmund.

Aus dem Aufsichtsrat der Siemens & Halske AG. in Berlin sind ausgeschieden: Oscar Carminar, Oskar Henschel, Hermann Rad, Mümmeyer, Ritter Dr. v. Petry, Bankdirektor Rosler und Dr. Albert Vögler. In ihrer an HV. wurde der AR. ergänzt und er setzt sich jetzt wie folgt zusammen: Fr. Carl Siemens, Dr. Hermann v. Siemens, Dr. Georg Graeb, Dr. Alfred Petersen, Bankdirektor Hermann J. Abs, Fritz Eisenlohr, Egon v. Dewitz, Richard Biederer und Dr. Walter Schmidt. Den Vorsitz führt Fr. Carl Siemens.

Aus der C. & A. Brenninkmeyer G.m.b.H. in Berlin sind ausgeschieden: Düsselrodt verlegt hat, sind die Geschäftsführer Dr. Eduard Brenninkmeyer, Felix Brenninkmeyer, Hugo Brenninkmeyer und Arnold Brenninkmeyer ausgeschieden.

Auf Beschluß des Aufsichtsrates der Kühn, Vierhaus & Cie. AG. in Rheydt, wurde Kaufmann Werner Vierhaus zum Vorstandsmitglied bestellt.

Bei den Deutschen Solvay-Werken AG. Zweigniederlassung Wylert (Amtsgericht Löhrrach) sind Direktor Helmut Ellsberger und Direktor Otto Beckelmann, Bernburg, zu Vorstandsmitgliedern bestellt worden.

Fabrikdirektor Josef Hamesohl, Mitinhaber der Fortuna-Portland-Zementwerke GmbH. in Geske, wurde als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Cosade in Neheim-Hüsten zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer in Arnberg gewählt.

Die HV. der Concordia Mannoverer Feuer-Versicherungsgesellschaft a. G. in Hannover wählte in den Aufsichtsrat: Franz Reckel, Hannover, Gg. Klasing, Redede, Ernst Glöwe, Magdeburg, Th. v. d. Decken in Schwings (Stade), A. Heuer, Hannover, Dr. Rudolf Kayser und Fritz Winter, Hannover.

Generaldirektor Dr. Dr. a. h. Theo Goldschmidt vollendete am 11. März sein 61. Lebensjahr. Er steht seit 1923 an der Spitze der Th. Goldschmidt AG., Essen, die in der chemischen Industrie eine Stellung von besonderer Bedeutung einnimmt. In diesem Jahr kann Dr. Goldschmidt auch auf eine 40jährige Tätigkeit in dieser Firma zurückblicken. Als Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen des Wirtschaftsverbundes Chemischer Industrie und als stellvertretender Vorsitzender des Zentralverbandes der Chemischen Industrie liegt auch die Wahrung der Belange der chemischen Industrie in seinen Händen.

Außerdem ist er seit 1948 Präsident der Industrie- und Handelskammer in der Stadtregion Essen, Mülheim und Oberhausen.

Schiffreder Johannes Mewes, der Nestor der deutschen Binnenschifffahrt und Inhaber der bekannten Binnenschiffreederei Behne & Mewes, Hamburg, wurde 80 Jahre alt.

Der Geschäftsführer der internationalen Speditionfirma Hagena, Anthony & Co. Bremen-Hamburg, Konsul Friedrich Wilhelm Henry Anthony, ist im Alter von 77 Jahren verstorben.

Das langjährige Vorstandsmitglied der Philipp Holzmann AG. und Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M., Dr.-Ing. Martin Arodt, ist gestorben.

Dr. phil. Dr. Jur. h. c. Hermann Frey-mark, früher erster Syndikus der Industrie- und Handelskammer Breslau, ist im 73. Lebensjahr gestorben.

Verlustabschluss des HEW

Kosten um 65% gestiegen — Strompreis gleich geblieben

Wie der Vorstand der Hamburgischen Elektrizitäts-Werke AG., Hamburg, im Geschäftsbericht mitteilen kann, die Kosten für die Erzeugung des Stromes im Januar/Februar 47 zusammenzubrechen drohte. Nur mit Hilfe eines Notprogramms gelang es, wenigstens die Kosten für die Erzeugung des Stromes im Januar/Februar 47 zusammenzubrechen zu lassen. Die Kosten für die Erzeugung des Stromes im Januar/Februar 47 zusammenzubrechen zu lassen...

betragen 1,84 Mill. RM. Die Genehmigung der Militärregierung zur Erhöhung des von der Gesellschaft genehmigten 85igen Schuldverschreibungen von 1939 und 45igen Schuldverschreibungen von 1940 ist am Schluß des Berichtsjahres erteilt worden. Die Einlösung der genehmigten Schuldverschreibungen der größten sowie der übrigen Zinsen erfolgte am 1. August 1947. Zum gleichen Termin sind auch die fällig gewordenen Zinsausbehalten und die ausgelasteten Stücke der 45igen Schuldverschreibungen...

Die Stromabgabe überstieg im Berichtsjahr mit 255 887 889 kWh diejenige des Vorjahres um 4,2%, während die Einnahmen aus Stromverkauf mit Mark 63 343 840 sich um 6,4% erhöhten. Das Anlagevermögen ist gegenüber dem Vorjahr um 15,8 Mill. auf 313,9 Mill. RM gestiegen. Bei diesem Zugang handelt es sich im wesentlichen um Abrechnungen über den Neubau unseres Kraftwerks Ost-Hannover. Die Anzahlungen haben sich dementsprechend gegenüber dem Vorjahr um 7,8 Mill. auf 4,72 Mill. RM erhöht. Die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind infolge der niedrigen Kohlenverwertung um rund 1,7 Mill. auf 4,68 Mill. RM zurückgegangen. Die Forderungen an das Reich für entstandene Kriegsschäden betragen am Stichtag 6,64 Mill. unter Berücksichtigung einer bereits erhaltenen Zahlung von 25 Mill. RM. Der Wertberichtigungs Posten, das Anlagevermögen, wurden insgesamt 13,49 Mill. RM zugewiesen. Die Wertberichtigungen...

Die Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen liegen um 1,44 Mill. niedriger als im Vorjahr (11,96 Mill. RM). Der erhebliche Rückgang erklärt sich daraus, daß im Laufe des Berichtsjahres nahezu alle rückständigen Rechnungen über in den Vorjahren geleisteten Waren bezahlt wurden konnten. Während sich die Brennstoffkosten je erzeugte kWh seit dem Jahre 1939 um rd. 65% erhöht haben, sind die Stromtarife unverändert geblieben. Die Einnahmen werden auf Grund der bestehenden Kontingenzregelungen - Vorvertrag begrenzt, hingegen nehmen die Ausgaben für Betriebskosten und Reparaturen ständig zu. Die hauptsächlichsten Gründe hierfür liegen in der Qualitätsverschlechterung der zur Anlieferung kommenden Kohle sowie in den Betriebschäden, die infolge Mangels an geeigneten Material und Fehlens der benötigten Ersatzteile in zunehmendem Maße auftreten. Es ist erforderlich, daß das bestehende Mittelverhältnis zwischen den Einnahmen und den zwangsläufig anfallenden höheren Betriebskosten durch eine Beteiligung unserer Abnehmer an den Mehrkosten ausgeglichen wird. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Verlust von 1.661.509 RM ab. Nach Abzug des Gewinnvorrages aus dem Vorjahr von 17.149 RM verbleibt ein Verlust von 1.644.360 RM, der zum Vortrag kommen soll. (H. V. 22. März, G. K. 100 Millionen Mark.)



